



# Erinnern!

Aufgabe, Chance, Herausforderung.

2 | 2024



STIFTUNG GEDENKSTÄTTEN SACHSEN-ANHALT

1933

1945

1989



<b>Editorial</b>	
Kai Langer	1
<b>Herausforderungen zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit – Für ein neues Narrativ dieses Gedenkens</b>	
Markus Meckel	3
<b>Ansprache im Landtag Sachsen-Anhalt zum Volkstrauertag 2024</b>	
Bernd Albers	21
<b>Festvortrag zur Eröffnung der Wanderausstellung „Das Reichskriegsgericht 1936 bis 1945. Nationalsozialistische Militärjustiz und Bekämpfung des Widerstands in Europa“, Stadtmuseum Halle, 29. August 2024</b>	
Detlef Garbe	25
<b>Konservierung der baulichen Überreste im KZ Außenlager Langenstein-Zwieberge</b>	
Torsten Arnold, Dirk Knüpfner	39
<b>Den Toten Ihre Namen wiedergeben.</b>	
Gero Fedtke	56
<b>Auf der Suche nach Tadeusz Koters letzter Ruhestätte – eine transgenerationale Reise.</b>	
Marcin Tadeusz Stankiewicz	74
<b>Gibt es wurden   Gibt es Worte</b>	
Sabira Ståhlberg	85
<b>Vortrag anlässlich des Gedenkstages für die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag von Sachsen-Anhalt</b>	
Jana Müller	89

## **Aus der Arbeit der Stiftung**

### **Gedenkstätten und Barrierefreiheit**

Insa Ahrens, Judith Gebauer

98

---

### **Vielfalt leben in der Kleinstadt Prettin – ein internationales Workcamp im Schloss Lichtenburg**

Carolin Bruhn

107

---

### **„Wir sind nicht Buchenwald, wir sind nicht Ravensbrück, wir sind nicht Sachsenhausen. Wir sind Bernburg.“**

Persönliche Rückblicke von Dr. Ute Hoffmann

auf drei Jahrzehnte Erinnerungsarbeit

112

---



## **Liebe Leserinnen und Leser,**

wie Ihnen vielleicht aufgefallen ist, verwenden wir auch für diese Ausgabe ein farbiges Titelbild. Ursprünglich als Erkennungszeichen für Hefte mit besonderen Schwerpunktsetzungen gedacht, haben wir uns nunmehr für eine durchgehend farbige Außengestaltung entschieden. Mit dieser Änderung wollen wir die Relevanz der Vergangenheit für die Gegenwart visuell stärker herausstellen.

„Aufmacher“ dieses Heftes ist ein Essay von Markus Meckel. Nach der ersten freien Wahl 1990 gehörte er als Außenminister der letzten DDR-Regierung an. 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution und der staatlichen Einheit Deutschlands fordert er ein neues Narrativ, das den Ostdeutschen eine aktive Rolle bei der Mitgestaltung der Einheit zuspricht. Die Betonung dieses Aspekts fördere den gesellschaftlichen Zusammenhalt, was in einer Zeit verstärkter innerer und äußerer Bedrohungen auch dringend notwendig sei. Darauf geht auch Bernd Albers, scheidender Chef des Bundeswehr-Landeskommandos Sachsen-Anhalt, in seiner Ansprache anlässlich des Volkstrauertags am 17. November 2024 ein. 1919 war der Gedenktag ins Leben gerufen worden, um der Millionen von Toten und Verwundeten des Ersten Weltkriegs zu gedenken. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, als noch mehr Opfer zu beklagen waren, erwuchs daraus ein neuer Wille zum Frieden. Die Gründung der Vereinten Nationen, die europäische Einigung und das nordatlantische Bündnis sollten verhindern, dass sich solche Katastrophen wiederholen. Erst der russische Angriffskrieg habe allen vor Augen geführt, dass der Frieden in Europa fragiler ist, als viele dachten. Frieden müsse immer wieder neu geschaffen und verteidigt werden. Anders als manche „Pazifisten“ Glauben zu machen versuchen, gehören zum Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie.

Der Zweite Weltkrieg spielt auch in dem hier dokumentierten Festvortrag von Detlef Garbe eine Rolle. Anlässlich der feierlichen Eröffnung der internationalen Wanderausstellung der Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) zur Geschichte des Reichskriegsgerichts am 29. August 2024 würdigte der Sprecher des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz die Exposition als eine „Pionierleistung“, weil sie die „zentrale Bedeutung des Reichskriegsgerichts bei der Bekämpfung des Widerstands in Europa“ überzeugend herausgearbeitet habe: Die darin präsentierten Statistiken, die das Ergebnis der Gesamterhebung von Urteilen und Listen einer mit über 18.000 Einträgen gefüllten Datenbank sind, ermöglichen nunmehr eine weit-

gehend vollständige Betrachtung der Spruchpraxis des Reichskriegsgerichts. Für die Forschung bedeute die Ausstellung daher einen „Quantensprung“.

Gleich mehrere der nachfolgenden Beiträge entstanden im Kontext der Neugestaltung des Südlichen Massengrabs auf dem Gelände der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. Dort wurden aktuell nach dem Vorbild der fünf Nördlichen Massengräber 150 gusseiserne Tafeln mit den Namen sowie den Geburts- und Sterbedaten der hier nach dem 9. April 1945 bestatteten Häftlinge angebracht. Mit der Anbringung der Namenstafeln ist nunmehr auch an diesem Begräbnisort ein individuelles Gedenken möglich.

Gedenkstättenleiter Gero Fedtke geht in seinem Beitrag sowohl auf die Geschichte der Massengräber des ehemaligen Konzentrationslagers als auch auf die Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Namen und ihrer korrekten Schreibweise ein. In einem sehr persönlichen Beitrag beschreibt Marcin Stankiewicz, dessen Großvater Tadeusz Koter, hier begraben liegt, die „Pilgerreise“ seiner Familie aus dem fernen Australien nach Langenstein: „Meine Mutter, die ihren Vater zuletzt 1944 gesehen hat, noch als kleines Kind, konnte im Herbst 2024 zum ersten Mal in ihrem Leben an seinem nun namentlich gekennzeichneten Grab stehen.“ Ein multilingualer lyrischer Text von Sabira Ståhlberg, der anlässlich der Einweihung des umgestalteten Massengrabs am 9. November 2024 vorgetragen wurde, handelt von der Unmöglichkeit, das hier geschehene Leid in Worte zu fassen: „Nåo, es gibt nie palavras ou línguas suficientes – lekin biz trotzdem sprechen kerak. (Nein, es gibt nie genug Worte oder Sprachen – aber wir müssen trotzdem sprechen.)“

Außer den hier genannten Beiträgen enthält die Ausgabe 2 | 2024 noch weitere. Darunter lege ich Ihnen den Text eines Radio-Interviews ans Herz. Darin reflektiert Ute Hoffmann, die inzwischen ausgeschiedene Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, vor allem über ihre beruflichen Erfahrungen aus drei Jahrzehnten Erinnerungsarbeit.

Ich hoffe, Sie mit diesem vielfältigen Ausblick ein wenig neugierig gemacht zu haben und wünsche ich Ihnen eine spannende und erkenntnisreiche Lektüre.



Dr. Kai Langer  
Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt



Markus Meckel (l.) referiert im Beisein von Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger über 75 Jahre Grundgesetz und 35 Jahre Friedliche Revolution, 15. Mai 2024.

---

## **Herausforderungen zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit – Für ein neues Narrativ dieses Gedenkens**

Markus Meckel

### **I – Für ein neues Narrativ des Gedenkens an Friedliche Revolution und Deutsche Einheit**

Liest man öffentliche Gedenkreden zum Mauerfall, der sich 2024 zum 35. Male jährt, so wird zwar anerkannt, dass die Friedliche Revolution in der DDR stattfand, aber oft ohne sich genauer deutlich zu machen, was da eigentlich geschah. Man ging auf die Straße... und das war mutig... Doch wendet man sich dann schnell der Deutschen Einheit zu und das Gedenken und die dazu gehaltenen Reden werden am 9. November denen des 3. Oktober sehr ähnlich. Dabei entsteht dann der Eindruck, als ob damals Kanzler Helmut Kohl die Einheit geschaffen habe, unterstützt von US-Präsident George Bush sen. und mit letzlicher Zustimmung von Michail Gorbatschow. In dieser Erzählung

sind die Ostdeutschen schließlich OBJEKT einer Wohltat des Westens. Aus dieser Perspektive – der eigentlich Handelnde war der Westen – entwickelte sich dann auch die in Ostdeutschland weit verbreitete Deutung einer schlichten Übernahme oder gar Kolonisierung der DDR. Doch diese öffentlich prägenden Erzählungen entsprechen in meinen Augen nicht den historischen Abläufen.

Ich versuche es einmal anders, wenn auch nur verkürzt:

35 Jahre ist es her, dass in der DDR geschah, was viele nicht für möglich gehalten hatten: Die DDR erlebte im Herbst 1989 eine friedliche Revolution. Die kleine Opposition der 80er Jahre organisierte sich neu. Viele hatten vorher die Freiräume der Kirche wahrgenommen, jetzt traten sie aus ihr heraus – zuerst Ende August die Sozialdemokraten, die kurz darauf eine Partei gründeten, dann neue Bewegungen und demokratische Netzwerke, das „Neue Forum“, „Demokratie Jetzt“, der „Demokratische Aufbruch“, später erweiterte sich das Spektrum. Als die SED denen, die in den Westen wollten, die Wege über Ungarn erneut versperren wollte, gingen erst Zehn-, dann Hunderttausende an immer mehr Orten auf die Straße und stärkten der demokratischen Opposition den Rücken, so dass die SED und die anderen Blockparteien sie schließlich am „Runden Tisch“ als Gesprächspartner anerkennen mussten. In friedlichen Verhandlungen wurde der Weg zur demokratischen Wahl vorbereitet und diese fand schließlich am 18. März 1990 statt. Am 12. April hatte die DDR nach Koalitionsverhandlungen eine demokratische Regierung und bekannte sich am gleichen Tag – anders als die kommunistische DDR zuvor – in einer Erklärung der frei gewählten Volkskammer zur deutschen Schuld und zur Verantwortung aller Deutschen, die wir angesichts der Verbrechen des Nationalsozialismus tragen.

Die deutsche Gedenkkultur zu 1989 ist oft zu stark auf die Friedliche Revolution in der DDR fixiert, dabei war dieses Teil eines mitteleuropäischen Umbruchs. Es war eine gewaltfreie Selbst-Demokratisierung der Polen und Ungarn, der Deutschen in der DDR sowie der Tschechen und Slowaken. Ähnliche Prozesse spielten sich etwa in den baltischen Staaten ab.

Seit der KSZE-Schlussakte von 1975 hatten sich in ganz Ost- und Mitteleuropa Helsinkigruppen gebildet, die sich auf die dort garantierten Menschenrechte beriefen.

Trotz Repression und Gulag ließen sie von ihrem Engagement nicht ab. Gorbatschow begann seit 1985 mit der Politik von Glasnost und Perestroika. Im Dezember 1988 bekannte er sich vor der UNO zu den Menschenrechten und zum Völkerrecht und erklärte die „Freiheit der Wahl“ für die Partnerstaaten. Wo vorher – 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der CSSR – Panzer vorrückten, wenn die Freiheit das Haupt erhob, eröffneten sich nun im europäischen Osten neue Handlungsspielräume zu Selbstbestimmung und Demokratie.

Seit 1980 war in Polen mit der Gewerkschaft Solidarność eine gesellschaftliche Kraft entstanden, die trotz Kriegsrecht und Repression immer mehr erstarkte und tief in der polnischen Gesellschaft verankert war. Hier erklärten sich die unter Druck stehenden kommunistischen Herrscher zuerst zu Verhandlungen bereit – im Februar 1989 begannen die Verhandlungen am Runden Tisch. So ereignete sich in Polen gewissermaßen eine „verhandelte Revolution“ – mit großer Wirkung auf die benachbarten Länder. Im August 1989 wurde Tadeusz Mazowiecki als erster nichtkommunistischer Ministerpräsident im bisher kommunistischen Europa gewählt.

In Ungarn hatte eine reformkommunistische Regierung unter Ministerpräsident Miklós Németh schon im Frühjahr 1989 die Fühler gen Westen ausgestreckt und die Grenzanlagen zu Österreich abgebaut. Im Sommer flohen mehr als 50.000 DDR-Bürger über Ungarn in den Westen, andere suchten ihren Weg über Prag oder Warschau.

Mit den von Gorbatschow angestoßenen Reformen und der Selbstermächtigung der mitteleuropäischen Staaten und der DDR eröffneten sich Konturen einer Neuordnung Europas.

In Deutschland fiel im Zuge der Friedlichen Revolution am 9. November 1989 die Mauer. Die ganze Welt schaute zu und wusste, dass sich nun viel Neues entwickeln würde. Damit stand plötzlich die Frage nach der Einheit Deutschlands auf der politischen Tagesordnung – und war nicht nur Hoffnung, Traum oder verpflichtende Perspektive des Grundgesetzes.

Doch wie konnte die Einheit erreicht werden?

Die Einheit Deutschlands, die, wie sich schnell herausstellte, von der Mehrheit der DDR-Bürger gewollt war, musste verhandelt werden, sowohl zwischen den beiden deutschen Staaten wie international mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges.

Wer aber sollte die Einheit verhandeln?

Für uns, die demokratische Opposition in der DDR, war klar, dass man diesen Prozess nicht der nicht gewählten Regierung der SED und der anderen Blockparteien überlassen konnte. Das musste Aufgabe einer aus demokratischen und freien Wahlen hervorgegangenen Regierung sein! Nur eine solche konnte für Verhandlungen zur deutschen Einheit das Mandat haben.

Und so kam es.

Vier Wochen nach dem Fall der Mauer begann der Zentrale Runden Tisch in der DDR. Neben zahlreichen weiteren regionalen Runden Tischen. Von hier aus erfolgten dann auch die ersten Schritte der demokratischen Transformation. In den Verhandlungen am Zentralen Runden Tisch wurde zwischen Dezember 1989 und März 1990 die freie Wahl in der DDR vorbereitet. Der friedliche Übergang in demokratische Verhältnisse begann. Die am 18. März 1990 gewählte und am 12. April etablierte Koalitionsregierung hatte das Mandat, für die DDR-Bürger die Einheit zu verhandeln. Gleichermaßen begann sie unmittelbar mit der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

Wer hat nun die deutsche Einheit gemacht? Es macht m.E. doch einen erheblichen Unterschied, ob wir Ostdeutschen in diesem Prozess Objekt waren oder – wie ich behaupte – Subjekt. Wie diese Geschichte erzählt wird, macht da schon etwas aus.

Die große Mehrheit der DDR-Bürger wollte die deutsche Einheit möglichst schnell. Die rechtlich schnellste Möglichkeit wiederum war der „Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes“ nach Art. 23 GG. Dieser Weg wurde dann auch gewählt, wobei die Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen darauf bestanden, dass dies auch bilateral nach Aushandlung von Verträgen über die Beitrittsbedingungen geschehen sollte. Mit den Verträgen zur Währungsunion und dem Einigungsvertrag wurden diese internen Bedingungen der Einheit innerhalb kürzester Zeit ausgehandelt.

Entsprechend diesem Weg kann und muss man von einer „verhandelten Einheit“ sprechen, ausgehandelt zwischen zwei demokratischen deutschen Staaten und mit den Alliierten. Wenn man den Prozess der deutschen Einheit 1989/90 so darstellt, wird deutlich: Die Ostdeutschen sind und waren SUBJEKT dieses Prozesses.

Man wird die deutsche Einheit als die Glücksstunde der Deutschen im 20. Jahrhundert ansehen müssen: 45 Jahre nachdem wir Deutschen so viel Tod und Schrecken über ganz Europa gebracht hatten, nach Jahrzehnten der Teilung im Kalten Krieg, konnten wir Deutschen uns in Freiheit und Demokratie vereinigen, mit der Zustimmung unserer europäischen Nachbarn. In diesem Prozess war die dann demokratische DDR nicht Empfänger einer Wohltat, sondern verhandelnde Mitgestalterin.

Bis heute hat die Geschichte der „verhandelten Einheit“ mit den Ostdeutschen als Subjekt in unserer Gedenkkultur keinen angemessenen Ort. Das öffentliche Erinnern schreibt den Ostdeutschen allein die Friedliche Revolution zu – die Einheit dagegen gilt als Werk Helmut Kohls.

Dem ist zu widersprechen!

Die DDR hat sich, wie die anderen Länder Mitteleuropas, selbst demokratisiert. Nicht die DDR ging unter, sondern die kommunistische Herrschaft in der DDR. Die letzte und kurze Phase einer nun wirklich demokratischen DDR war die entscheidende Voraussetzung für den Prozess zur deutschen Einheit – und ein aktiver Part in diesem Prozess. Diese demokratische DDR und ihre Institutionen haben bis heute kaum Wahrnehmung gefunden, weder politisch noch in der historischen Forschung. Die Regierung der DDR nach der Wahl ist bis heute nicht als wirklich demokratische Regierung anerkannt. Ihre Staatssekretäre, die im Zuge der Vereinigung z.T. auch internationale Verhandlungen geführt haben, werden nicht als Teil der Regierung angesehen.

Die Friedliche Revolution in der DDR gehört in den Zusammenhang des demokratischen Aufbruchs in ganz Mitteleuropa – einschließlich des Mauerfalls. Der Prozess der deutschen Einheit vom Mauerfall bis zur Vereinigung im Oktober 1990 ist jedoch

zusätzlich als aufrechter Gang der Ostdeutschen in diese Einheit zu beschreiben. Die Ostdeutschen wollten diese Einheit nicht nur, sondern trieben sie auch politisch voran und gestalteten sie durch die von ihr gewählte Regierung mit.

Doch dieser einen – positiven und zentralen – Perspektive ist noch eine weitere hinzuzufügen: die berechnete Frage nach den Fehlern und Schwierigkeiten, die zu der nachträglich so negativen Einschätzung vieler Ostdeutscher geführt hat. Denn natürlich gab es in diesem Prozess auch vielerlei Fehleinschätzungen und problematisches Agieren bei den Handelnden in West und Ost. Da ist auch von fehlender Verständigungsbereitschaft, von konsequenter Durchsetzung der eigenen Interessen zu sprechen, vom Ausspielen der westlichen Dominanz, von fehlender Empathie und gelegentlich anmaßender Arroganz und Respektlosigkeit gegenüber den Vertretern der DDR. Da gibt es berechnete Anfragen an die Akteure der Bundesregierung – doch gilt es, solches jeweils konkret zu benennen und von pauschalen Urteilen wegzukommen.

Zu dieser Geschichte gehört aber zugleich auch die Missachtung vieler DDR-Bürger gegenüber den Bemühungen der von ihnen selbst gewählten, eigenen Regierung. Diese verhandelte in deren Interesse und wurde vielfach dadurch geschwächt, dass die eigenen Bürger diese Verhandlungen als Zeitverschwendung auf dem Weg einer schnellen Einheit ansahen. So muss jeder sich einmal erinnern – und sich selbst kritisch befragen, was sie oder er damals dachte, wofür man eintrat und nicht zuletzt, wen man wählte. Wählen hat Folgen! Das gilt damals wie heute.

Nur in einem in dieser Weise differenzierenden Fragen und Befragen kommen wir weg von den rückblickend pauschalen Bewertungen und Schuldzuweisungen.

## **II – ein neuer Blick auf die verschiedenen Aspekte der Einheit**

Eine historische Darstellung der Positionen der Verhandlungspartner – und ihres Streites darüber – sowie den Verhandlungsverlauf gibt es bis heute nur zum Zwei-Plus-Vier-Vertrag, nicht zu den bilateralen Verträgen und ebenso wenig entsprechende Quelldokumentationen. In meinen Erinnerungen<sup>1</sup> habe ich einige Aspekte dazu benannt, einschließlich einiger kritischer Bemerkungen auch zu meinen eigenen Verhandlungspositionen. Auch innerhalb der DDR-Regierung und der sie tragenden Fraktionen in

der Volkskammer gab es ja mancherlei Auseinandersetzungen, die dann schließlich auch zum Bruch der Koalition führten.

Um über die üblichen pauschalen Aussagen und Anklagen hinauszukommen, bedarf es hier noch vielfältiger, differenzierender Forschung. Nach der Öffnung der Akten zur Arbeit der Treuhänder hat eine solche zu diesem Themenfeld begonnen, und das führt zunehmend zur Überwindung häufig wiederholter (Vor-)Urteile. Andere Themen sind noch wenig erforscht und bedürften der Aufmerksamkeit. Ich möchte hier nur zwei konkrete Punkte benennen, die mit in meinen Verantwortungsbereich als Außenminister der DDR gehörten.

In diesem Jahr wurde mancherorts des Abzugs der sowjetischen Truppen aus Deutschland vor 30 Jahren erinnert. Ein Thema, das im Zuge der Vereinigung vertraglich geregelt werden musste. Im Juli 1990 sagte Gorbatschow im Kaukasus zu, dass das geeinte Deutschland der Nato angehören könne, entsprechend den Prinzipien der KSZE, nach der jedes Land seine Bündnispartner selbst wählen kann. So wurde dort auch festgelegt, dass der Rückzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland vertraglich geregelt werden sollte (sowie die Finanzierung für die Zeit des verbleibenden Aufenthalts). Die Bundesregierung sollte diese Verhandlungen in enger Abstimmung mit der Regierung der DDR vornehmen. Denn es ging ja um das Territorium der DDR – und hier hatte man die Erfahrungen mit diesen Truppen gemacht. Wir hatten uns in der DDR-Regierung auf diese Fragen vorbereitet – und mussten dann feststellen, dass die Bundesregierung uns aus den Vorbereitungen zu diesem Vertrag ausschloss. Ich halte das bis heute für einen Skandal, denn bis zur Vereinigung war dies das Territorium der DDR und wir waren hier die gewählte Regierung. Dazu kam, dass die Bundesregierung keinerlei Ahnung von den konkreten Bedingungen hatte. So war das Ergebnis entsprechend. Es wurde vereinbart, dass die Sowjetunion für die benutzten Liegenschaften eine Summe X bekommt (die Höhe war anfangs sehr umstritten). Von dieser Summe sollte eine Summe Y abgezogen werden, die aus den Schäden an Umwelt-, Munitions- und anderen Belastungen errechnet werden sollte. Dieses Verfahren führte natürlich dazu, dass alle diese Schäden von den sowjetischen Truppen möglichst versteckt wurden, um die Reduzierung der Zahlungen an die Sowjetunion zu verhindern. Unser Vorschlag und Interesse wäre dagegen eine pauschale, gewissermaßen politische

Entschädigung gewesen – und von Anfang an die Bemühung, die Jahre bis zum endgültigen Abzug zu nutzen, um die Schäden gemeinsam zu beseitigen. Es dauerte zwei Jahre, bis dann auch die Bundesregierung umschwenkte, doch da war vieles nicht mehr zu retten.<sup>2</sup>

Ein zweites Beispiel:

Auch da, wo der Runde Tisch und dann die letzte, nun wirklich demokratische DDR-Regierung eine Entscheidung traf, die für das gegenwärtige Deutschland große und segensreiche Folgen hatte, wird dies bis heute immer wieder anders beschrieben. Ich meine die Einladung sowjetischer Juden in die DDR und damit nach Deutschland. Nach einer Forderung des Runden Tisches im Februar 1990 hatte die Volkskammer gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit in der oben schon erwähnten Erklärung vom 12. April 1990 beschlossen: „Wir treten dafür ein, verfolgten Juden in der DDR Asyl zu gewähren.“

In den verschiedenen Republiken der Sowjetunion fühlten sich Juden zunehmend unsicher und verließen das Land – 1988 waren es ca. 20.000, 1989 schon mehr als 200.000 Menschen. Aus ganz verschiedenen Gründen wollten viele nicht nach Israel gehen, und die im demokratischen Wandel begriffene DDR wurde für sie interessant. Wir als DDR-Regierung zeigten uns dafür offen und erließen schließlich im Juli 1990 eine entsprechende Verordnung. Die faktische Einwanderung mit Touristenvisum hatte schon begonnen und wurde nun in geregelte Bahnen überführt. Die Bundesregierung wollte diese Einwanderung verhindern – und dann wenigstens begrenzen, da sie Deutschland nicht als Einwanderungsland sah.

Bis zum 3. Oktober 1990 waren knapp 3000 Juden eingewandert, andere waren auf dem Weg. Der Strom ließ sich nicht mehr stoppen – und die Bundesregierung musste einsehen, dass sie Juden auch nicht wieder ausweisen konnte. Nach der Vereinigung wurde im Bundestag darüber diskutiert, wie weiter zu verfahren sei. Schließlich – nach der Bundestagswahl im Dezember 1990 – ging die Bundesregierung Anfang 1991 dazu über, die ankommenden Juden nach der sogenannten Kontingentregelung zu behandeln, die man früher für die sogenannten Bootsflüchtlinge aus Vietnam geschaffen hatte.<sup>3</sup> Als 2021 zum Holocaustgedenktag im Deutschen Bundestag an

das jüdische Leben seit 1700 Jahren in heute deutschen Landen erinnert wurde und auch an das reiche jüdische Leben der Gegenwart dank der Einwanderung zur Sprache kam, wurde nicht erwähnt, woher diese Initiative kam. Entsprechend hat das Bundesinnenministerium 2021 (!) zu einer Feier zum 30. Jahrestag der Einwanderung von Juden aus der früheren Sowjetunion eingeladen, als wäre es eine Entscheidung der Bundesregierung nach der Vereinigung gewesen. Offensichtlich durfte selbst von der demokratischen DDR-Regierung 1990 nichts Gutes für Deutschland ausgehen.

In ganz Deutschland hat sich durch diese Initiative und die damit beginnende Einwanderung ein sehr differenziertes jüdisches Leben entwickelt. Eine schöne Frucht dieser bewegenden Zeit – aber bis heute als solche kaum im Blick. Im kommenden Jahr 2025 gäbe es die gute Gelegenheit, dieser schönen Entwicklung nach 35 Jahren zu gedenken. Gleichzeitig gehörte natürlich dazu, auch die gegenwärtige Gefährdung dieses Reichtums durch einen grassierenden Antisemitismus in den Blick zu nehmen.

### **III – Die Verfassungsdebatte 1989/90<sup>4</sup>**

Schon in der Friedlichen Revolution spielte die Verfassungsfrage eine wichtige Rolle. Am 26. August 1989 jährte sich die Erklärung der Bürger- und Menschenrechte der Französischen Revolution zum 200. Male. Als „Arbeitskreis Theologie und Philosophie“ bei der Studienabteilung des Bundes der evangelischen Kirchen veranstalteten wir aus diesem Anlass in der Golgathakirche in Berlin ein Menschenrechtsseminar, um die Grundfragen von Recht und Freiheit zu diskutieren. Am Ende dieses Seminars verlas ich im Plenum den von Martin Gutzeit und mir verfassten Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR, in welchem wir uns zu den westlichen Werten, zur Gewaltenteilung und einer parlamentarischen Demokratie westlichen Musters bekannten. Zentral war dabei, dass wir nicht nur Rechte einklagten, sondern dafür eintraten, Rechtsstaatlichkeit neu zu konstituieren.

In den folgenden Wochen, während der Friedlichen Revolution verfiel die Macht der SED zunehmend. Am 9. November wurde aus dem SED-Plan, mit einem begrenzten Reisegesetz wieder die politische Initiative zu ergreifen, im Zuge der Friedlichen Revolution und des Aufbruchs der Massen der Fall der Mauer. Am 1. Dezember 1989 wurde aus der DDR-Verfassung die führende Rolle der SED gestrichen. In der 1. Sitzung

des Runden Tisches, der den friedlichen Weg zu freien Wahlen bereiten sollte, wurde beschlossen, eine neue Verfassung vorzubereiten. Dafür wurde eine Kommission gegründet. Selbst innerhalb der Opposition gab es keine Einigkeit, wie weit diese Vorbereitung gehen sollte. Die meisten waren der Meinung, dass diese Kommission einen Verfassungsentwurf vorbereiten sollte, wir als Sozialdemokraten traten dafür ein, dies den künftigen, gewählten Mandatsträgern zu überlassen, dass es also nur um Vorarbeiten gehen könne. Durch die Entscheidung Ende Januar 1990, den ursprünglichen Wahltermin im Mai auf den 18. März 1990 vorzuziehen, lag in der letzten Sitzung des Runden Tisches am 12. März noch kein fertiger Entwurf vor. Für die Vorstellung dieser Arbeiten durch den Sprecher der Kommission, Gerd Poppe, hatte der Runde Tisch nur eine Stunde Zeit. Trotzdem war es beachtlich, dass es der weiterarbeitenden Kommission noch gelang, zur Ernennung der demokratischen Regierung in der Volkskammer am 12. April 1990 einen vollständigen Entwurf vorzulegen. Dabei soll auch daran erinnert werden, dass zu dieser Arbeit auch Verfassungsexperten aus dem Westen eingeladen wurden, genannt seien nur Ulrich K. Preuß, Helmut Simon, Axel Azzola, Alexander von Brünneck und Bernhard Schlink.

Doch hatten sich mit der Wahl die Verhältnisse geändert. Die große Mehrheit der DDR-Bevölkerung hatte für eine schnelle Vereinigung votiert. Mit diesem Wahlergebnis war klar, dass die Vereinigung rechtlich als Beitritt nach Art. 23 des GG vollzogen werden sollte. Wir als Sozialdemokraten hatten in den Koalitionsverhandlungen noch durchgesetzt, dass ausgehandelte Verträge eine Voraussetzung des Beitritts sind, nicht nur international in den Zwei-plus-Vier-Gesprächen mit den Alliierten des Zweiten Weltkrieges, sondern auch bilateral.

So war mit dem Regierungsantritt der neuen Regierung klar, dass die Vorbereitung dieser Verträge zur deutschen Einheit und die Etablierung demokratischer Strukturen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft absolute Priorität haben mussten. Dazu gehörte dann übrigens auch die Bildung der Länder und damit einer föderalen Struktur. In dieser Situation eine Diskussion über eine neue DDR-Verfassung zu beginnen, hätte bei der Mehrheit der Bevölkerung nur zu Kopfschütteln und heftigen Protesten geführt. Deshalb lehnte das die Große Koalition gegen den heftigen Protest der Abgeordneten aus den Bürgerbewegungen des Herbst 1989 auch ab.

Der Vorschlag Lothar de Maizieres, die DDR-Verfassung von 1949 als Grundlage für demokratisch notwendige Transformation einzusetzen, erwies sich bei näherem Hinsehen als unrealistisch. Richard Schröder schlug mit Unterstützung der Sozialdemokraten vor, dem spanischen Beispiel der 70er Jahre folgend, im „Bausteinverfahren“ die DDR-Verfassung an die jeweils notwendigen Herausforderungen der demokratischen Umgestaltung anzupassen. Im Wesentlichen wurde dann auch so verfahren. Im Zusammenhang mit dem Ersten Staatsvertrag zur Währungsunion wurde in einem Verfassungsgrundsätze-gesetz alles außer Kraft gesetzt, was dem Grundgesetz widersprach.<sup>5</sup>

Gerade denen, die im Herbst 1989 für Freiheit und Demokratie stritten, war nun gerade vor dem Hintergrund, dass die Vereinigung als Beitritt vollzogen wird, wichtig, dass es wenigstens einer gemeinsamen Überarbeitung des Grundgesetzes bedürfe, bei der die DDR-Bürger sich mit ihren Vorstellungen einbringen können. Diese neue Verfassung solle dann in einer Volksentscheid von allen Deutschen beschlossen werden. Dem verweigerte sich die Bundesregierung.<sup>6</sup> Übrig blieb, im Einigungsvertrag Art. 5 festgehalten, dass sich Bundestag und Bundesrat nach der Vereinigung noch einmal mit dem Grundgesetz befassen sollten, um es den neuen Verhältnissen anzupassen. Diese Verfassungskommission arbeitete von 1991 – 1994. Die Regierung Kohl war jedoch nur zu geringsten Änderungen bereit. Der Beitrittsartikel 23 GG wurde zum Europaartikel. Darüber hinaus gab es schließlich nach heftigen Debatten nur die Bereitschaft, das Staatsziel zum Schutz der Umwelt mit aufzunehmen. Zwar forderte die Bundesregierung in diesen Jahren mit anderen europäischen Partnern mit Recht, dass die neuen Demokratien in Europa Minderheitenrechte anerkennen und einhalten müssten auf ihrem Weg in die EU, zudem gibt es diese Bestimmungen auch in deutschen Länderverfassungen, aber die CDU verweigerte die von uns geforderte Aufnahme dieser Rechte ins Grundgesetz. So erfüllte diese Kommission in keiner Weise die Erwartungen derer, die sich davon einen Akt der Selbstbestimmung und Identifikation aller Deutschen in Ost und West mit diesem vereinten Deutschland erhofften. So bleibt bis heute ein weit verbreitetes Unbehagen, dass nicht wenigstens diese Bereitschaft zu einer Ost und West integrierenden vorsichtigen Überarbeitung des Grundgesetzes mit dem Ziel einer neuen Verfassung vorhanden war.

#### **IV – Zum 35. Jahrestag das vorläufige Grundgesetz zu unserer dauerhaften Verfassung machen**

Nach der Verfassungskommission sind 30 Jahre vergangen. Inzwischen haben auch wir Ostdeutschen gute Erfahrungen mit dem Grundgesetz machen können. Mehrfach wurde es verändert. Einige angestrebte Änderungen – ich erwähne nur die „Kinderrechte“ oder das „Staatsziel Kultur“, Projekte der Großen Koalitionen 201 – 2021 – haben bisher keine notwendige Mehrheit gefunden. Beobachtete man die jeweiligen Debatten zu diesen und anderen Themen, zeigte sich, dass die Diskussionslinien nirgendwo zwischen Ost und West verliefen.

2019 und 2024 wurden der 70. bzw. 75. „Geburtstag des Grundgesetzes“ vielfach begangen. Sowohl 2019 wie 2024 wurde in zahlreichen Reden und Artikeln die grundlegende Bedeutung hervorgehoben, die dieses Grundgesetz in den Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland hatte. Das gilt dabei nicht nur für die gut 40 Jahre bis 1990, sondern auch für die fast 35 Jahre im vereinten Deutschland.

Nach den Schrecken und Verbrechen, die wir Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus über ganz Europa gebracht haben, nach millionenfacher grausiger Verletzung von Recht und Menschlichkeit waren die ersten 20 Artikel des Grundgesetzes wie Paukenschläge, die Deutschland auf eine neue Grundlage stellen sollten. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das Bekenntnis zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten, die 1948 von der UNO beschlossen worden waren, und die folgenden Grundrechtsartikel 1 – 20 sollten dauerhaft gelten.

Das Grundgesetz – 1949 noch ein Zeugnis der Teilung und der Abwehr gegenüber dem Kommunismus, der im Osten Europas und auch Deutschlands diese Würde und Grundrechte zutiefst missachtete – schrieb die Lehren aus der Vergangenheit fest und hatte zum Ziel, dass diese künftig einmal für alle Deutschen möglich werden sollten. Das Streben nach der Einheit in Freiheit und Demokratie, die vor 75 Jahren, im Kalten Krieg und der sich immer mehr manifestierenden Teilung Europas und der Welt nicht möglich war, bekam Verfassungsrang. Dafür hatte der alte Artikel 146 eine wesentliche Bedeutung.

Wer sich das Grundgesetz nun aus Anlass seines 75. Geburtstags einmal wieder zur Hand nimmt und darin liest, stellt am Ende plötzlich fest, dass es nur vorläufig gilt: Der letzte Artikel 146 schreibt nämlich fest, dass es seine Gültigkeit an dem Tage verliert, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Man hat nach der Vereinigung im Jahr 1990 auch in der Verfassungskommission diesen Artikel erhalten, da die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen so groß war. Heute, 30 Jahre später, müssen wir uns jedoch fragen, ob das sinnvoll ist. Die Einheit Deutschlands ist Realität. Es gab in den letzten 30 Jahren keine konkreten Forderungen für eine Grundgesetzänderung, die spezifisch Ostdeutschland betrifft. Gleichwohl hat sich das Grundgesetz nicht nur bewährt, sondern auch als anpassungsfähig für neue Herausforderungen erwiesen. Warum dann heute noch diese Vorläufigkeit? Welcher Weg soll da offengehalten werden? Ich bin dafür, den Artikel 146 zu streichen!

Wenn das Grundgesetz so grundlegend ist, wie wir es in diesen Tagen hören – und wir das ja wohl auch in großer Mehrheit so empfinden und für richtig halten, dann braucht es kein Warten darauf, dass die Deutschen sich eine neue Verfassung geben. Ja, es ist sogar kontraproduktiv und verunsichernd. Reichsbürger und andere Feinde unseres so verfassten demokratischen Gemeinwesens nehmen diese Vorläufigkeit als Begründung für ihre Infragestellung.

Wir haben eine Verfassung – das Grundgesetz, das wir nun auch formal zu einer solchen machen sollten!

2024 haben wir das Grundgesetz gefeiert, mit dem wir Ostdeutschen nun auch schon bald 35 Jahre lang beste Erfahrungen gemacht haben. Ich kenne kein Land, dessen Verfassung mir lieber wäre! Gleichzeitig erleben wir, dass nicht nur in unserem Land, sondern in Europa und weltweit die freiheitliche und liberale Demokratie, die im Grundgesetz für Deutschland festgeschrieben ist, unter Druck steht. Der 75. Geburtstag des Grundgesetzes und der 2025 anstehende 35. Jahrestag der Deutschen Einheit sollten uns Anlass nicht nur zu Feiertagsreden sein, sondern Gelegenheit zur Selbstvergewisserung geben. Nehmen wir ernst, was wir im vergangenen Jahr wieder

Wichtiges zu diesem Grundlagen-Text gesagt und gehört haben, und nehmen es als Orientierung für die Zukunft.

**Man kann (historisch) erklären, wie es zum alten und dann jetzigen Artikel 146 kam. Sachlich begründen, weshalb wir ihn heute noch brauchen, aber wohl kaum. Im Ernstnehmen des Grundgesetzes als bleibende Grundlage unseres Gemeinwesens auch für die Zukunft sollten wir uns vornehmen, zum 35. Jahrestag der Deutschen Einheit die Vorläufigkeit des Grundgesetzes durch Streichung des Artikels 146 aufzuheben und es so zu unserer Verfassung der Zukunft zu machen.**

In den verbleibenden Monaten kann man sich das Grundgesetz anhand der Festreden noch einmal anschauen – Monate der Selbstvergewisserung und Prüfung der Tragfähigkeit dieser Grundlagen für die Zukunft – und dann spitzen wir nicht nur den Mund, sondern pfeifen auch und machen dieses Grundgesetz zu unserer dauerhaften Verfassung!

Vielleicht finden sich sogar noch die notwendigen Mehrheiten, um diese Verfassung noch besser zu machen – etwa durch die Sicherung von Kinderrechten, wie es die vergangene Große Koalition einmal wollte. Oder man findet eine Formulierung für das Staatsziel Kultur. Verschiedene Vorschläge für weitere Änderungen stehen im Raum, vielleicht sogar solche zur Sicherung von Minderheitenrechten, die bisher in Deutschland nur in Länderverfassungen und im Lissaboner Vertrag stehen.

2024 ist auch darauf hingewiesen worden, dass es wohl sinnvoll wäre, den Artikel 139 GG neu zu formulieren. Wir sollten uns für die Abweisung nazistischer Gedankengutes nicht mehr nur auf die Verbote der Alliierten beziehen, sondern dies aus eigener Überzeugung formulieren. Die Landesverfassung von Mecklenburg-Vorpommern hat dies in ihrem Artikel 18a getan und könnte hier Orientierung geben.<sup>7</sup>

Doch am Gelingen solcher Ergänzungen hängt es nicht. Sich gerade angesichts vieler Anfragen an die Tragfähigkeit unserer Demokratie über unsere gesellschaftlichen und staatlichen Rechtsgrundlagen neu zu vergewissern und sie schließlich für dauerhaft zu erklären, wäre ein großer Gewinn. So lasst uns zum 35. Tag der Deutschen Einheit

2025 durch Streichung des Vorläufigkeitsartikels 146 das Grundgesetz zu unserer Verfassung machen.

### **V – Aufarbeitung von Vergangenheit**

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der kommunistischen Diktatur standen die neuen Demokratien mit der notwendigen staatlichen und gesellschaftlichen Transformation vor der großen Herausforderung, diese Diktaturen, ihre Geschichte und Nachwirkungen aufzuarbeiten. Dazu gehörte insbesondere die Würdigung der Opfer und die Frage des Umgangs mit den Verantwortlichen für die Verbrechen und das Unrecht der Vergangenheit.

Schon in der Zeit der demokratischen DDR nach der freien Wahl begann die Volkskammer 1990, sich diesen Aufgaben zuzuwenden, so trat sie für die Öffnung der Akten des Repressionssystems und der Staatssicherheit ein. Mit der Einsetzung eines Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit, den Rehabilitationsgesetzen, der Einrichtung zweier Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages nahm das vereinte Deutschland mit beachtlichen Anstrengungen diese Herausforderung an. Entsprechend den Empfehlungen der 2. Enquete-Kommission schuf der Deutsche Bundestag die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ und erarbeitete eine Gedenkstättenkonzeption, durch welche nun Gedenkstätten und authentische Orte beider Diktaturen, des Nationalsozialismus und des Kommunismus, in ganz Deutschland gefördert werden. Sowohl die „Bundesstiftung Aufarbeitung“ wie der „Bundesbeauftragte“ wurden aktiv in der Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Institutionen in Europa, die sich ähnlichen Aufgaben in anderen Ländern widmen. Diese internationale Arbeit ist wichtig und muss weiter ausgebaut werden, wird doch gerade erst in der Gesamtsicht der Charakter des kommunistischen Systems erkennbar. Mit der Übertragung der Aufgaben des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen an das Bundesarchiv wurde beim Bundestag die neue Institution einer Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur geschaffen, welche mit großem Engagement der Verantwortung für die Opfer eine Stimme gibt und ihre Interessen ins politische Gespräch bringt. Ihren Forderungen entsprechend sollte zu den bevorstehenden 35. Jahrestagen die seit Jahren geforderte Umkehrung der Beweislast bei der Anerkennung gesundheitlicher Schäden beschlossen werden, wie sie bei den

NS-Opfern seit Jahrzehnten Praxis ist. Ebenfalls sollte eine Lösung gefunden werden für die Entschädigung der Vertragsarbeiter aus Mosambik, die als relativ kleine Opfergruppe seit 1990 weitgehend vergessen wurde.

Wichtige Projekte, die schon vor Jahren vom Bundestag beschlossenen sind bzw. sich in der Planungsphase befinden, harren bis heute der Vollendung, so das Denkmal zur Erinnerung und Mahnung an die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und der Bau des Freiheits- und Einheitsdenkmals, dessen Vollendung schon mehrfach angekündigt wurde.

Schon die zweite Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hatte 1998 empfohlen, in einer eigenständigen Institution an Opposition und Widerstand in der SBZ und DDR zu erinnern. In den letzten Jahren wurde die Errichtung eines „Forums Opposition und Widerstand 1945 – 1990“ vorbereitet. Dieses Forum sollte jedoch – anders als bisher geplant – in öffentlicher Trägerschaft im Zentrum Berlins entstehen. Opposition und Widerstand in der SBZ begannen unmittelbar nach dem Krieg und endeten mit der siegreichen Friedlichen Revolution in der DDR. Sie gehören in die deutsche Freiheitsgeschichte der beiden letzten Jahrhunderte und dürfen durch den Standort in Lichtenberg nicht von der Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit überschattet werden. Dieses Forum soll eine Dauerausstellung, die Möglichkeit für Wechselausstellungen, Bibliothek, ein Archiv und Ressourcen für Forschung und Bildungsarbeit erhalten. Es sollte mit den verschiedenen, oft privatrechtlichen Institutionen, die sich diesem Themenfeld widmen eng vernetzt sein.

## **VI – Demokratie – Grundlage und Herausforderung**

Die Opposition in der DDR der 70er und 80er Jahre sowie die Friedliche Revolution in der DDR vor 35 Jahren hatten vor allem eine Demokratisierung der DDR zum Ziel. Erst als sich mit dem Fall der Mauer und den Umbrüchen des Jahres 1989 in Mitteleuropa realistische Perspektiven auch auf die deutsche Einheit eröffneten, wurde sie zum zentralen operativen Ziel der Deutschen in Ost und West. Schon vorher hatten in den 80er Jahren wichtige Vertreter der Solidarność in Polen die deutsche Einheit als wichtige Bedingung für den eigenen Weg Richtung Westen benannt. In Polen und Ungarn wurde mit der Demokratisierung des eigenen Landes schon früh ein „Zurück

nach Europa“ gefordert. Dabei wurde „Europa“ einerseits zum Symbol für Freiheit und Demokratie, für die liberalen Werte UN-Charta und der Menschenrechte, andererseits aber suchte man den Anschluss an die „Europäischen Gemeinschaften“ als Institutionen, in welchen diese Werte gesichert sind. Der Sieg von Freiheit und Demokratie 1989/90, die Überwindung des Kommunismus war damit sehr schnell verbunden mit dem Streben nach der deutschen Einheit in der DDR, mit dem Streben nach der Integration in die Europäischen Gemeinschaften.

Gleichzeitig hatte vielfach der Wunsch nach Selbstbestimmung und Demokratie auch eine nationale Dimension. Das galt einerseits besonders für die Vielvölkerstaaten Sowjetunion und Jugoslawien, aber auch für die Satellitenstaaten der Sowjetunion, für die die nationale Souveränität eine besondere Rolle spielte. In diesen Zusammenhang gehört auch die friedliche Trennung der Tschechoslowakei und die Entstehung der unabhängigen Staaten Tschechien und Slowakei.

Schon früh gab es dann in den sich demokratisierenden Ländern in der Gesellschaft ein Anwachsen von Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit. So wuchs in der Sowjetunion der Druck auf Juden, so dass Abertausende schließlich auswanderten. Auch in der DDR gab es Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit. Selbst bei den friedlichen Großdemonstrationen des Herbstes 1989 konnten etwa Vertragsarbeiter aus Mosambik solche Erfahrungen machen. Anfang der 90er Jahre führten ausländerfeindliche Ausbrüche und rechte Gewalt in Rostock, Hoyerswerda und andernorts zu öffentlichem Erschrecken. Schnell entwickelten sich auch in Ostdeutschland rechte Strukturen, wobei die Drahtzieher vielfach aus dem Westen kamen. Wie in anderen postkommunistischen Staaten nicht nur Mitteleuropas entstanden auch in der DDR rechtspopulistische und nationalistische gesellschaftliche Kräfte, die die grundlegenden Werte der Europäischen Union und des Grundgesetzes infrage stellen.

Gleichwohl ist diese populistische Infragestellung der freiheitlichen Grundwerte nicht nur ein postkommunistisches Phänomen. Die Entwicklungen in Frankreich, den Niederlanden, Italien und nicht zuletzt in den USA machen deutlich, dass die Demokratie heute in einer Weise unter Druck steht, wie man es vor 35 Jahren nicht für möglich gehalten hätte.

Gerade in den letzten Jahren wird mehr und mehr deutlich: Die durch den Freiheitswillen der Menschen in Mitteleuropa und der DDR errungene Demokratie, die Europa in der Folge zusammenwachsen ließ, muss gesichert und verteidigt werden – innerhalb Deutschlands und der Europäischen Union wie gegenüber den Feinden von außerhalb, insbesondere vor Russland. Hier ist eine strategische Zusammenarbeit von EU und NATO von größter Bedeutung.

Eine wehrhafte Demokratie zu schaffen, ist eine gemeinsame Herausforderung in Deutschland und Europa. Um hier erfolgreich zu sein, braucht es einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gewissheit, dass unsere Werte auch in Zukunft tragfähig sind, und den gemeinsamen Willen, sie zu verteidigen.

#### **Anmerkungen**

- 1 Meckel, Markus: Zu wandeln die Zeiten. Erinnerungen, Leipzig 2020.
- 2 Siehe hierzu Meckel, Markus: Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 408ff. und meinen Beitrag „Ein Abzug mit Stolpersteinen“, in: Michael Daxner / Gerd Harms / Axel von Hoerschelmann / Jann Jakobs / Birgit-Katharine Seemann (Hrsg.): Gut : Gegangen. Der Abzug der sowjetischen | russischen Streitkräfte 1990 bis 1994, Potsdam 2024.
- 3 Siehe Markus Meckel Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 359ff. und Berger, Almuth: Ein Tabu der Nachkriegsgeschichte wird gebrochen. Aufnahme russisch-jüdischer Emigranten in der DDR, in: Dmitrij Belkin / Raphael Gross (Hrsg.): Ausgerechnet Deutschland! Begleitpublikation zur Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt 2010, Berlin 2010, S. 55 – 59.
- 4 Siehe hierzu u.a. meine Erinnerungen (wie Anm. 1), S. 281 – 285; Schröder, Richard: Deutschland schwierig Vaterland. Für eine neue politische Kultur, Freiburg 1993, S. 57 – 62.
- 5 Siehe Schröder, Richard (wie Anm. 4), S. 62.
- 6 In einem Spiegelgespräch mit Wolfgang Schäuble bin ich für eine solche Überarbeitung eingetreten. Es wurde vor der freien Wahl geführt, dann aber erst am 19. März 1990 veröffentlicht.
- 7 Darauf hat Bodo Ramelow in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hingewiesen. Siehe FAZ vom 21.05.2024.



Oberst i.G. Bernd Albers während seiner Ansprache zum Volkstrauertag im Landtag von Sachsen-Anhalt, 17. November 2024.

---

## **Ansprache im Landtag Sachsen-Anhalt zum Volkstrauertag 2024**

Bernd Albers

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

Sehr geehrte Abgeordnete,

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind heute an einem Tag versammelt, der uns als Volk und als Gesellschaft immer wieder daran erinnert, wie kostbar und zugleich zerbrechlich der Frieden ist.

Der Volkstrauertag ist ein Tag des Gedenkens, der Trauer und der Mahnung. Wir gedenken der Opfer von Krieg und Gewalt – den Menschen, die ihr Leben durch Kriege, Terror, Vertreibung und Unterdrückung verloren haben. Gleichzeitig mahnt uns dieser Tag, sich für den Frieden und die Würde des Menschen einzusetzen.

Im Jahr 2024, erleben wir eine Welt, die auf erschreckende Weise zeigt, dass die Lehren aus den Kriegen des 20. Jahrhunderts leider immer wieder verschüttet werden.

Lassen Sie uns an diesem Tag innehalten und sowohl zurück als auch nach vorne blicken – auf die Geschichte, die uns geprägt hat, und auf die Herausforderungen, die vor uns liegen.

Der Volkstrauertag wurde erstmals 1919 ins Leben gerufen, kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, um der Millionen von Toten und Verwundeten dieses grausamen Konflikts zu gedenken.

Nur zwei Jahrzehnte später folgte der Zweite Weltkrieg, ein noch verheerenderer Konflikt. Mehr als 60 Millionen Menschen fanden den Tod, unzählige weitere wurden Opfer von Zerstörung, Flucht und Vertreibung. In Deutschland erinnern uns der Zweite Weltkrieg und die Verbrechen des Nationalsozialismus an die dunkelsten Kapitel unserer Geschichte.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lag Europa in mancher Hinsicht in Trümmern. Aber aus diesen Trümmern erwuchs auch ein neuer Wille zum Frieden. Die Gründung der Vereinten Nationen, die europäische Einigung und das nordatlantische Bündnis sollten verhindern, dass sich solche Katastrophen wiederholen.

Doch der heutige Tag erinnert uns auch daran, dass der Frieden, der nach diesen Kriegen errichtet wurde, nicht unzerstörbar ist. Auch die Generationen, die die Schrecken dieser beiden Weltkriege nicht selbst erlebt haben, tragen eine Verantwortung. Wir müssen uns bewusst sein, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind, sondern täglich neu erkämpft und verteidigt werden müssen. Jean-Claude Juncker bemerkte einmal: „Wer an Europa zweifelt, wer an Europa verzweifelt, sollte Soldatenfriedhöfe besuchen!“

Dieser Tag ist eine Mahnung an uns alle, wachsam zu bleiben gegenüber den Gefahren von Nationalismus, Hass und Extremismus, die auch heute wieder in vielen Teilen der Welt auf dem Vormarsch sind.

Die Geschichte lehrt uns, dass Kriege nicht „plötzlich“ ausbrechen, sondern sich langsam aufbauen – durch Misstrauen, durch Feindbilder, durch Hass.

Der Volkstrauertag fordert uns auf, die aktuellen Konflikte in der Welt nicht zu vergessen. Wir sind Zeitzeugen zahlreicher bewaffneter Auseinandersetzungen.

Der Krieg in der Ukraine, der nun schon im dritten Jahr andauert, der auf beiden Seiten bereits mehrere Hunderttausend Opfer gefordert hat, bringt uns jeden Tag Bilder

von Zerstörung und Tod. Millionen von Menschen haben ihre Heimat verloren, viele von ihnen sind auf der Flucht in andere Länder, auch zu uns nach Deutschland. Dieser Krieg hat nicht nur die Ukraine erschüttert, sondern auch die europäische Friedensordnung tief getroffen. Er hat uns allen vor Augen geführt, dass der Frieden in Europa fragiler ist, als viele von uns dachten.

Tief bewegt und nachdenklich gemacht, hat mich in diesem Zusammenhang die Dankesrede der Historikerin und Journalistin Anne Applebaum anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Oktober unter der Überschrift „Gegen den Pessimismus“.

Zitat: „Heute stehen wir vor der größten Herausforderung für unsere Werte und Interessen zu unseren Lebzeiten, und die demokratische Welt schwankt. Viele wünschen sich, der Krieg möge auf magische Weise enden. Andere sprechen lieber über den Nahen Osten, einen weiteren schrecklichen und tragischen Konflikt, auf den wir Europäer jedoch weitweniger Einfluss haben und in dem wir kaum etwas bewirken können. ... Ein größeres Engagement in einer Tragödie bedeutet nicht Gleichgültigkeit gegenüber anderen Tragödien.

Wir müssen tun, was wir können, wo unser Tun etwas bewirkt. Allmählich gewinnt eine andere Gruppe an Einfluss, vor allem hier in Deutschland.

Das sind Menschen, die weder unterstützen noch verurteilen, sondern vorgeben, über der Debatte zu stehen – weil sie ihre Position für moralisch halten – und die verkünden: ‚Wir wollen Frieden‘.

Einige verweisen dazu auf die ‚Lehren aus der deutschen Geschichte‘. Die Verleihung des Friedenspreises ist vielleicht ein guter Moment, um darauf hinzuweisen, dass der Ruf nach Frieden nicht immer ein moralisches Argument ist. Es ist auch ein guter Moment, um zu betonen, dass die Lektion der deutschen Geschichte nicht sein kann, dass die Deutschen Pazifisten sein müssen. Im Gegenteil: Seit fast einem Jahrhundert wissen wir, dass der Ruf nach Pazifismus angesichts einer aggressiven Diktatur oft nichts anderes ist als *Appeasement* und Hinnahme dieser Diktatur. ...“ und sie setzt fort mit „Die Aufgabe ist keineswegs rein militärischer Natur: Dies ist auch ein Kampf gegen die Hoffnungslosigkeit, den Pessimismus und die schleichende Anziehungskraft der Autokratie, die bisweilen im Gewand einer verlogenen Sprache des ‚Friedens‘ daherkommt. Die Behauptung, dass Autokratie sicher und stabil ist, während Demokratien Kriege schüren, oder dass Autokratien traditionelle Werte bewahren, während De-

mokratien ‚entarten‘ – auch dieses Gerede wird von Russland und der autokratischen Welt verbreitet, aber auch von Menschen in unseren eigenen Gesellschaften, die bereit sind, das vom russischen Staat verursachte Blutvergießen und Vernichtungswerk hinzunehmen. Wer die Zerstörung fremder Demokratien akzeptiert, ist weniger bereit, gegen die Zerstörung der eigenen Demokratie zu kämpfen. Selbstgefälligkeit ist wie ein Virus, das sich schnell über Grenzen hinweg ausbreitet.“ Zitatende.

Der Volkstrauertag erinnert uns daran, dass Frieden kein Zustand ist, der einmal erreicht und dann für immer sicher ist.

Er muss immer wieder neu geschaffen und verteidigt werden. Dazu gehört nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern auch der Einsatz für Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie.

Gerade in Zeiten, in denen Demokratien weltweit unter Druck stehen, in denen autoritäre Regime wieder an Einfluss gewinnen und in denen Populismus und Hetze auf fruchtbaren Boden fallen, ist es unsere Aufgabe, diesen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten; wir müssen wehrhaft sein – nach Innen und nach Außen, um unsere demokratischen Werte und unser Gesellschaftsmodell zu verteidigen.

Verehrte Anwesende,

der Volkstrauertag ist nicht nur ein Tag der Trauer, sondern auch ein Tag der Verantwortung. Eine Verantwortung, die wir als Gemeinschaft tragen – gegenüber den Opfern von Krieg und Gewalt, gegenüber den kommenden Generationen und gegenüber dem Frieden selbst.

Lassen Sie uns heute der Toten gedenken, die durch Kriege und Gewalt ihr Leben verloren haben. Aber lassen Sie uns auch den Blick nach vorne richten. Lassen Sie uns daran arbeiten, dass wir die Lehren der Geschichte in die Zukunft tragen und dass wir eine Welt schaffen, in der Frieden und Gerechtigkeit nicht bloße Worte sind, sondern gelebte Realität.

Lassen Sie uns den Volkstrauertag als Mahnung und als Ansporn sehen – für eine friedlichere, gerechtere und menschlichere Welt.

Vielen Dank.



Prof. Dr. Detlef Garbe hält den Festvortrag anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung zur Geschichte des Reichskriegsgerichts, 29. August 2024.

---

## **Festvortrag zur Eröffnung der Wanderausstellung „Das Reichskriegsgericht 1936 bis 1945. Nationalsozialistische Militärjustiz und Bekämpfung des Widerstands in Europa“, Stadtmuseum Halle, 29. August 2024**

Detlef Garbe

Sehr geehrte Frau Staatsministerin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Familienangehörige von Opfern der kriegsgerichtlichen Spruchpraxis, die Sie in großer Zahl oft von weither angereist sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE berief 2021 für den Gestaltungswettbewerb eine Jury und 2022 zur inhaltlichen Begleitung des Ausstellungsprojekts ein Expertengremium, dem neben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bundesdeutscher

Forschungseinrichtungen auch ausgewiesene Fachleute aus Frankreich, Norwegen und Polen angehörten. Sie brachten aus der Perspektive ihrer Wirkungsstätten, der Gedenkstätte Compiègne, der Rechtswissenschaften an der Universität Oslo und dem Institut für Nationales Gedenken in Warschau wichtige Aspekte in die gemeinsame Arbeit ein. Da ich die Ehre hatte, sowohl der Jury wie dem Beirat anzugehören, haben mich die Veranstalter um einen kurzen Vortrag zum Kontext des Ausstellungsthemas gebeten.

Wenn von der nationalsozialistischen Herrschaft und von der Justiz als einer von mehreren zentralen Stützen des Regimes die Rede ist, so fällt der Blick oft sehr schnell auf den zur Aburteilung von des Hoch- und Landesverrat bezichtigten Regimegegnern im April 1934 eingerichteten Volksgerichtshof. Die zweifellos exponierte Rolle unter den Repressionsorganen, die überlieferten, zu Propagandazwecken angefertigten Filmaufnahmen aus Gerichtsverhandlungen und nicht zuletzt die Person des Staatssekretärs Roland Freisler, der dem Gericht vom 20. August 1942 bis zum 3. Februar 1945 vorstand, fanden öffentliche Aufmerksamkeit. Der Volksgerichtshof ist zum Synonym einer entfesselten Blutjustiz geworden. Einer historisch interessierten Öffentlichkeit sind auch die schon im März 1933 noch in der Phase der Herrschaftsetablierung reichsweit in jedem Oberlandesgerichtsbezirk eingerichteten Sondergerichte bekannt und die nach 1933 fortgeführten Gerichte der regulären Strafjustiz. Selbst in Fachkreisen wird aber nur selten im Zusammenhang mit dem Gewaltapparat des NS-Regimes das Reichskriegsgericht genannt.

Zwar fand die Geschichte der Wehrmachtjustiz in den letzten Jahrzehnten in der zeitgeschichtlichen Forschung größere Beachtung, aber die große Mehrzahl der Publikationen und wissenschaftlichen Studien fokussierte sich – auch veranlasst durch die Debatten um die Anerkennung von Wehrmachtsdeserteuren und über die Errichtung von Deserteur-Denkmalen – auf die deutschen Opfer der NS-Militärjustiz. Dies galt auch für die Beschäftigung mit dem Reichskriegsgericht. Es verstrichen nach Kriegsende fast 50 Jahre, bis dessen Geschichte erstmals zum Thema einer Ausstellung wurde. Die 1993 von Norbert Haase für die Gedenkstätte Deutscher Widerstand erarbeitete Sonderausstellung „Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft“ widmete ein Ausstellungskapitel der Aufgabe,

die das Reichskriegsgericht bei der Unterdrückung des europäischen Widerstandes einnahm. Es blieb aber ein Nebenaspekt, der Schwerpunkt lag bei der Darstellung der Verfahren gegen deutsche Widerständler. Auch in dem 2005 erschienenen Standardwerk über die Wehrmachtjustiz von Manfred Messerschmidt, dem langjährigen wissenschaftlichen Direktor des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, nimmt die Funktion des Reichskriegsgerichts bei der Bekämpfung des Widerstands in den besetzten Gebieten gerade einmal 10 von gut 500 Seiten ein. Und auch im Rahmen der für die öffentlichen Anerkennung der Opfer der NS-Militärjustiz wegweisenden Ausstellung, mit der die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas die entsprechenden Bundestagsbeschlüsse zur Würdigung der Wehrmachtsdeserteure und der vielen anderen kriegsgerichtlich abgeurteilten NS-Verfolgten umsetzte, konzentrierte sich der Blick in erster Linie auf die deutschen Opfer. Nur knapp ein Viertel der ausgestellten Fallgeschichten betraf Schicksale ausländischer Opfer. Im Laufe der Arbeit mit der inzwischen aktualisierten Wanderausstellung, die seit ihrer Ersteröffnung 2007 an über 50 Orten gezeigt wurde, gewann allerdings – nicht zuletzt durch ausländische Präsentationsorte – die europäische Dimension eine stärkere Aufmerksamkeit.

Diese Hinweise mögen unterstreichen, wie sehr die von der Gedenkstätte Roter Ochse erarbeitete Ausstellung mit der Schwerpunktsetzung auf die zentrale Bedeutung des Reichskriegsgerichts bei der Bekämpfung des Widerstands in Europa eine Pionierleistung ist. Und Sie werden bei der Besichtigung feststellen können, dass das Kuratorenteam in den letzten Jahren sehr viele neue und hier erstmals veröffentlichte Informationen hat zusammentragen können.

Die geringe Bekanntheit des Wirkens des Obersten Gerichtshofs der Wehrmacht und seine Rolle bei der Bekämpfung des Widerstands gegen die deutsche Besatzungsverwaltung steht in enger Verbindung mit der Entwicklung in den Nachkriegsjahrzehnten. Aber dazu später. Zunächst möchte ich in aller gebotenen Kürze einige Grundzüge bezüglich des Wirkens der Wehrmachtjustiz und speziell des Reichskriegsgerichts skizzieren.

Für die deutsche Militärjustiz hatte das Ende des Ersten Weltkrieges eine tiefe Zäsur gebracht. In der Novemberrevolution von 1918 gehörte die Abschaffung der Kriegsgerichte zu den Forderungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Dies fand Eingang in

die Weimarer Reichsverfassung. Mit Gesetz vom 17. August 1920 wurde die Militärgerichtsbarkeit abgeschafft. Nunmehr fanden Verfahren gegen Soldaten vor zivilen Strafgerichten statt. Für die Reichwehrspitze und die politische Rechte war dies ein Unding. Bereits kurze Zeit nach Übernahme der Staatsgewalt durch die Koalition aus Deutsch-Nationalen und Nationalsozialisten beschloss die Regierung Hitler mit Gesetz vom 12. Mai 1933 die Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit in Deutschland. Mit Wirkung vom 1. Januar 1934 nahmen die erstinstanzlichen Kriegsgerichte und die Oberkriegsgerichte als zweite Instanz ihre Tätigkeit auf.

Mit Verordnung vom 5. September 1936 wurde als höchstes Wehrmachtsgericht das Reichskriegsgericht geschaffen. Der Gerichtshof amtierte bis 1943 in Berlin-Charlottenburg, anschließend in Torgau. In den letzten Kriegsjahren wurden zahlreiche der vom Reichskriegsgericht ausgesprochenen Todesurteile in Halle in der im „Roten Ochsen“ eingerichteten Richtstätte durch Enthaupten vollstreckt. An der Spitze des Gerichtshofs stand als Präsident ein Militär im Generalsrang, dem in seiner Funktion als Gerichtsherr die Bestätigung der von den Senaten ausgesprochenen Urteile oblag. Die Verhandlungen leitete ein Richter als Senatspräsident, ihm standen ein Reichskriegsgerichtsrat sowie drei Offiziere zur Seite. Neben der Funktion in Berufungsverfahren fielen in die Zuständigkeit des Reichskriegsgerichts alle Strafverfahren gegen Offiziere und Wehrmachtbeamte im Generals- oder Admiralsrang.

Bei der Wiedereinführung der Militärgerichtsbarkeit war zugleich daran gedacht, dass es sich um eine andere Form von Justiz handeln sollte. Nach dem Ersten Weltkrieg war die kaiserliche Kriegsgerichtsbarkeit vielfach, unter anderen vom ehemaligen Chef der Obersten Heeresleitung Erich Ludendorff und von Adolf Hitler, für den Aufstand der Matrosen verantwortlich gemacht worden. Unter ausdrücklichem Verweis auf die sich in der Verhängung von „nur“ 48 vollstreckten Todesurteilen ausdrückende „Milde“ wurde der kaiserlichen Militärjustiz vorgeworfen, gegen die Auflösungserscheinungen bei Kriegsende nicht hart genug eingeschritten zu sein und somit durch ihr „Versagen“ den Kräften des „Dolchstoßes“ Raum gegeben zu haben.

Aus diesem Grunde mahnten vom Nationalsozialismus beeinflusste Militärjuristen Gesetzes- und Verfahrensregelungen an, die den „besonderen Bedürfnissen des

Krieges“ Rechnung tragen sollten. Bereits seit Anfang 1934 arbeiteten Experten im Reichsjustiz- und im Reichswehrministerium an speziellen Regelungen für ein Kriegsrecht. Die berüchtigten und folgenschweren Regelungen der späteren Kriegsverordnungen wurden hier vorgedacht und ausformuliert. Ein Entwurf aus dem Frühjahr 1934 schlug bereits die Einführung eines neuen Tatbestandes vor, der in Kriegszeiten für die „Zersetzung der geistigen Wehrbereitschaft“ die Todesstrafe vorsah. So lagen die Regelungen für eine unerbittliche Militärjustiz seit langem in den Schubladen, als Hitler und die Wehrmachtführung mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg auslösten.

Mit der am Mobilmachungstag, dem 26. August 1939 in Kraft gesetzten Kriegssonderstrafrechtsverordnung und der zeitgleich erlassenen Kriegsstrafverfahrensordnung, nach der es nur noch eine Instanz gab und Berufungsverfahren abgeschafft waren, veränderte sich auch der Charakter des Reichskriegsgerichts, das nunmehr für besonders schwerwiegende Fälle von Hoch- und Landesverrat, Kriegsverrat und Sabotage alleinige Zuständigkeiten erhielt.

Eine große Bedeutung kam dem Gericht von daher bei Handlungen des politischen Widerstands zu, bei denen die Beschuldigten der Militärgerichtsbarkeit unterlagen. Dies betraf Tatkomplexe wie den der „Roten Kapelle“ – unter dieser Bezeichnung fassten Gestapo und Justiz verschiedene Berliner Widerstandsgruppen zusammen, die unter anderen von dem im Reichsluftfahrtministerium tätigen Oberleutnant Harro Schulze-Boysen und dem Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Arvid Harnack und seiner Frau Mildred organisiert wurden.

Außerdem fielen zunächst alle Zersetzungsdelikte in die Zuständigkeit des Reichskriegsgerichts: Paragraph 5 der Kriegssonderstrafrechtsverordnung bestimmte, dass jeder Versuch der Wehrdienstentziehung, die öffentliche Aufforderung dazu und die Lähmung des Willens zur „wehrhaften Selbstbehauptung“ mit dem Tode zu bestrafen sei. Zur Erläuterung erließ die Reichskriegsanwaltschaft 1940 Grundsätze, die einleitend definierten: „Zersetzung der Wehrkraft ist die Störung oder Beeinträchtigung der totalen völkischen Einsatzbereitschaft zur Erringung des Endsieges in diesem Kriege.“ Als „Wehrkraftzersetzung“ galt fortan schon Zweifel am Kriegserfolg, etwa „die Verbreitung mutlos machender Nachrichten“. In den Verfahren gegen Kriegsdienstverweigerer

zeigte das Reichskriegsgericht eine kompromisslose Härte. Aus Gründen der Abschreckung wurden Hunderte vor allem religiös motivierte Verweigerer, zumeist Zeugen Jehovas, zum Tode verurteilt und in der Regel auch hingerichtet.

Den Charakter der Kriegssonderstrafrechtsverordnung dokumentiert in besonderer Weise der mit Ergänzungsverordnung vom 1. November 1939 eingeführte § 5a. Hier handelte es sich nicht um ein Gesetz im üblichen Sinne, mit dem ein bestimmtes Delikt unter Strafe gestellt wird, sondern der § 5a war eine Ermächtigung zur Überschreitung des jeweiligen Strafrahmens einschließlich der Möglichkeit zur Verhängung der Todesstrafe immer dann, wenn es nach Auffassung des Gerichts „die Aufrechterhaltung der Manneszucht oder die Sicherheit der Truppe erfordert“. 1943 wurde diese Vorschrift dahingehend erweitert, dass die Verhängung der Todesstrafe auch dann infrage kam, „wenn der regelmäßige Strafrahmen nach gesundem Volksempfinden zur Sühne nicht ausreicht“.

Wie in der Militärjustiz anderer Staaten galt die Wahrung der militärischen Disziplin zwar als höchster Zweck, doch erfolgte in der Justiz der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg eine völlige Überspannung und Entgrenzung. Hier ging es weniger um Schuld und Sühne, um Tat und Täter, um Rechtsprechung im eigentlichen Sinne, sondern um übergeordnete Belange des Staatswohls und der so genannten Kriegsnotwendigkeiten. Abschreckung bestimmte immer stärker das Wirken der Kriegsgerichte: Die „Furcht vor Strafe“ sollte unter den Soldaten so groß sein, dass von vornherein jede Unbotmäßigkeit unterblieb.

Die Justiz der Wehrmacht war durch und durch politisch bestimmt. Die „Zeitschrift für Wehrrecht“ gab schon 1941 den Kriegsrichtern die Worte mit auf dem Weg: „Stets daran denken, daß die Rechtsprechung der Wehrmachtgerichte ... auch ein Mittel, und zwar ein sehr wichtiges, zur Erringung des Sieges ist.“

Die meisten wehrmachtgerichtlichen Todesurteile ergingen wegen „Fahnenflucht“. Bereits während des Krieges gegen Polen verhängten die Feldkriegsgerichte eine größere Zahl von Todesurteilen. In der Phase der militärischen Erfolge, der Blitzkriege von 1940 und 1941 war die Zahl der Desertionen von Wehrmachtssoldaten noch vergleichsweise gering. Mit der Kriegswende 1941/42 nahm sie zu, die Kriegsgerichte reagierten mit einem deutlichen Anstieg der Todesurteile. Laut der – allerdings unvollständigen –

Wehrmachtstrafrechtsstatistik betrug ihre Zahl im 3. Kriegsjahr 1673, im 4. Kriegsjahr 2769 und im 5. Kriegsjahr 4118.

Zum Kriegsende hin stieg die Zahl der verhängten Todesurteile noch stärker an. Zuletzt verurteilten Standgerichte der Wehrmacht in Schnellverfahren noch zahllose Soldaten zum Tode; sie wurden – wie es der Erlass über die Bildung von „Sonderstandgerichten für Bekämpfung von Auflösungserscheinungen“ vom 26. Februar 1945 regelte – „unverzüglich im Angesicht der Truppe“ erschossen.

Das Ziel der Abschreckung erstreckte sich selbstverständlich nicht nur auf die Deliktgruppen „Fahnenflucht“ und „Wehrkraftzersetzung“, bei deren Verfolgung durch die Militärjustiz offenkundig politische Gesichtspunkte eine Rolle spielten, sondern auch auf militärische Vergehen wie Wachverfehlungen und Ungehorsam sowie auf kriminelle Straftaten wie Diebstahl und Plünderung. Doch auch in den vordergründig unpolitischen Fällen war die strafrechtliche Ahndung von ideologischen Prämissen bestimmt. In der Wehrmachtjustiz stand hier nicht nur die Rechtswidrigkeit einer Handlung zur Aburteilung an, sondern über den Beschuldigten wurde zugleich ein umfassendes Werturteil gefällt. Diejenigen Soldaten, die in den Augen der Richter als „minderwertig“, „asozial“ oder „unverbesserlich“ galten, konnten auf keine Milde hoffen.

Die ideologischen Wertungsmuster zeigen sich insbesondere in den unterschiedlichen Strafzumessungen. Während beispielsweise ein Gefreiter vom Gericht des Kommandanten von Groß-Paris am 16. Januar 1942 zum Tode verurteilt wurde, weil er aus Sammlungsbeständen acht Paar Wollstrümpfe und einen Seidenschal entwendet hatte, reagierte das Rechtsempfinden von Militärjuristen bei Soldaten, die aus eigenem Antrieb Gefangene und Juden töteten, gänzlich anders. So hielt das Gericht der Division Nr. 177 im Fall eines Soldaten, der eine sich gegen eine Plünderung zur Wehr setzende Jüdin bestialisch tötete, „die Strafe von 6 Monaten Gefängnis für schuldangemessen“.

In diesem Zusammenhang ist auf den Führer-Erlass vom 13. Mai 1941 „über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet ‚Barbarossa‘“ zu verweisen, der im Punkt II, 1 bestimmte: „Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang“. Dieser von den Wehrmachtjuristen in der Rechtsabteilung beim Oberkommando der Wehrmacht

ausgearbeitete Erlass bedeutete nichts weniger als einen Freibrief für die Soldaten in dem gegen die Sowjetunion geführten Vernichtungskrieg.

Als der führende Kommentator des Militärstrafgesetzbuches und des NS-Kriegsrechts, Professor Erich Schwinge als Kriegsgerichtsrat beim Wehrmachtbefehlshaber Ukraine vom Massenmord an den Juden erfuhr, schrieb er in einem Brief vom 19. November 1942 an den bekannten Freiburger Rechtsphilosophen Erik Wolf: „Diesen Krieg dürfen wir nicht verlieren, sonst geht es uns schlecht!“

Darin, in der Kenntnis der ungeheuerlichen Verbrechen und daraus resultierend der Angst vor Vergeltung, liegen wesentliche Gründe für die Unerbittlichkeit der Wehrmachtjustiz. Die Niederlage und einen neuen November 1918 galt es für die Kriegsrichter, von denen viele dem deutschnationalen Milieu entstammten, um nahezu jeden Preis zu verhindern. Deshalb wurden kriegsmüde Soldaten, die keinen Sinn mehr in ihrem Tun zu erkennen vermochten, von den Kriegsgerichten mit der rigorosen Androhung der Todesstrafe bei der Fahne und in den Reihen gehalten. Fortan wurden zu Erschießungskommandos vor allem jene Soldaten befohlen, die in ihrer Haltung und Gesinnung als gefährdet galten. Als an den Fronten der Glaube an den „Endsieg“ der Ernüchterung gewichen war, sollte er durch die Furcht vor den Kriegsgerichten ersetzt werden. Fanatismus und Terror waren gleichermaßen Faktoren, die die Führung dieses Krieges bis zuletzt möglich machten.

Die Ausstellung lenkt aber vor allem den Blick darauf, dass die Wehrmachtjustiz nicht nur für Verfahren gegen Wehrmachtangehörige zuständig war. In den von Deutschland überfallenen und besetzten Ländern Europas beteiligte sie sich in maßgeblicher Weise an der Bekämpfung von Widerstandsgruppen, sie war – wie die neue Ausstellung überzeugend herausarbeitet – „ein wesentliches Instrument zur Durchsetzung der Besatzungs- und Repressionspolitik“. Die rechtliche Grundlage hierfür bildete die Kriegsstrafverfahrensordnung, die im § 2 festlegte, dass auch Zivilpersonen der Wehrmachtjustiz unterlagen, wenn sie Verordnungen zuwiderhandelten, die „ein Befehlshaber in dem von der deutschen Wehrmacht besetzten ausländischen Gebiet zur Sicherung der Wehrmacht oder des Kriegszwecks erlassen hat“. Allerdings begrenzte der vom Chef der Wehrmachtsrechtsabteilung Rudolf Lehmann 1941 ausgearbeitete „Nacht- und Nebel“-Erlass die Tätigkeit der Militärgerichte insoweit, dass bei Straftaten auslän-

discher Zivilisten gegen die Wehrmacht die Gerichte nur noch dann zuständig sein sollten, wenn ein erwartbares Todesurteil umgehend vollstreckt werden konnte. In allen anderen Fällen sollte die bezweckte Abschreckungswirkung gegenüber der Zivilbevölkerung in den besetzten Ländern dadurch erhöht werden, dass die Beschuldigten ohne Information der Angehörigen heimlich außer Landes gebracht wurden, um sie auf Reichsgebiet abzuurteilen. Die ungefähr 30.000 aus West- und Nordeuropa nach Deutschland verschleppten „Nacht- und Nebel-Häftlinge“ wurden aber keineswegs immer vor Gericht gestellt, sondern oft ohne Anklage oder Gerichtsurteil der Gestapo übergeben und in ein Konzentrationslager verbracht. Bei Spionage- und Verratsfällen kamen Beschuldigte aus dem Kreis der Verschleppten jedoch vor das Reichskriegsgericht, die zum Tode Verurteilten wurden in den dafür ausgesuchten Richtstätten der Reichsjustizverwaltung hingerichtet.

Insgesamt sprach das Reichskriegsgericht über 3000 Urteile gegen mehr als 4000 Angeklagte aus. Von den 1189 Todesurteilen, die das Reichskriegsgericht einer zeitgenössischen Übersicht zufolge bis zum 7. Februar 1945 verhängte, ergingen insgesamt 340 wegen Spionage, 313 wegen Landesverrats, 251 wegen Zersetzung der Wehrkraft, 116 wegen Fahnenflucht, 96 wegen Hochverrat und 73 wegen anderer Delikte, darunter nur ein Urteil wegen Mordes. Der ganz überwiegende Teil, nämlich 88 Prozent der verhängten Todesurteile wurden vollstreckt. Die Übersicht zeigt auch, wie hoch der Anteil der gegen ausländische Zivilpersonen verhängten Todesurteile war, nämlich mit 527 ausgesprochenen und 487 vollstreckten Todesurteilen 44,5 bzw. 46,4 Prozent. Nahezu die Hälfte der Todesurteile des obersten Wehrmachtgerichts betrafen also ausländische Zivilisten – Polen, Franzosen, Belgier, Norweger und viele weitere –, die Widerstandshandlungen gegen die deutschen Besatzer verübt hatten. Das sind Befunde, die in den bisherigen Darstellungen weitgehend unberücksichtigt geblieben sind.

Die in der Ausstellung präsentierten Statistiken, die das Ergebnis der Gesamterhebung von Urteilen und Listen einer mit über 18.000 Einträgen gefüllten Datenbank sind, bestätigen und erweitern das Bild. Anhand von Angaben zu 3756 Verurteilten ermöglichen sie eine weitgehend vollständige Betrachtung der Spruchpraxis des Reichskriegsgerichts. Um nur einige Zahlen zu nennen: Von allen Urteilen ergingen 739 und



Ausstellungsbesucher am Eröffnungstag im Stadtmuseum Halle (Saale), 29. August 2024

---

damit nahezu 20 Prozent wegen „Zersetzung der Wehrkraft“. Bei der Betrachtung aller Verurteilten stellten Zivilisten mit 1851 eine größere Zahl als die Wehrmachtangehörigen mit 1777,73 waren Kriegsgefangene und 55 hatten einen anderen Status. 6 Prozent aller Verurteilten waren Frauen.

Die Statistiken dokumentieren, wie verdienstvoll die vom Ausstellungsteam mit Unterstützung der vielen Kooperationspartner geleistete Arbeit ist. Für die Forschung zum Reichskriegsgericht bedeutet diese Ausstellung einen Quantensprung.

Obgleich die Wehrmachtgerichte mit 25.000 bis 30.000 Todesurteilen deutlich mehr aussprachen als der Volksgerichtshof, die Sondergerichte und alle anderen Strafgerichte zusammengenommen, wurde ihr Wirken jahrzehntelang anders bewertet. So bezeichnete der Bundestag in einer einstimmig verabschiedeten Entschließung vom 25. Januar 1985 den Volksgerichtshof einstimmig als „Terrorinstrument zur Durchsetzung nationalsozialistischer Willkürherrschaft“ und sprach dessen Urteilen jede Rechtswirkung in der Bundesrepublik ab. Ein anderer Ton prägte hingegen den Bericht der Bundesregierung zu Fragen der Entschädigung, der ein Jahr später am 31. Ok-

tober 1986 dem Bundestag vorgelegt wurde. Im Blick auf Aburteilungen durch die Wehrmachtjustiz wurde festgestellt, dass „Verurteilungen wegen Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht oder Zersetzung der Wehrkraft [...] im allgemeinen nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen“ haben. Dieser Bericht folgte der Argumentation, die der Bundesgerichtshof durch höchstrichterliche Rechtsprechung geprägt hatte. In einem über mehrere Instanzen geführten Verfahren über die Frage, ob einem 1939 wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilten Kriegsdienstverweigerer Entschädigungsleistungen zustehen – der Zeuge Jehovas konnte nur überleben, weil das Urteil im Gnadenweg auf zehn Jahre Zuchthaus abgewandelt worden war –, befand der Bundesgerichtshof im Juni 1964, dass der Kriegssonderstrafrechtsverordnung „der Charakter der Rechtsstaatlichkeit“ nicht abgesprochen werden könne. Selbst bei einem Todesurteil wegen Kriegsdienstverweigerung konnten die Richter „sich ausschließlich von der Überzeugung leiten lassen, daß sie notwendig sei, um die Widerstandskraft des deutschen Volkes im Kriege zu schützen“.

Den Opfern der NS-Militärjustiz wurde ein Entschädigungsanspruch verweigert. Die ehemaligen Wehrmachtrichter wurden nicht zur Rechenschaft gezogen, kein einziger von ihnen wurde in der Bundesrepublik wegen verhängter Unrechtsurteile abgeurteilt. Das Unrecht der Wehrmachtjustiz wurde geleugnet. In der Wehrmachtjustiz zeigte sich die Entgrenzung der Gewalt nicht in Willkürakten, sondern der Terror vollzog sich hier im äußeren Rahmen formaler Gesetzlichkeit. Auch nach 1945 sahen sich die einstigen Kriegsrichter nicht als Diener des Unrechtsstaats, sondern als diejenigen, die dem Militärrecht unter den harten Bedingungen des Krieges seine Geltung verschafft haben und dabei „alles in allem [...] den Boden der Rechtsstaatlichkeit“ nicht verlassen haben, wie es in dem beim Erscheinen 1977 selbst vom „Spiegel“ zum Standardwerk erklärten Buch des früheren Luftwaffenrichters Otto Peter Schweling zur deutschen Militärjustiz in der Zeit des Nationalsozialismus hieß. Die Grundzüge dieses ursprünglich vom Münchner Institut für Zeitgeschichte in Auftrag gegebenen Werkes wurden im Kameradenkreis ehemaliger Wehrmachtrichter unter Leitung des ehemaligen Generalrichters Dr. Erich Lattmann festgelegt, die Herausgabe übernahm nach Schwelings Tod mit Professor Erich Schwinge ausgerechnet der Verfasser der wegweisenden Gesetzeskommentare zum NS-Kriegsrecht.

Die Kriegsrichter außer Dienst hatten die Geschichtsschreibung in ihre eigenen Hände genommen. Ihre Netzwerke dienten der Freisprechung eigener Schuld, verhöhnten die Opfer und erklärten „mit reinem Gewissen“ ihr Tun als rechtens. Der ehemaligen Marinerichter und spätere Baden-Württembergische Ministerpräsident Hans Filbinger war keineswegs eine Ausnahme, sondern er repräsentierte jenen Juristentyp, der die Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ganz entscheidend mitprägte. Hans Filbinger, der 1978 zu Vorwürfen, als NS-Marinerichter an Todesurteilen mitgewirkt zu haben, erklärte, was damals Rechtens war, könne heute nicht Unrecht sein, war keineswegs eine Ausnahme, sondern er repräsentierte jenen Juristentyp, der die Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten ganz entscheidend mitprägte. Dass er schließlich als Ministerpräsident von Baden-Württemberg zurücktreten musste, geschah nicht aus Einsicht, sondern unter dem Eindruck eines gesellschaftlichen Meinungswandels.

Anders als die als belastet geltenden Richter an den berüchtigten Sondergerichten und am Volksgerichtshof hatten die ehemaligen Wehrmachtrichter relativ unbeschadet im Nachkriegsdeutschland ihre Karriere fortsetzen können, sie gelangten in Spitzenpositionen in Justiz und Politik. Unter Hunderten von teilweise vergleichbaren Karrierewegen sei hier beispielhaft auf Dr. Ernst Kanter verwiesen, der seit 1938 als Richter am Reichskriegsgericht tätig war. Ab 1943 wirkte er als Chefrichter beim Wehrmachtbefehlshaber in Dänemark an zahlreichen Todesurteilen gegen dänische Widerstandskämpfer mit. In der Bundesrepublik stieg er bis zum Senatspräsidenten beim Bundesgerichtshof auf, wo er die Leitung des Staatsschutzsenats übernahm. In Schleswig-Holstein waren in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten mit Bernhard Leverenz, Gerhard Gaul und Hartwig Schlegelberger gleich drei ehemaliger Wehrmachtrichter als Justiz-, Finanz- und Innenminister tätig.

Auch an der Erarbeitung des Soldaten- und Wehrrechts für die neue Bundeswehr waren ehemalige Wehrmachtjuristen in führenden Positionen beteiligt. Der ehemalige Oberkriegsgerichtsrat Martin Rittau war bereits 1950 von der mit der Vorbereitung eines deutschen Wehrbeitrags beauftragten Dienststelle Blank gebeten worden, einen Entwurf für ein bundesdeutsches Militärstrafgesetzbuch zu erarbeiten. Nach Erlass des Wehrstrafgesetzes 1957 legte Rittau im folgenden Jahr einen Gesetzeskommen-

tar vor, der an sein früheres Kommentarwerk zum Militärstrafgesetzbuch unmittelbar anknüpfen konnte. Hier stellte er beispielsweise fest, dass es „bereits eine Gefahr für die Schlagfertigkeit der Truppe und für die Sicherheit der Bundesrepublik [bedeute], wenn nur die Möglichkeit besteht, daß ein Wehrpflichtiger sich seiner Pflicht, die er für die Verteidigung des Landes an der ihm zugewiesenen Stelle zu erfüllen hat, entzieht (RKG I, 127).“ Hinter dem zum Beleg angeführten Kürzel „RKG I, 127“ verbirgt sich ein Grundsatzurteil des Reichskriegsgerichts vom 20. Januar 1938. Rittau ersetzte beim Zitat lediglich den Begriff „Reich“ durch das Wort „Bundesrepublik“ – ein wahrhaft symptomatischer Vorgang!

Auch in der DDR gestaltete sich der Umgang mit der ehemaligen Wehrmachtjustiz nicht einfach. Zwar wurden Soldaten, die sich von Hitler und der Wehrmacht gelöst hatten, Deserteure und Überläufer sowie insbesondere die Angehörigen des in der sowjetischen Kriegsgefangenschaft gegründeten Nationalkomitees Freies Deutschland – jedenfalls sofern sie sich eindeutig zu den in der DDR propagierten Prinzipien bekannten – als antifaschistische Widerstandskämpfer geehrt, aber nach Aufbau der Nationalen Volksarmee und der im Unterschied zur Bundesrepublik 1963 wieder eingeführten Militärgerichtsbarkeit bestand kein weiteres Interesse am Thema – es sei denn, es galt wie in dem 1965 herausgegebenen „Braunbuch“ über „Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin“ Funktionsträger der Bonner Republik zu entlarven. Dabei kamen auch in der DDR zuweilen ehemalige Wehrmachtrichter wieder zu Amt und Würden. Mit Kurt Schumann fungierte sogar ein ehemalige Kriegsgerichtsrat von 1949 bis 1960 als Präsident des Obersten Gerichts der DDR.

Überlebende und Angehörige der Verurteilten kämpften dagegen lange Zeit vergebens für eine Kriegsopferversorgung und andere Entschädigungsleistungen, für eine Aufhebung der Urteile und die Rehabilitierung der weiterhin als vorbestraft geltenden Verurteilten. Erst zwischen 1998 und 2009 erkannte der Deutsche Bundestag „Wehrkraftzersetzer“, Deserteure und „Kriegsverräter“ als Opfer der nationalsozialistischen Unrechtsjustiz an.

In diesem Zusammenhang möchte ich an Ludwig Baumann erinnern, der 1990 gemeinsam mit 37 Leidensgefährten die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz gründete. Er führte einen zähen, aber letztlich erfolgreichen Kampf um Anerkennung

und pflegte auch eine enge Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Roter Ochse. Über 20 Jahre lang setzte der 2018 im Alter von 96 Jahren verstorbene Ludwig Baumann sich auch für eine angemessene Dokumentation in Torgau als einem der zentralen Orte der Wehrmachtjustiz ein. Es hat lange gedauert, bis dort eine neue Dauerausstellung entstand. Dass diese genau eine Woche vor der heutigen Ausstellungseröffnung der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, verweist auf die enge Verbindung der beiden Gedenkstätten in Halle und Torgau. Ich nutze diesen Hinweis, um Ihnen auch in meiner Funktion als Sprecher des wissenschaftlichen Beirats der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz deren Grüße auszurichten, die verbunden sind mit der Hoffnung, dass nun die Zeit für einen wirklichen Neustart gekommen ist.

Desto stärker in unserem Land verstanden und akzeptiert wurde, dass der Zweite Weltkrieg – wie es der Deutsche Bundestag im Mai 1997 bekannte – „ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen“ gewesen ist, desto klarer wurde erkannt, dass nicht die im Nachkriegsdeutschland als Feiglinge und Verräter gescholtenen Wehrmachtsdeserteure einen Irrweg gingen. Verheerend für Deutschland waren nicht sie, sondern die Verbrechen der Nationalsozialisten, der Wehrmachtführung und der Militärjustiz.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## **Konservierung der baulichen Überreste im KZ Außenlager Langenstein-Zwieberge**

Torsten Arnold, Dirk Knüpfer

Das Denkmal KZ Langenstein-Zwieberge ist das größte Flächendenkmal in Sachsen-Anhalt. Im Jahr 2024 wurden Konservierungsarbeiten abgeschlossen. Mit der Herangehensweise in der Bearbeitung des Bestandes wurde die Ablesbarkeit der Fragmente verbessert, ohne dass jedoch eine Verfälschung des zufällig entstandenen Zerfallsbildes durch zu starke Überformungen und Idealisierung entstanden ist. Der vorgefundene Zustand wurde gleichsam eingefroren.

Mit den akribischen Voruntersuchungen und Musterflächen über eine längere Standzeit konnte basierend auf den naturwissenschaftlichen Untersuchungen ein angepasstes Materialkonzept entwickelt werden.

Die erhaltenen Fragmente der ursprünglichen baulichen Ausstattung des KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge, errichtet ab April 1944, gehören zu den wenigen authentischen Zeugnissen, die sich von dem Lagerkomplex erhalten haben und einen Einblick in die Organisation des Lageralltags mit seinen unmenschlichen Bedingungen liefern können. Erhalten haben sich im wesentlichen Segmente der Innenbereiche, Bodenplatten und Grundmauern. Die ursprünglich vorhandenen hölzernen und steinernen Barackenkonstruktionen und Überdachungen wurden nach dem Krieg abgebaut bzw. sind vergangen.

Für die Zeit der Gedenkkultur als Mahn und Gedenkstätte in der DDR, beginnend mit 1968 und später mit der Einbindung des Halleschen Institutes für Denkmalpflege ab 1979<sup>1</sup> sind Sicherungsarbeiten an einigen Fragmenten nachweisbar. Diese Interventionen in Form von Abdeckungen (Mörtelschlag auf Mauern) und teilweise rekonstruierenden Hinzufügungen folgten aber keinem nachvollziehbaren Erhaltungskonzept und sind auch in der Ausführungsqualität eher als einfache handwerklich ausgeführte Noticherungen zu verstehen<sup>2</sup>, die jedoch in jedem Fall die bearbeiteten Objekte über die

Zeit brachten. Diese Sicherungen liegen mittlerweile größtenteils ebenfalls in einem stark geschädigten Erhaltungszustand vor.

Mit hohem Aufwand und naturwissenschaftlicher Begleitung wurde ab 1981 die durch Fäulnis geschädigte sogenannte „Todeskiefer“ (Hinrichtungsstätte) durch Injektionen mit Kunstharzlösungen konserviert. Diese Maßnahme hat, zusammen mit jüngeren statischen Sicherungsarbeiten und erneuten konservatorischen Maßnahmen im Jahr 2018 bis in die Gegenwart Bestand. Ab 2007 fanden im Auftrag des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Quellenrecherchen und eine Kartierung des Lagers statt. Diese Dokumentationsarbeiten wurden 2013 in eine ausführliche Denkmalausweisung überführt.

### **Vorarbeiten und Planung**

Bei einer ersten Begehung im Herbst 2014 durch das Sachgebiet Restaurierung des LDA mit Blick auf eine mögliche Konservierung und Sicherung der baulichen Fragmente herrschte aufgrund des schlechten Erhaltungszustandes und des offenkundig schnell fortschreitenden Zerfallsprozesses eine gewisse Ratlosigkeit, wie konservatorisch mit dem Bestand umgegangen werden kann und in welcher Form eine Präsentation möglich wäre. Allen Beteiligten konnte vermittelt werden, dass die Erarbeitung einer Zielstellung und die Beschreibung der Maßnahmen nicht ohne eine akribische Bestands- und Zustandsanalyse möglich sein wird und dass die Arbeiten durch eine restauratorische Fachplanung vorbereitet werden müssen. Die von 2016 – 2021 mit Unterbrechung stattfindenden Untersuchungen beinhalteten eine fotografische Dokumentation der vorhandenen baulichen Areale, Schadenskartierungen, die Entwicklung von Konservierungsmaterialien und die Anlage von Arbeitsproben. Die Arbeitsergebnisse und konzeptionellen Festlegungen wurden im Rahmen mehrerer Fachgespräche mit der Gedenkstättenleitung (bis April 2023 Dr. Nicolas Bertrand), dem Lehrstuhl für Restaurierung, Kunsttechnologie und Konservierungswissenschaft im Fachbereich Architektur der Technischen Universität München (Herr Prof. Dr. Thomas Danzl) und Vertretern des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt (Landeskonservatorin Frau Dr. Rüber-Schütte, Herr Stahl, Bauhistoriker) diskutiert. Die grundsätzliche Fragestellung lautete: Wie konserviert man ein zufälliges Verwitterungsbild und die dazugehörigen unterschiedlichen Oberflächen langfristig und

welche sichernden Rück- und Wiederaufbauarbeiten sowie Ergänzungen schaffen eine Lesehilfe für den Betrachter, ohne Verfälschung des originalen Bestandes und den Eindruck eines Wiederaufbaues von KZ Architektur? Der Betrachter soll gefordert bleiben und durch begleitende Informationen – seien es Beschilderungen vor Ort oder auf digitalen Endgeräten – die Interpretation dessen, was an Fragmenten vorhanden ist, selbst übernehmen.

### **Bestandsmaterialien und Schadensproblematik**

Die durch Baumwuchs flankierten Bebauungsreste befinden sich in einem Waldgebiet. Sie sind schutzlos der Verwitterung durch Regen, Frost/Tau und Bewuchs ausgeliefert.

Die Bauten wurden 1944 provisorisch durch eine Kiesschüttung auf dem Waldboden und ein teilweise zweischichtig aufgebautes Betonfundament gegründet. Das Mauerwerk der Innenwände besteht aus verschiedenen Ziegelmaterialien, die vermutlich schon in Zweitverwendung aus Abbruchmaterialien stammen. Die Mauern erhielten einen Verputz aus festem Zementmörtel. Die Oberflächen im Sanitärbereich (Waschbecken) wurden zusätzlich noch mit einer sehr dichten Glattschicht aus Zement versehen. Diese Oberflächen sind zwar beständig gegen Verwitterung, durch die offenliegenden Mauerkronen und das Eindringen von Wasser ist es jedoch zur Zermürbung der Ziegeloberflächen und starken strukturellen Schäden gekommen. Dazu kommen Schadensbilder, die Eingriffen unmittelbar nach dem Krieg zuzuordnen sind; z.B. als man verwertbare Abwasserleitungen und Teile der Holzbaracken zum Zwecke der Zweitverwendung herausgerissen bzw. abgebaut hat.

Schäden durch Vandalismus sind leider auch zu verzeichnen. Das Gelände ist ungehindert zugänglich. So konnten abgängige Mauerwerksbereiche und der Verlust von Ausstattungsdetails (Abflussabdeckungen) bewussten Zerstörungen zugeordnet werden.

### **Konzepterstellung**

Durch den unterschiedlichen Erhaltungszustand und damit die unterschiedliche Informationsdichte der Areale für den Betrachter erschien vorab eine Einteilung in verschie-

dene Kategorien sinnvoll, um letztendlich eine grundlegende Frage zu beantworten: Was kann und muss erhalten werden und welche Fragmente müssen letztendlich ohne Interventionen dem weiteren Verfall preisgegeben werden?

In einem ersten Schritt wurden daher die vorhandenen Areale einer Einordnung unterzogen. Dabei wurde ausgehend von Zustand und dem Zeugniswert folgende Unterteilung vorgenommen:

#### 1. Fragmente ohne bauzeitlichen Zusammenhang

Das sind z.B. Mauerwerksbruchstücke, Ziegel, Betonteile, die teilweise zusammengetragen und lose übereinander gehäuft vorliegen bzw. verstreut im Gelände zu finden sind. Die durchzuführenden Maßnahmen beschränken sich hier auf eine Sammlung der Baumaterialien und Deponieren nahe beim Auffindungsort bzw. nahe baulicher Überreste. Eine weitere Bearbeitung oder Zuordnung findet nicht statt.

2. Fragmente, die eine ursprüngliche bauliche Situation anzeigen – eine Ablesbarkeit der Funktion des Gebäudes sich dem Betrachter aber nicht mehr erschließt und er auf Lesehilfen Schildertafeln/ Beschriftungen angewiesen ist. Das sind z.B. Bodenplatten aus Beton, die ohne bzw. mit nur sehr geringen Aufbauten an solitär stehendem Mauerwerk überkommen sind. Hier sollen ausschließlich gärtnerische Arbeiten zum Freihalten und Vermindern von Bewuchs und Laub ausgeführt werden.

3. Fragmente, die in ihrem funktionalen und baulichen Zusammenhang erhalten sind und eine Ablesbarkeit und Interpretation der ursprünglichen Funktion zulassen. Neben dem Freischneiden und Freistellen auch von größerem Bewuchs werden konservatorische Arbeiten zur Sicherung des erhaltenen Erscheinungsbildes ausgeführt. Eine Verminderung des Feuchteintrages durch bautechnische Hinzufügungen (z.B. Abdeckung der Mauerkronen) ist maßgeblich. Überlegungen zur Regulierung des Besucherverkehrs (Zugänglichkeit, Betreten der Flächen) und die Konzipierung von Pflege und Wartung müssen mit Bestandteil des Gesamtkonzeptes werden.

Diese letzte Kategorie trifft auf 10 Bestandsbereiche zu. Die Areale wurden in einem ersten Schritt fotografisch dokumentiert und einer groben Kartierung zu notwendigen Maßnahmen der Bestandsicherung und Präsentation unterzogen. Aus diesem Kom-



Grobkartierung der Bestandsbereiche des ehemaligen Häftlingslagers.

plex von Objekten wurden dann drei Bauwerkfragmente ausgewählt, die alle Konservierungs- und Präsentationsproblematiken vereinen und als Pilotprojekte für weitere Konservierungsmaßnahmen dienen: das sogenannte Hauptkrankenrevier (7), eine Sanitärbaracke (5) und die Lagerküche (10); hauptsächlich bestehend aus großflächig erhaltenen Resten des Betonfußbodens und Fragmenten gemauerter Einbauten wie Wasch- und Spülbecken sowie Mauerteilen, an denen sich die ursprüngliche Gebäudegeometrie ablesen lässt.

Mit der Planung der Konservierungsarbeiten – Bestand- und Zustandsanalyse, Einbindung naturwissenschaftlicher Untersuchungen und Entwicklung eines Materialkonzeptes – wurde der Diplom-Restaurator M.A. Olaf Lindner, Weimar betraut. Die

naturwissenschaftlichen Analysen und die Testung der entwickelten Materialien realisierte das Institut für Diagnostik und Konservierung Halle (IDK). Diese Vorarbeiten mündeten in einem detaillierten Materialkonzept und einem Leistungsverzeichnis, das den Rahmen für die auszuführenden Arbeiten setzte, zugleich jedoch Optionen für die Bearbeiter offen ließ. Eine genaue Beschreibung der einzelnen Arbeitsschritte und Entscheidungen waren bei der Vielzahl sich überlagernder Schadensbilder und einer breit gefächerten Palette an Maßnahmen nicht in jedem Fall möglich. Die Eingriffe sollten dabei die authentischen Artefakte nicht zu stark verändern, gleichzeitig musste, neben ihrer Sicherung, eine Verbesserung der Ablesbarkeit und Vermittlung ihrer ursprünglichen Funktionalität erreicht werden. Gut erhaltene Sicherungen der 1970er Jahre sollten als Zeitschicht der Restaurierungsgeschichte und als Rezeption der DDR Gedenkkultur beibehalten werden. Durch die restauratorische Vorplanung ist der gesamte Bestand einschließlich der DDR-zeitlichen Restaurierungen erstmals akribisch erfasst und bewertet worden.

Ein zentraler Bestandteil war die Entwicklung eines Materialkonzeptes. Aufbauend auf den Kennwerten der vorliegenden Originalmaterialien wurde ein darauf abgestimmtes Materialkonzept in umfangreichen Probereihen laboranalytisch ermittelt. Zielstellung war die Bereitstellung von bestands- und werkgerechten Konservierungsmaterialien, die kompatibel mit dem Bestand sind. Dabei sind insbesondere die physiko-mechanischen und die ästhetischen Eigenschaften im Hinblick auf eine Alterung unter den vorherrschenden Extrembedingungen an das Original angeglichen worden. Erstellt wurden Materialkonzepte für die Bearbeitung der Betonfundamente, Waschbeckenmörtel, Mauermörtel, Injektionsmörtel zur Putzsicherung und Putzmörtel für das Mauerwerk. Augenmerk lag auf den Kennwerten zu Festigkeit, Wasseraufnahme und Haftzugfestigkeit, ausgehend von den vorhandenen Bestandsmaterialien. Die angelegten Arbeitsproben sind nach ca. einem Jahr Standzeit bewertet worden.

Zum Schutz der konservierten Areale waren auch mögliche Verdachungen im Gespräch, um zumindest eine Hauptlast an Niederschlägen abzufangen. Eine starke Veränderung der Areale wurde dabei als nicht akzeptabel befunden. Es sollten keine manifesten Konstruktionen in der Nähe der bauzeitlichen Substanz errichtet werden, um den Charakter des Ortes nicht zu verfälschen. Überlegungen zur Installation textiler

verwitterungsbeständiger Abspannungen wurden verworfen. Bei auflagengerechter Installation wäre die dem Gedenkort widersprechende Anmutung eines überdachten Platzes mit „Freizeitqualitäten“ entstanden. Die Oberflächen bleiben daher der freien Witterung ausgesetzt. Ein entsprechendes Wartungs- und Pflegeprogramm, das jenseits der gärtnerischen Pflege auch durch Fachrestauratoren durchgeführt wird, ist damit umso dringlicher.

Denkmalfachlich sind das entstandene Bearbeitungskonzept und die daraus formulierten Ausschreibungsunterlagen vorbildlich zu nennen. Damit wird schrittweise und kontrolliert eine Bearbeitung der Fragmente ermöglicht. Die Transparenz und Detailliertheit der Varianten eröffnet einen Diskussionsraum über den grundsätzlichen Umgang mit derartig fragmentarischen Überresten, bei denen mit einer Überarbeitung im Sinne des Erhalts auch immer die Gefahr des Verlustes an Authentizität und einer Überinszenierung besteht. Eine Übertragung dieses Konzeptes zur Sicherung anderer Bauteile des Geländes ist möglich. Mit einer der Qualität der Vorplanung folgenden sensiblen Ausführung der Konservierungs- und Restaurierungsleistungen durch die Arbeitsgemeinschaft Dirk Knüpfer (Halle) und Steffen Marko (Leipzig) konnten die Arbeiten im geplanten Kostenrahmen abgeschlossen werden.

### **Konservierung / Restaurierung des baulichen Bestandes auf dem ehem. Lagergelände – Ein Arbeitsbericht**

Als Restauratoren im Bereich Stein, Architekturfarbigkeit und Wandmalerei sind wir vorrangig mit Aufträgen in Kirchen, Schlössern und ähnlichen repräsentativen Gebäuden betraut. Die zu bearbeitenden Objekte weisen neben dem Alterswert in der Regel einen künstlerisch-ästhetischen Wert auf. Daraus lassen sich objektspezifisch Aufgaben ableiten, die eine Mischung darstellen aus Konservierung des vorhandenen Bestandes und restauratorischer Herangehensweise wie z.B. Reinigung, Ergänzung fehlender Teile und Verbesserung der Ablesbarkeit. Bei der Bearbeitung und Präsentation historischer Architekturoberflächen spielt dabei die ursprüngliche künstlerische Intention eine wesentliche Rolle. Wie aber geht man vor, wenn es gilt Reste von KZ-Gebäuden zu erhalten?

Ästhetisch-künstlerische Aspekte entfallen hier selbstredend. Neben den rein konservatorischen Maßnahmen, wie dem Schließen von Rissen und der Stabilisierung

von Mauer- und Putzresten musste bei allen Ergänzungen eine Formensprache gefunden werden, die einerseits den Ruinencharakter erhält und andererseits die ursprüngliche Funktion der einzelnen Bauteile ablesbar macht.

Das Konservierungskonzept bot einen sehr detaillierten Leitfaden für die Ausführung der Arbeiten, wobei sich im Laufe der praktischen Ausführung zeigte, dass manche Vorgehensweisen in der großformatigen Umsetzung den örtlichen Gegebenheiten angepasst werden mussten. Das heißt, auch während der Ausführung gab es fortwährend Abstimmungs- und Entscheidungsbedarf im Kreise der fachlich Beteiligten.

Soweit entsprach die Herangehensweise dem, was bei denkmalpflegerischen Projekten übliche Praxis ist. Die größte Herausforderung bestand jedoch in der Baustellenlogistik und im Umfang der zu bearbeitenden Gebäudeteile. Auf dem Gelände gibt es keinen Elektro- und Wasseranschluss. Wasser musste mit 1-m<sup>3</sup>-Tanks vom Verwaltungsgebäude der Gedenkstätte herangeschafft, Strom per Benzin-Generator erzeugt werden. Wetterschutz boten zwei 4 × 6 m große Zelte. Als Material- und Gerätelager diente ein angemieteter Baustellencontainer. Das meiste Material musste angesichts der benötigten Mengen im Freien gelagert werden. Über den gesamten Bearbeitungszeitraum waren das ca. 7 t verschiedener Sande, 7,7 t Kies, 1 t Quarzmehl und 2,6 t Zement, womit der Umfang des Projektes recht gut veranschaulicht wird.

### **Der bauliche Bestand<sup>3</sup>**

Das sogenannte Hauptkrankenrevier war soweit an den Überresten ablesbar vermutlich als Entlausungs- und Waschbaracke konzipiert, teils in massiver Ziegelbauweise, teils in Holzbauweise auf niedrigen Ziegel-Grundmauern. Im Hauptriegel mit ca. 31 × 12 m Fläche war zwischen zwei seitlichen größeren Räumen ein Duschtrakt eingerichtet. Dem Hauptriegel vorgelagert stand ein Vorbau mit ca. 5 × 8 m Grundfläche. Dort waren acht gemauerte Fußwaschbecken und mindestens zwei aus Beton gefertigte Waschbrunnen vorhanden.

Erhalten sind heute folgende Bereiche: Der Betonboden mit Ausnahme des südlichen eingestürzten Bereichs, Teile der Umfassungsmauern, Ziegelmauern, die den Dusch-



Zu sehen ist das sogenannte Hauptkrankenrevier 2022 und 2024.

---

trakt von den anderen Gebäudeteilen abtrennen, die Fußwaschbecken und Fragmente zweier Waschbrunnen.

Die Sanitärbaracke mit ca. 16 m Länge und 4,50 m Breite war eine zweigeteilte Ziegelbaracke. In einer Hälfte lag eine Latrine auf Betonboden über einer unterirdischen Sammelgrube. In der zweiten Hälfte waren zwei parallele gemauerte Gemeinschaftswaschbecken angeordnet. Der Latrinboden ist heute eingestürzt. Im Waschtrakt ist der Betonboden mit den beiden Waschbecken umfänglich erhalten.

Die Lagerküche stellt heute den größten erhaltenen baulichen Bestand dar. Ursprünglich als massiver Ziegelbau auf einem L-förmigen Grundriss angelegt, besteht heute noch ein Teil des Betonbodens auf einer Fläche von ca. 41 × 10 m. Der südwestlich anschließende zweigeschossige Keller ist eingebrochen. Im Betonboden sind die Aussparungen der ehemaligen vier Schornsteine für die Kochkessel erkennbar. Mehrere Bodeneinläufe zeigen den Standort der Kessel an. Im nördlichen Trakt sind die Reste zweier gemauerter Spülbecken für das Kochgeschirr überkommen. Von den Umfassungsmauern sind nur wenige stark überwachsene Reste erhalten. Fragmente von Querwänden innerhalb des Gebäudes traten im Zuge der Restaurierungsarbeiten zutage.

### **Zustand 2022 / Schäden**

Die Betonböden waren durchzogen von zahllosen Rissen mit Breiten von wenigen Millimeter bis mehrere Zentimeter. Die dadurch entstandenen plattenartigen Einzelteile waren durch Baumwurzeln, Wühlgänge sowie Bodenbewegungen durch Wasser und Frost häufig gegeneinander verschoben und abgesunken bzw. gekippt. Wahrscheinlich unmittelbar nach Auflösung des Lagers wurden die im Boden verlegten Wasserrohre herausgerissen. Dadurch entstanden langgestreckte Fehlstellen, an deren Rändern die Betonplatten stark verworfen waren. In sämtlichen Rissen und Fehlstellen sammelte sich verrottendes Laub und Erde an, was zu neuerlichem Bewuchs führte. Die Bodenoberflächen waren mit einer dichten Moos- und Flechtenschicht bedeckt.

Das Mauerwerk der Wandfragmente und Wasch- bzw. Spülbecken war durch Wasser- und Frosteinwirkung sowie durch die Wurzeln aufwachsender Pflanzen in weiten Teilen zerklüftet und teils einsturzgefährdet. Insbesondere die häufig verwendeten Hochloch-



Die Waschbecken der ehemaligen Sanitärbaracke 2022 und 2024.

ziegel bildeten eine Angriffsfläche für Frost und Bewuchs. Die Betonböden der Becken wiesen zahlreiche Risse, Ablösungen und Fehlstellen auf, über die verstärkt Wasser eindringen konnte, was den Schadensfortschritt und den Pflanzenwuchs wiederum beschleunigte. Ähnlich dem Betonboden war das Mauerwerk stark vermoost.

Der an den Wänden und Becken vorhandene Putz wies aufgrund der beschriebenen Frosteinwirkung und des Bewuchses zahlreiche Fehlstellen und Risse auf. Meist löste sich die äußerste Schale der Lochziegel mitsamt dem anhaftenden Putz ab. Hinter

solchen Putzschalen war das Ziegelmaterial durch Frost zumeist völlig zermürbt und bereits mit Wurzeln durchsetzt.

### **Durchgeführte Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen**

Ziel der Bearbeitung war es in erster Linie, die vorhandene Bausubstanz vor weiterem Verfall zu schützen. Zudem galt es, die baulichen Fragmente in einen Zustand zu versetzen, der einerseits die Ablesbarkeit der ursprünglichen Funktion und Dimension gewährleistet, andererseits künftige Pflegemaßnahmen erleichtert.

Der konservatorische Part beinhaltet dabei alle Maßnahmen, die dazu dienen, den Bestand als authentisches Zeugnis zu bewahren und den Schadensfortschritt zu verlangsamen. Aufzuhalten ist der Verfall nicht; erst recht nicht unter den gegebenen Extrembedingungen mit ungeschützter Bewitterung und ungeeignetem Waldboden.

Der restauratorische Part umfasst all jene Maßnahmen, die über die Konservierung hinaus fehlende Teile soweit ergänzt, dass die Ablesbarkeit von Form und ursprünglicher Funktion gewährleistet wird. Eine Re-Konstruktion im engeren Sinne war hier freilich nicht angestrebt. Den Ruinencharakter galt es unbedingt zu erhalten.

Zum Einsatz kamen zumeist zementgebundene Mörtel, die sich aus verschiedenen Sanden und Kiesen aus der Harzregion, Quarzsand und Quarzmehl aus dem Quarzwerk Weferlingen sowie einem Wasserbauzement aus dem Zementwerk Deuna bei Breitenworbis südlich des Harzes und hydraulischem Kalk eines hessischen Herstellers zusammensetzen. Für die verschiedenen Bauteile (Betonboden / Mauermörtel / verschiedene Putzarten / Waschbeckenböden) sah das Materialkonzept jeweils unterschiedliche Mörtel vor. Während der Ausführung und mit fortschreitender Erkenntnis in der Bearbeitung der Oberflächen konnten im Hinblick auf die Praktikabilität und unter dem Eindruck der einwirkenden klimatischen Bedingungen auf die Oberflächen Mörtelrezepte in ihrem Anwendungsbereich vereinheitlicht werden. Eine Erkenntnis, die sich erst im „Großversuch“ ergab und eine wichtige Erfahrung für künftige Projekte dieser Art darstellt.

Im Folgenden werden die einzelnen Arbeitsschritte kurz erläutert.

## **Reinigung**

Alle Risse und größeren Fehlstellen am Boden wurden von Erde und Pflanzenbewuchs befreit – sprich Auskratzen mit Kleinwerkzeugen und Ausgraben mit Schaufel. Aufwachsende Pflanzen am Boden und den Mauerwerksresten wurden möglichst mit Wurzel entfernt. Es schloss sich eine Reinigung sämtlicher Oberflächen mit Hochdruck-Heißwasser an, um Erdreste und den Moosbewuchs zu entfernen. Verwendet wurde ein dieselbetriebenes Anhängergerät von Kärcher, das einen Wassertank, Druckpumpe und Heizung integriert hatte.

Nach dem Reinigen zeigte sich an den Betonböden, vor allem bei der Lagerküche, dass ein erheblich höheres Ausmaß an Rissen zu bearbeiten war, als im Leistungsverzeichnis vorgesehen. Zahlreiche Risse waren durch den Moosbelag schlicht nicht sichtbar.

Gesamtfläche Reinigung Betonboden: 675 m<sup>2</sup>

## **Ausrichten verschobener Bodenplatten (Lagekorrektur)**

Stark verschobene Bruchstücke sollten begradigt werden, um das ursprüngliche Bodenniveau annähernd wiederherzustellen. Die Platten wurden aufgenommen, rückseitig gereinigt und das Erdreich darunter samt Wurzeln ausgehoben. Auf einem Packlager aus Kies und Betonmörtel wurden die Platten in ihrer ursprünglichen Lage wieder versetzt.

Kleinstfragmente unter 10 × 10 cm wurden nicht wieder eingebaut, sondern in Nähe des jeweiligen Gebäudes als zu diesem zugehörig gelagert.

Gesamtfläche Lagekorrektur: ca. 28 m<sup>2</sup>

## **Schließen von Rissen im Betonboden**

Das Leistungsverzeichnis sah vor, alle Risse über 3 mm Breite zu schließen, um das Pflanzenwachstum und den Wassereintrag zu minimieren. Zahlreiche Risse mussten auf eine Breite aufgeweitet werden, die eine ausreichend tiefe Reinigung (Erdreich und Wurzeln) und hernach den Einbau des Ergänzungsmörtels zuließ. Das heißt, die Risse wurden mit Steinmetzseisen und Klüpfel seitlich etwas zurückgearbeitet, sodass ein hinreichender Zugang mit Kratzern, Kleinwerkzeugen und Fugenkellen gewährleistet war.

Zum Schließen der Risse wurde ein Mörtel bestehend aus Zement, Sand, Quarzmehl, bedarfsweise feinem Kies und einem geringen Zusatz einer Kunststoffdispersion (Haftvermittler zum Originalbeton) verwendet. Das Anmischen erfolgte stets in Nähe des Material- und Wasserlagers mit elektrischem Rührgerät im Mörtelkübel. Der Mörtel wurde ca. 2 mm über Niveau aufgetragen. Am Folgetag wurde die beim Trocknen entstandene dichte Bindemittelanreicherung (sogenannte Sinterhaut) bis auf das angrenzende Niveau zurückgeschabt und anschließend mit Schwamm und Wasser nachgewaschen. Dadurch ließ sich eine dem Originalmörtel weitestgehend angegliche Oberfläche herstellen.

Gesamtlänge Rissbearbeitung Betonboden: 905 m

### **Schließen größerer Fehlstellen im Betonboden**

Analog zur Rissbearbeitung wurden die Fehlstellen zunächst bis ca. 10 cm unter Betonunterkante ausgehoben und dabei Wurzeln entfernt. Auf einem Kiesbett wurde ein sogenannter Drainagemörtel bis einige Zentimeter unter die Originaloberfläche vorgelegt. Dieser grobe, offenporige Mörtel sollte in Anlehnung an den Originalbestand den Übergang zur Beton-Deckschicht herstellen und einen möglichst ungehinderten Wasserablauf gewährleisten. Er bestand aus feinem Kies bis 8 mm, grobem Kies bis 16 mm und Zement. Baustellenlogistik: Das Anmischen dieses Mörtels funktionierte am besten per Hand mit einer Mörtelkratz in der Schubkarre.

Auf dem Drainagemörtel folgte eine Deckschicht aus Betonmörtel in ähnlicher Zusammensetzung wie beim Rissmörtel. Die Oberfläche wurde ca. 0,5 cm unter dem Originalniveau angelegt, geglättet und am Folgetag zurückgeschabt. Durch die Ergänzungen ist die Wasserführung deutlich verbessert und die Bodenfläche als solche wieder ablesbar. Die Ergänzungen bleiben jedoch eindeutig vom Original unterscheidbar – ein denkmalpflegerischer Grundsatz.

Gesamtfläche Fehlstellenverschluss Betonboden: 62 m<sup>2</sup>

### **Stabilisierung und Ergänzung von Mauerwerksbereichen**

Die Wasch- bzw. Spülbecken wiesen erhebliche Schäden im Ziegelmauerwerk auf. Teile waren bereits abgebrochen und lagen verstreut in der Nähe. Nach der Reinigung folgte daher zunächst eine Sichtung zur Klärung, welche Teile in situ stabilisiert werden müs-

sen und welche Teile reappliziert werden können. Extrem geschädigte Teile und stark frostgeschädigte Bereiche wurden zurückgearbeitet und anschließend erneuert. Nicht mehr zuordenbare Bruchstücke wurden objektnah deponiert.

Die Stabilisierung gerissener und nicht standfester Mauerwerksbereiche erfolgte durch eine Vernadelung mit Edelstahl-Gewindestäben, die über Bohrlöcher eingebracht und mit Epoxidharz kraftschlüssig verklebt wurden – ein in der Steinrestaurierung übliches Verfahren.

An den teils extrem zerstörten Waschbecken waren Mauerwerksergänzungen größeren Umfangs notwendig, um die ursprüngliche Form ablesbar zu machen. Die Ergänzungen wurden generell auf ein Mindestmaß reduziert, sodass ein Erkennen der Geometrie und Funktion gewährleistet ist.

Sämtliche Mauerkronen erhielten eine Abschlusschicht aus Ziegelsteinen, um den zuvor massiven Wassereintrag einzudämmen. Die Ziegelschicht blieb unverputzt und somit als konservatorische Zutat kenntlich.

Als Ergänzungsmaterial dienten geborgene Ziegel in Zweitverwendung, größtenteils vom Bauhof Quedlinburg kostenlos bereitgestellt.

### **Bearbeitung von Putzflächen**

Die Innenwände des Hauptkrankenreviers sowie die Fußwaschbecken, die Gemeinschaftswaschbecken und die Spülbecken waren ursprünglich vollflächig verputzt. Teile dieses Putzes sind erhalten geblieben, lagen jedoch hohl aufgrund der frostbedingten Verwitterung der dahinter liegenden Ziegel.

Auch hier musste entschieden werden, welche originalen Teile erhaltenswert, welche nicht haltbar und welche Bereiche ergänzt werden sollen.

Der Maßgabe folgend, dass der Erhalt originaler authentischer Substanz Vorrang vor Ersatz hat, wurde versucht, möglichst viel des historischen Putzes zu erhalten. Gängiges Mittel ist hierbei die Hinterfüllung hohl liegender Schollen, um diese wieder

kraftschlüssig an den Untergrund anzubinden. Dies erfolgt mit injizierbarem Mörtel mit Spritzen über Bohrlöcher und Schläuche. Angesichts der stark frostgeschädigten zersplitterten Ziegel hinter den Putzschollen gelang dies jedoch nur bedingt. Das Mittel der Wahl war hier zumeist, die gelockerten Schollen abzunehmen, zu reinigen und auf einem neuen Mörtelbett an der originalen Stelle zu reapplizieren.

Für die Ziegelmauer im Duschtrakt des Hauptkrankenreviers sah das Restaurierungskonzept zwei Varianten vor: 1) Schließen der Putzfehlstellen in gleicher Form wie im Original, jedoch im Niveau leicht zurückgesetzt. 2) Verzicht auf Putzergänzungen. Stattdessen sollte die freiliegende Ziegeloberfläche mit einer ziegelfarbenen Schlämme als Verschleißschicht abgedeckt werden.

Beide Varianten wurden in der gemeinsamen Diskussion verworfen. Die rekonstruktive Putzergänzung hätte optisch einen monolithischen grauen Block ergeben, die Ziegelschlämme eine sehr artifiziell wirkende Oberfläche erzeugt, die ästhetisch an dieser Stelle unangebracht wäre. Die offen liegenden Ziegelflächen wurden letztlich mit einer Kalk-Zement-Schlämme überfangen, die farblich an den historischen Putz angenähert ist, also den Eindruck einer vollflächig verputzten Oberfläche adaptiert, ohne den Ruinencharakter zu negieren. Gleichzeitig fungiert die Schlämme als Schutz- und Verschleißschicht. Fehlstellen im Spritzwasserbereich hingegen wurden vollflächig im originalen Niveau geschlossen, um hier den Wassereintrag zu minimieren.

An den Wasch- und Spülbecken ergab sich eine andere Situation. Der äußere Putz und die innere wasserführende Beckenoberfläche gehen ineinander über. Um hier eine funktionierende Wasserableitung zu gewährleisten, entschied man sich für einen vollflächigen Verschluss aller offen liegenden Mauerwerksbereiche mit ein und demselben Mörtel aus Zement, Grubensand, Quarzsand und Quarzmehl.

## **Fazit**

Die Arbeiten liefen im Zeitraum August 2022 bis August 2024, mehrfach unterbrochen durch parallellaufende Aufträge und natürlich die Winterpausen. Innerhalb dieser zwei Jahre arbeiteten wir als Team meist zu dritt oder zu viert. In wechselnder Besetzung waren dies insgesamt 9 Arbeitskräfte.

Es wird sich in den nächsten Jahren zeigen, wie erfolgreich die Konservierungs- und Restaurierungsmaßnahmen sein werden. Festzuhalten ist, dass mit dieser Arbeit etwas Zeit gewonnen wurde. Die Oberflächen können nun leichter gepflegt werden. Eine würdige Präsentation innerhalb des Rundganges ist besser möglich als bisher. Etwas bitter ist es natürlich schon, wenn man innerhalb des Bearbeitungszeitraums sehen muss, wie rasant die Verwitterung voranschreitet. Die Natur ist schnell im Erobern. So mancher Riss am Boden ist bereits wieder geöffnet, weil die Bodenplatten stetig in Bewegung bleiben.

Die nicht ganz einfache Baustellenlogistik, die teils widrigen Baustellenbedingungen mit teils extremen Wettersituationen, wie sie typisch für den Vorharz sind, und letztlich die Größenordnung des Unterfangens war durchaus eine große Herausforderung mit vielen Unbekannten. Aufgefangen wurde dies jedoch von der uneingeschränkten Unterstützung durch die Gedenkstätte und durch das Landesamt für Denkmalpflege. Unsere Arbeit erfuhr von beiden Seiten eine hohe Wertschätzung, die so manche komplizierte Situation erträglicher machte und im Ergebnis ein positives Echo hinterlässt. Letztlich ist zu hoffen, dass wir mit unserer Arbeit einen wertvollen Beitrag zur Würdigung der Opfer auch im Sinne der Hinterbliebenen geleistet haben.

### **Anmerkungen**

- 1 Freundliche Mitteilung Andreas Stahl, Bauhistoriker Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, 20.09.2024. Die Arbeiten konzentrierten sich auf die Sicherung der Barackenfundamente und Funktionsbauten gegen Wildschäden und Bewuchs.
- 2 Eine Ausnahme bildeten die Waschbecken der Sanitätsbaracke, die teilweise mit einem hochverdichteten Mörtel als Wasserablauf ausgekleidet wurden.
- 3 Die Angaben zum baulichen Bestand orientieren sich an den Beschreibungen im Leistungsverzeichnis, aufgestellt 2021 von Dipl.-Restaurator Olaf Lindner sowie an einer bauforscherischen Bewertung der Schulz+Driescher GbR von 2023.



Das südliche Massengrab mit den neu verlegten Namenstafeln.

---

## **Den Toten Ihre Namen wiedergeben.**

Gero Fedtke

Am 9. November 2024 wurden am südlichen Massengrab in der Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge 150 Namenstafeln feierlich eingeweiht. Mit der Setzung dieser Tafeln fand ein Projekt seinen vorläufigen Abschluss, das bereits in den frühen 2000er Jahren begonnen wurde. Es ging und geht darum, die im und neben dem damaligen Häftlingslager begrabenen Toten aus der Anonymität zu holen und ihrer individuell zu gedenken. Die Gestaltung der Gräber in der Mahn- und Gedenkstätte benannte allenfalls Herkunftsländer, gedachte der Verstorbenen aber als namenlose Gemeinschaft von Antifaschisten. Seit dem Jahr 2011 sind an den nördlichen Massengräbern am großen Mahnmal Namenstafeln verlegt worden. In diesem Jahr konnten auch die Toten im südlichen Massengrab ihre Namen zurückerhalten.

## I – Die Toten des Lagers Zwieberge

Das Arbeitskommando des Konzentrationslagers Buchenwald, in dem Häftlinge beim Bau des mit den Tarnnamen „Malachit“ und „B II“ bezeichneten Untertageverlagerungsvorhabens mitwirken mussten, existierte vom Ankunftstag des ersten Häftlingstransports am 21. April 1944 bis Mitte April 1945. Mehr als 7.000 Menschen waren in diesem Zeitraum in dem Lager inhaftiert, von ihnen starben den vorhandenen Unterlagen und Überlieferungen Überlebender zufolge 1738 an den Folgen der Unterernährung, der Zwangsarbeit und der Zustände im Lager. In dieser Zahl nicht enthalten sind die Schicksale der 377 von „Malachit“ nach Buchenwald „rücküberstellten“ Häftlinge, oft aufgrund von „Arbeitsunfähigkeit“. Zumindest einige von ihnen starben nach der „Rücküberstellung“. Ihr Schicksal ist noch zu erforschen.

Namen und Sterbedaten der im Lager umgekommenen Häftlinge lassen sich einigermaßen vollständig ermitteln, denn die Häftlingskartei des Konzentrationslagers Buchenwald ist vergleichsweise gut erhalten, wie auch die Dokumentation des Außenkommandos „Malachit“: es gibt die Häftlingsstatistik des Häftlingsschreibers, die Revierbücher sowie die Krankenkartei der Häftlingsärzte, in der sie auch die Sterbefälle vermerkten. Nach dem Abzug der SS-Wachmannschaften setzten sie ihre Aufzeichnungen fort, nun nicht mehr für die SS, sondern vermutlich zur Dokumentation des Verbrechens. Diese Unterlagen gestatten eine recht verlässliche, wenn auch nicht vollständige, Rekonstruktion der Namen, Geburtsdaten und Todesdaten des Außenkommandos. In einigen Teilmeldungen wie den Todesursachen sind die Karten allerdings bewusst gefälscht und daher stets mit entsprechender Vorsicht zu lesen. Weitere Namen Verstorbener überlieferten Überlebende, die vom Tod ihrer Kameraden berichteten, auch wenn dies nicht in der Kartei vermerkt ist. Denn insbesondere in den letzten Tagen des Lagers, angesichts des Massensterbens unter den weit über 4.000 Insassen, war es den Häftlingsärzten nicht mehr möglich, vollkommen verlässliche Aufzeichnungen zu machen. Auch sie mussten Tote registrieren, denen sie weder Namen noch Nummern zuordnen konnten. Auf diesen Unterlagen beruhen die Zahlen- und Datumsangaben in diesem Artikel, die präziser scheinen, als sie es in Wirklichkeit sind. Die Größenordnungen aber stimmen, auch wenn die einzelnen Zahlen durch weitere Forschung sicherlich korrigiert werden.

Bis Mitte März 1945 wurden die Toten von „Malachit“ nach Quedlinburg gebracht und dort im städtischen Krematorium eingeäschert. Ein Bauer aus dem Dorf Langenstein übernahm mit einem Pferdefuhrwerk den Transport. Im Kremierungsbuch des Quedlinburger Friedhofs sind Namen, Sterbe- und Einäscherungsdaten erhalten, zwischen denen der Verstorbenen aus der lokalen Bevölkerung, die ebenfalls im Krematorium eingeäschert wurden, die letzten in den Tagen nach dem 16. März. Eine Begründung aus der Zeit ist nicht erhalten. Es ist anzunehmen, dass das Krematorium die exorbitant zunehmende Menge an Leichen schlicht nicht mehr bewältigen konnte oder wollte: Waren es im November 1944 noch 27 Tote gewesen, stieg die Anzahl im Januar 1945 auf 242 und im Februar auf 260. Die Ursache: Die SS brachte allein im Februar 1945 weitere 2.376 Menschen ins Lager, reduzierte aber drastisch die Versorgung mit Lebensmitteln pro Person. Mit anderen Worten: Die SS zwang die Menschen des Arbeitskommandos „Malachit“ weiterhin zu schwerster Arbeit und ließ sie gleichzeitig allmählich verhungern. Langenstein-Zwieberge wurde zum Sterbelager. Die Sterberate explodierte: Für den Monat März verzeichnet die Lagerstatistik 726 Tote. Zur Beseitigung der Leichen bildete die Lager-SS nun Kommandos aus Häftlingen, die auf dem Gelände der zum Ort Langenstein gehörenden – unmittelbar nördlich des Häftlingslagers gelegenen – Kirschplantage nacheinander fünf Massengräber ausheben und die Toten dort verscharren mussten.

Charles Neyman, belgischer jüdischer Häftling, berichtete in seiner Aussage gegenüber der amerikanischen Untersuchungskommission am 24. April 1945: „Eines Tages, als wir von der Arbeit zurückkehrten, mussten wir die Toten begraben. Der Lagerälteste wählte 300 Juden dafür aus. Vier Mann wurden gezwungen, eine Holzkiste zu tragen, in der zwei Leichen lagen. In 500 Metern Entfernung war ein Loch gegraben worden, 10 m lang und 6 m tief, zu dem wir Kisten schleppen mussten. Wir mussten sie dort öffnen, die Toten herausholen und in das Loch legen. Danach mussten wir die Leichen [mit Erde] bedecken. Für uns war das ein schrecklicher Tag.“<sup>1</sup>

Vielen Erinnerungen zufolge wurden insbesondere jüdische Häftlinge für die Beerdigungen ausgewählt; es waren aber auch nichtjüdische Häftlinge, die diese Arbeit leisten mussten. Paul Le Goupil erinnerte sich: „Eines Tages, als ich wieder als Leichenträger arbeiten musste, was leider öfter vorkam, glitt ich aus und fiel in das Loch

zu den Leichen. Ich musste auf dieser Matratze aus weichen Körpern laufen, um wieder hochklettern zu können, und mir war Tage später noch so übel, daß ich die wertvolle Suppe erbrach.“<sup>2</sup>

Wie Überlebende berichteten, starben die Häftlinge überall im Lager und in den Arbeitskommandos. Die Leichen Verstorbener wurden zunächst in einer Leichenbaracke gesammelt, bevor die Beerdigungskommandos sie in die Massengräber brachten. Die Anzahl der Toten scheint so groß gewesen zu sein, dass die Kommandos sie nicht in demselben Tempo in die Massengräber bringen konnten, in dem sie verstarben. Als die SS am 9. April das Lager teilweise räumen ließ, und insbesondere in den folgenden Tagen, bis die letzten Wachleute vermutlich am 11. April die Flucht ergriffen, blieben daher Stapel von Leichen unbeerdigt im Lager.

Die ersten US-Soldaten betraten das Häftlingslager am 12. April 1945. Ihre Armeeführung reagierte schnell auf die Situation. Sie transportierte Lebensmittel aus eigenen Beständen zum Lager und beorderte das 20th Field Hospital nach Halberstadt, um die kranken Überlebenden medizinisch zu versorgen. Außerdem verpflichtete sie die Bewohner Langensteins, die befreiten Menschen im Lager mit Essen und Kleidung zu versorgen und die Toten zu beerdigen. Der Überlebende François Laget hat darüber berichtet:

„Sonntag, der 15. April. Das ist für mich ein erinnerungswürdiges Datum, weil an diesem Tag alle Männer und Frauen von Langenstein (keine Kinder) ins Lager kamen - ich habe sie gesehen - um das Lager zu säubern und die Toten zu beerdigen. Sie hatten ihren Sonntagsstaat angezogen. Aber es waren die Amerikaner, die sie geholt haben [...] Ich erinnere mich, dass ich Frauen und Männer gesehen habe, die hatten sich irgendetwas vor die Nase und den Mund gebunden. So stark rochen die Toten. Wir selbst haben gar nicht darauf geachtet. Wir hatten vielleicht auch diesen Leichengeruch an uns. [...] Es gab Leute, die bewegten die Leichen mit dem Blatt ihrer Schaufel, um sie nicht anfassen zu müssen. Da hat sich ein Amerikaner herumgedreht [...] Er hat diese Leute dann bedroht und ihnen gesagt: „Transportiert die Leichen, wie es sich gehört. Ganz egal, ob es euch gefällt oder nicht!“ Die Leute haben sofort reagiert und die Leichen bei den Schultern und bei den Füßen gefasst, um sie zu dem Massengrab zu bringen. Das war am Sonntag.“<sup>3</sup>



Das südliche Massengrab am 18. April 1945. Unter den im Grab liegenden Leichen sind bereits weit über 100 Opfer beerdigt.

---

Für diese Beerdigungen wurde ein im Bau befindliches Feuerlöschbecken benutzt, das heutige südliche Massengrab. Es ist sowohl auf den am 18. April wie am 19. April 1945 von Angehörigen der Fernmeldetruppen der US Army im befreiten Lager gemachten Filmaufnahmen zu sehen. Auf den Aufnahmen vom 19. April 1945 ist auch die Beerdigung eines Toten durch vier Männer – vermutlich Langensteiner Bürger – festgehalten.

Den Unterlagen des Lagers können wir entnehmen, dass an dem Tag nur ein Häftling starb. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist also die Beerdigung von Borys Bosdohan am 19. April 1945 in dem Film festgehalten. Am 19. April beendete das 20th Field Hospital auch die Evakuierung Überlebender aus dem Lager nach Halberstadt. Bosdohan ist somit der letzte im Lager beerdigte Tote des Außenkommandos „Malachit“. Nun wird seiner mit einer der 150 Tafeln gedacht.

Stellvertretend für die anderen Toten sei das Wenige berichtet, was wir über ihn wissen: Borys Bosdohan stammte aus dem Dorf Rubaniw'ske im Gebiet Dnipropetrov'sk



Beerdigung Borys Bosdohan, 19. April 1945.

---

in der Zentralukraine. Dort wurde er der Häftlingskartei zufolge am 25. März 1925 geboren. An dem Ort befand sich bis 1927 ein Frauenkloster, das im Zuge der gewaltsamen Kollektivierungskampagnen in der stalinistischen Sowjetunion aufgelöst wurde, und dessen Ländereien in einer Sowchose mit dem Namen „Awangard“ (Avantgarde) aufgingen. Möglicherweise stammte Bosdohan aus dieser Sowchose, wie die Angabe seines Geburtsortes mit diesem Namen auf der Häftlingspersonalkarte des Konzentrationslagers Sachsenhausen nahelegt.<sup>4</sup> Als Kind überlebte Bosdohan die durch die Zwangskollektivierung in den frühen dreißiger Jahren ausgelöste Hungersnot, der allein in der Ukraine – dort wird sie als Holodomor bezeichnet – über 3 Millionen Menschen zum Opfer fielen. Bosdohan Heimat gehörte zu den am stärksten betroffenen Gebieten.

Als die Wehrmacht die Zentralukraine im Sommer 1941 besetzte, war Bosdohan 17 Jahre alt. Im Juli 1943 verhaftete ihn die deutsche Polizei über 1.000 Kilometer weiter westlich in dem als Generalgouvernement besetzten Teil Polens. Wie er dorthin kam und warum er inhaftiert wurde, ist den erhaltenen Dokumenten nicht zu ent-

nehmen. Vielleicht wurde er wie so viele andere Menschen aus der Zentralukraine zur Zwangsarbeit verschleppt. Erst mit seiner Einlieferung in das Konzentrationslager Sachsenhausen im August 1944 liegen wieder genauere Informationen vor. Bosdohan musste dort Zwangsarbeit leisten, zuerst im Außenlager Bad Saarow beim Bau eines unterirdischen SS-Nachrichtenbunkers, dann in der Produktion von Granaten und Sprengköpfen im Außenlager „Klinkerwerk“. Von Sachsenhausen kam Bosdohan nach Buchenwald, am 18. Februar 1945 in das Kommando „Malachit“. Bereits Ende Dezember 1944 hatten die Lagerverwaltung in Sachsenhausen für ihn „sitzende Arbeit“ angeordnet – ein deutlicher Hinweis auf einen stark verschlechterten Gesundheitszustand. Offenbar war Bosdohan für die Rüstungsproduktion nicht mehr kräftig genug und musste nun in einem „Kabel-Kommando“ arbeiten, möglicherweise zum Auftrennen von gebrauchten Kabeln im Stammlager Sachsenhausen. Seine Verlegung in das Lager Langenstein, in dem die Häftlinge völlig unzureichend gepflegt wurden und gleichzeitig körperlich schwerste Arbeit leisten mussten, lässt sich kaum anders interpretieren als die bewusste Entscheidung, ihn sterben zu lassen. Nach weniger als zwei Monaten nahmen ihn die Zwieberger Häftlingsärzte in das Krankenrevier auf, mit derselben Diagnose, die sich auf den meisten der erhaltenen Karteikarten des Reviers findet: Kachexie (sehr starke Abmagerung) und Enteritis Acuta (akute Magen-Darm Entzündung). Am 19. April 1945 starb Borys Bosdohan im Alter von 20 Jahren, als letzter von über 1.700 Menschen im Lager.

## **II – Grabgestaltungen**

Die erste überlieferte Gestaltung der Gräber erfolgte im Sommer 1949.<sup>5</sup> Der Schwerpunkt lag auf den im März 1945 angelegten nördlichen Massengräbern, die mit einer gemauerten Anlage aufwendig gestaltet wurden, und auch die Einweihungsfeier fand nur dort statt. Das südliche Massengrab wurde mit einer Tannenhecke versehen.<sup>6</sup> Die rechteckige Fläche entsprach den wenigen bekannten Fotografien zufolge der heutigen Rasenfläche, orientierte sich also nicht an den Ausmaßen des Feuerlöschteichs. Eine hölzerne Stele an der Stirnseite trug die allgemein gehaltene Inschrift: „Den Opfern des / Faschismus / den Kämpfern / für Freiheit und / Demokratie des / K.Z.-Lagers / Buchenwald / Arbeitslager / Langenstein / 1943 1945“. Wie eine 1966 publizierte Fotografie dokumentiert, wurde die Hecke später durch niedrige Nadelgehölze ersetzt, die wie ein Ehrensplinter die Fläche umstanden.<sup>7</sup>



Das südliche Massengrab vor 1966.

---

Beim Ausbau der Mahn- und Gedenkstätte 1967/68 standen wie 1949 die nördlichen Massengräber im Zentrum. Deren Fläche wurde erheblich vergrößert, denn, wie Alois Pismanik, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg festhielt: „in ihrem ursprünglichen Gewande entsprach [die Gedenkstätte] nicht mehr der Stärke und dem Ansehen unserer Republik, entsprach sie nicht mehr einer sozialistischen Traditionsstätte.“<sup>8</sup> Die Neugestaltung als „würdige Gedenkstätte“ bedeutete unter anderem die Schaffung eines Aufmarschplatzes für „bis zu 2000 Menschen“, umgeben von einer Granitmauer, über der sich bis heute „monumental“ ein Obelisk erhebt. Die eigentlichen Gräber bedeckte ein Blumenbeet, das allerdings nicht die genauen Grablagen markierte. Die Gestaltung des südlichen Massengrabes im ehemaligen Häftlingslager war dagegen vergleichsweise schlicht. An die Stelle der Nadelgehölze trat eine Steinmauer als Umfassung, die Fläche wurde als einfache Rasenfläche mit Blumenbeeten gestaltet und erhielt einen kleinen gepflasterten Vorplatz. An die Stelle der hölzernen Stele traten zwei aus Metall gegossene Texttafeln, eine an der zum Grab hinaufführenden Treppe, eine an der vorderen Stirnseite der Rasenfläche. Deren Text lautete, nun sehr konkret formuliert, wobei allerdings weder das Datum noch die

Anzahl korrekt waren: „Am 11. April 1945 wurde dieses Massengrab für die Opfer der faschistischen Grausamkeiten angelegt. Hier ruhen ca. 800 ermordete Häftlinge.“

Von der Person des angeblich bei der Todeskiefer begrabenen sowjetischen Offiziers abgesehen, dessen genaue Identität allerdings unklar blieb, hatten die Gräber nichts Individuelles. Weder wurden die tatsächlichen Grablagen markiert, noch einzelner Menschen gedacht. Das Gedenken galt den als Gemeinschaft verstandenen antifaschistischer Widerstandskämpfern, unterteilt lediglich nach Herkunftsländern, was die Internationalität des antifaschistischen Widerstandes zum Ausdruck bringen sollte. Die Mahn- und Gedenkstätte verfügte nicht über die Namenslisten, es ist freilich auch kein Bemühen dokumentiert, möglichst viele Namen Begrabener in Erfahrung zu bringen. Die kollektivistisch geprägte Erinnerungskultur der DDR stand dem Hervorheben von Individuen entgegen. Die einzige Ausnahme war das Grab bei der Todeskiefer, das mit einer heldenhaften und tragischen Widerstandsgeschichte verbunden war. Einzelne Überlebende kamen allerdings in Begleitpublikationen als Zeugen zu Wort.

Nach dem Ende der DDR und mit der Deutschen Einheit veränderte sich auch der Zugang zum Erinnern. Die Gedenkstätte, mit Unterstützung des Fördervereins und zahlreicher Spender bemühte sich nun, die Identität möglichst eines jeden Häftlings, somit auch der Toten, zu klären und der auf dem Gelände der Gedenkstätte Begrabenen auch an den Gräbern namentlich zu gedenken. Im Jahr 2007 machte eine temporäre Installation an den nördlichen Massengräbern die Namen der dort Begrabenen sichtbar. Von 2011 bis 2018 installierte die Gedenkstätte 761 gusseiserne Namenstafeln. Auch die konkreten Grablagen wurden wieder sichtbar gemacht.

Nun fand dieses über mehr als zwei Jahrzehnte verfolgte Projekt seinen vorläufigen Abschluss auch am südlichen Massengrab, bis uns neue Erkenntnisse weitere Namen hinzufügen lassen werden.

### **III – Die Neugestaltung des südlichen Massengrabes.**

Die Neugestaltung des südlichen Massengrabes folgte den Gestaltungsvorgaben, wie sie bereits für die nördlichen Massengräber erarbeitet wurden. Im Zentrum stehen die individuellen gusseisernen Namenstafeln mit Vor- und Nachnamen, Geburts- und

Sterbedatum. Die genaue Grablage wurde in diesem Fall jedoch nicht markiert, vielmehr bleibt die DDR-zeitliche Anlage der Mahn- und Gedenkstätte im Wesentlichen unverändert. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass auch die Mahn- und Gedenkstätte zur Geschichte des Ortes gehört, weshalb die Anlage in dieser Form auch unter Denkmalschutz steht.

Mit den Namenstafeln wurde eine Ergänzung vorgenommen, aber kein Element entfernt. Einzige Ausnahme ist die Tafel an der Stirnseite der Rasenfläche. An ihre Stelle trat die Tafel „Unbekannt“ für die vermutlich in diesem Grab Beerdigten, deren Namen nicht ermittelt werden konnten. Für die Entfernung der DDR-zeitlichen Tafel an dieser Stelle sprachen die falsche Datierung sowie insbesondere die unzutreffende Anzahl der vermutlich in dem Grab Beerdigten. Über den damaligen Entscheidungsprozess, der zur Nennung dieser Zahl führte, ist nichts bekannt. Die Nennung zu hoher Opferzahlen ist einerseits zeittypisch. Andererseits verfügten die Gestalter der Mahn- und Gedenkstätte in den sechziger Jahren nicht über den gleichen Zugang zu den erhaltenen Akten, den wir heute haben. Die entfernte Tafel wird in der Sammlung der Gedenkstätte aufbewahrt.

Ermittelt wurden die 150 Namen auf Grundlage der erhaltenen Revier- und Todesmeldungen, der erhaltenen Kartei des Stammlagers Buchenwald, Todeslisten sowie der Erinnerungen Überlebender. Als weitgehend eindeutig können die Angaben zählen, die in mehreren Listen oder auf mehreren Karteikarten erhalten sind. Teilweise unterscheiden sich dabei die verzeichneten Todesdaten. Ein häufiger Übertragungsfehler von einer Kartei oder Liste in eine andere ist die Verwechslung des Todesdatums mit dem Datum, an dem der jeweilige Eintrag erstellt wurde. Auf diese Weise ließen sich in vielen – bei weitem nicht in allen – Fällen die nach Aktenlage zuverlässigsten Daten ermitteln.

Wie hoch die Zahl der tatsächlich im südlichen Massengrab Beerdigten ist, können wir nicht mit Sicherheit sagen. Bei der Installation der Namenstafeln an den nördlichen Massengräbern wurde der 8. April 1945 als Stichtag gewählt, da mit der Teilräumung des Lagers am 9. April die Beerdigungen am oberen Grab endeten. Für jeden der nicht im Kremierungsbuch des Quedlinburger Friedhofes aufgelisteten und bis zum

und am 8. April als verstorben registrierten Häftlinge wurde eine Namenstafel gesetzt. Am südlichen Grab sind nun Namenstafeln für jene Menschen gesetzt worden, die als ab dem 9. April 1945 im Lager verstorben ermittelt werden konnten. Dies sind 150 an der Zahl.

Den Berichten Überlebender zufolge stapelten sich allerdings bereits vor dem 9. April unbeerdigte Leichen im Lager. Es ist davon auszugehen, dass einige der mit einer Namenstafel an den nördlichen Massengräbern Geehrten tatsächlich im südlichen Massengrab beerdigt sind. Dafür sprechen auch die von dem US-Offizier Charles Ottoman im April 1945 zu Langenstein-Zwieberge gesammelten Unterlagen. Sie enthalten je eine Liste der in den nördlichen wie im südlichen Massengrab beerdigten Häftlinge und nennen 681 bzw. 237 Namen. Von wem und auf welcher Grundlage die Listen erstellt wurden, hat Ottoman nicht vermerkt. Es ist zu vermuten, dass es überlebende Funktionshäftlinge waren. Da diese Listen auch die Namen verstorbener Häftlinge enthalten, die im Kremierungsbuch des Quedlinburger Friedhofs aufgeführt sind, können sie jedoch nicht völlig korrekt sein. Es wurde im Zuge der Neugestaltung darauf verzichtet, Namenstafeln von den nördlichen an das südliche Grab zu versetzen. Wären wir den Ottoman-Listen gefolgt, wären 93 Tafeln zu versetzen gewesen. Dies hätte eine Neuplatzierung auch aller anderen Namenstafeln an den nördlichen Massengräbern erforderlich gemacht und damit einen unverhältnismäßigen Aufwand bedeutet. Wesentlich für die Gedenkstätte ist, dass der hier Beerdigten namentlich gedacht wird.

Abgesehen von den genannten Listen geben die erhaltenen Aufzeichnungen keinen Hinweis auf den Beerdigungsort im Lager, mit einer interessanten Ausnahme: Das Notizbuch des „Isolierblocks“, in dem verzeichnet ist, welche Häftlinge dort für welche Zeiträume eingesperrt wurden, enthält auf den hinteren Seiten eine Liste mit den Namen 36 verstorbener Häftlinge. Sie ist mit „Basen“ überschrieben, dem tschechischen Wort für „Becken“, was auch ein als Feuerlöschteich genutztes Wasserbecken bezeichnen kann.<sup>9</sup> Auf welcher Grundlage die Auswahl der hier notierten Namen erfolgte, ist aus den Unterlagen nicht nachvollziehbar. Ob Lagerschreiber Josef Vik, der Tscheche war, die Liste erstellt hat, kann nur vermutet werden. Diese Liste ist auch das einzige bislang bekannte Dokument aus dem Lager, das explizit den Feuerlöschteich als Ort des Massengrabs benennt.

#### **IV – Namen schreiben – aber wie?**

Eine weitere Herausforderung stellte die Schreibweise der Namen dar. Funktionshäftlinge mussten die Registerkarten der Buchenwald-Kartei anlegen. Sie sprachen in den allermeisten Fällen deutsch, aber nicht unbedingt weitere Sprachen. Daher sind die Namen deutscher Häftlinge in der Regel richtig geschrieben. Gleiches gilt für Namen von Menschen aus West- und Südeuropa wie Frankreich, den Niederlanden oder Italien, deren Sprachen in Lateinschrift geschrieben werden. Da die Häftlinge einige der Karten, die bei Ihrer Einlieferung ins Lager erstellt wurden, selbst unterschreiben mussten, kann ihre eigenhändige Unterschrift zur Verifizierung der richtigen Schreibweise verwendet werden. Die eigene Unterschrift ist in vielen Fällen das einzige, was wir von den im Lager verstorbenen Menschen kennen.

Komplizierter war die Wahl einer angemessenen Schreibweise für Menschen aus Ost- und Südosteuropa. Dies liegt in erster Linie an den mehrfachen Grenzverschiebungen sowie an den Sprachpolitiken der Staaten in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Sie brachten nicht nur einen Wechsel der Sprache, sondern auch des Alphabets mit sich. Dies spiegelt sich auch in den erhaltenen Unterschriften wider.

Einige Beispiele sollen die Herausforderungen verdeutlichen: Pawel Kosyrjew wurde am 12. September 1908 im Weiler Sunewo südlich des Peipussees im Nordwesten des Russischen Imperiums geboren. Kosyrjew war Bauer. Er heiratete eine Frau namens Natalija, gemeinsam hatten die beiden ein Kind. Im Juli 1941 eroberte die Wehrmacht das Gebiet. Am 6. Mai 1942 wurde Kosyrjew verhaftet, vermutlich von der deutschen Sicherheitspolizei. Den Grund der Verhaftung kennen wir nicht. Am 30. Juli 1944 registrierte ihn das Konzentrationslager Neuengamme als „Schutzhäftling“ unter der Nummer 38201 und bereits am 3. August 1944 das Konzentrationslager Buchenwald, nun unter der Nummer 73937. Diese Angaben können wir der Häftlingspersonalkarte des Konzentrationslagers Buchenwald entnehmen.<sup>10</sup> Schon am 6. August erreichte er das Arbeitskommando „Malachit“ in Langenstein. Pawel Kosyrjew war noch am Leben, als die SS am 9. April 1945 das Lager teilweise räumte. Er gehörte zu denen, die im Lager blieben. Vermutlich war er zum Marschieren bereits zu schwach, denn am 13. April – nachdem die letzten Wachleute die Flucht ergriffen und die Überlebenden sich selbst überlassen hatten – nahmen ihn die Häftlingsärzte

in das Krankenrevier Nr. 3 auf, mit den häufigsten Diagnosen Kachexie und Enteritis Acuta. Am 15. April 1945 starb er.

Im KZ Neuengamme wurde Pawel Kosyrjew als „Pavils Koserevs“ registriert.<sup>11</sup> In die Buchenwalder Häftlingskartei wurde er als „Pawel Kozirjew“ eingetragen, was später handschriftlich zu „Pawel Kozirew“ korrigiert wurde. Wie in Neuengamme wurde seine Nationalität zuerst als „Lette“ notiert, was wiederum handschriftlich zu „R“ (Russe) korrigiert wurde. Die Karteikarten auszufüllen war die Aufgabe von Funktionshäftlingen. Wer die nachträglichen Korrekturen vornahm, wissen wir nicht. Wie sind diese unterschiedlichen Schreibweisen und nationalen Zuordnungen zu erklären? Dazu muss man sich den Geburtsort Kosyrjews näher ansehen, an dem er offenbar bis zu seiner Verhaftung wohnen blieb. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und des Russischen Bürgerkriegs wurde das Gebiet Teil der neuen unabhängigen Republik Lettland und Pawel Kosyrew damit vom Untertanen des russischen Zaren zum lettischen Staatsbürger. Das dem Weiler Sunewo nächstgelegene Städtchen, das an einer Bahnstation entstandene Pytalowo, wurde unter dem lettischen Namen Jaunlatgale administratives Zentrum. 1938 erhielt der Ort den Namen Abrene, der in der Neuengammer Karte in leicht verballhornter Form zu lesen ist. Sunewo befand sich in Lettland im Bezirk Upmala (upmalas pagasts), dessen Name mit kleinen Schreibfehlern ebenfalls auf der Karte zu finden ist. Entsprechend ist auf der Buchenwalder Karteikarte zu lesen: „Geburtsort Abrennes. Urmalas-pagastas. Haus Sunewa. Lettland“. Im Sommer 1940 besetzte die stalinistische Sowjetunion Lettland. Der Hitler-Stalin-Pakt hatte dazu freie Hand gegeben. Pawel Kosyrjew war nun Bürger der Sowjetrepublik Lettland. Nach weniger als einem Jahr geriet er unter deutsche Besatzungsherrschaft und wurde verhaftet. Im Juli 1944 eroberte die Rote Armee das Gebiet zurück – es ist gut möglich, dass Kosyrjew wie viele andere von den Besatzungsbehörden Inhaftierte mit dem Rückzug der deutschen Besatzungskräfte aus seiner uns nicht bekannten Haftanstalt ins Reichsinnere und in das System der Konzentrationslager verbracht wurde. Bereits im August 1944 ordnete der Oberste Sowjet an, den Bezirk Upmala der Russischen Föderativen Sowjetrepublik zu übertragen. Abrene wurde wieder zu Pytalowo umbenannt. Zum Zeitpunkt von Kosyrjews Tod befand sich sein Heimatort also in Russland, zu dem er auch heute gehört.

*R/*  
 Lette Häftling *Kozirew*  
 Lette Schu. N.G. 38 201.  
 Häftlinge Nr.: 73 937.

Zusammen *Kozirew* Vornamen *Pawel* Beruf *Bauer* Haus  
 Geburtstag *12.9.1908* Geburtsort *Abrennes, Urmelas-Pagastas, Sunewa*  
 Religion *orthodox*/ledig/verw./gesch./Kinder *1* Staatsangehörigkeit *Lettland*  
 Adresse der Angehörigen: *Ehefrau: Natalija K.,*  
*Abrennes w.o.*  
 Letzter Wohnort des Häftlings: *Abrennes w.o.*

Sozialversicherung:  
 Verhaftet am *6.5.1942* durch Kripo/Stapo *KI Neuengamme*  
 In Schutzhaft seit *30.7.44, K.L. KGB* seit *3.8.44* *3.8.44*  
 Entlassen/überführt am \_\_\_\_\_ nach \_\_\_\_\_

Zahl der Vorstrafen \_\_\_\_\_ Art der Vorstrafen \_\_\_\_\_  
 \_\_\_\_\_ Jahre Gefängnis verbüßt  
 \_\_\_\_\_ Jahre Zuchthaus verbüßt Strafe beendet am \_\_\_\_\_

Bemerkungen: *Staber. Kozirew* *28 898.*

Häftlingspersonalkarte Pawel Kozyrjews, 1944.

Wie ist Kosyrjews Name richtig zu schreiben? In der russischen Form Pawel Kosyrjew (Павел Козырев) oder in der lettischen Pāvels Kozirevs? Die Eintragungen in den Häftlingskarteien weisen in beiden Fällen Schreibfehler auf, die zu korrigieren wären. Die Entscheidung fiel in diesem Fall nach seiner eigenhändigen Unterschrift, die auf der Buchenwalder Häftlingspersonalkarte erhalten ist – in kyrillischer Schrift, wie sie auch auf der Namenstafel benutzt wird. Wir hoffen, Pawel Kosyrjew damit gerecht zu werden.

Bei Prokofijs Belodzedovs, der am 13. April 1945 im Alter von 24 Jahren starb, ist vieles ähnlich: Registrierung in Neuengamme als Lette, Einordnung in Buchenwald als Russe, mit entsprechender Veränderung der Schreibweise des Namens, wieder mit Schreibfehlern. Belodzedovs allerdings hinterließ auf der Personalkarte seinen Namen sowohl in der russisch-kyrillischen Variante Prokofij Bjelodjedow (Прокофий Белодедов) wie in der lettischen Prokofijs Belodzedovs.

An. № 39.263

*Russe* Häftling Häftlings Nr.: 74033 ✓

Zunamen Belodzedow ✓ Vornamen Prokofij ✓ Beruf Ldarsk.

Geburtstag 3. 3. 1921 Geburtsort Vejskupiški bei Dünaburg

Religion orth. verh./ledig/verw./geseh./Kinder Staatsangehörigkeit Letl.

Adresse der Angehörigen: Kolon: Jerofij B. Ldarsk. *Letl.*

Vejskupiški, Bl. Weiskki, bei Dünaburg

Letzter Wohnort des Häftlings: Vejskupiški -- Dünaburg

Sozialversicherung: \_\_\_\_\_

Verhaftet am 6. 12. 43 durch Kripo/Stapo Dünaburg/Neuengamme

In Schutzhaft seit 20. 4. 44 *Letl. Letl.* Im KLBü. seit 3. 8. 43 3. 8. 44 *Bu*

Entlassen/überführt am \_\_\_\_\_ nach \_\_\_\_\_

Zahl der Vorstrafen \_\_\_\_\_ Art der Vorstrafen \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Jahre Gefängnis verbüßt \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Jahre Zuchthaus verbüßt \_\_\_\_\_ Strafe beendet am \_\_\_\_\_

Bemerkungen: \_\_\_\_\_ 5109

*Belodzedovs Prokofijs Burgežovs Proukopski*

Häftlingspersonalkarte von Prokofijs Beldozedovs, 1944.

Für die Namenstafel mussten wir uns schon allein aus Platzgründen für eine Schreibweise entscheiden. Rein sprachlich ist der Name Prokofij Bjelodjedow wie Pawel Kosyrjew russisch. Die Veränderung der Häftlingskategorie von „Lette“ zu „Russe“ in der Buchenwalder Kartei war jedoch bei beiden keine sprachliche, sondern spiegelt die nationalsozialistische Rassenideologie wider, der zufolge Menschen qua „Blut“ Abstammungsgemeinschaften angehörten und ihre Staatsangehörigkeit demgegenüber unbedeutend sei. Offensichtlich hielt es jemand in der Verwaltung des Konzentrationslagers Buchenwald für nötig, diese Kategorisierung bei den Häftlingen vorzunehmen und sie nachträglich der Rassenideologie entsprechend zu sortieren. Wäre es um Staatsbürgerschaften gegangen, hätte eine Korrektur zu „Sowjetunion“ erfolgen müssen. Im Unterschied zu den wechselnden staatlichen Zugehörigkeiten von Kosyrjews Geburtsort lag Belodzedovs Geburts- und Wohnort Veiskupiški bei seiner Geburt 1921 bereits in der unabhängigen Republik Lettland, zu der er bis heute

gehört. Man kann davon ausgehen, dass Belodzedovs sowohl lettisch wie russisch sprechen konnte – Mehrsprachigkeit war und ist für Menschen in seiner Heimatregion normal. Daher gab in seinem Fall die Staatsbürgerschaft den Ausschlag für die Entscheidung zugunsten der lettischen Schreibweise. Die Entscheidung für die russische Schreibweise im Fall der Namenstafel Kosyrjew's ist hingegen eine rein sprachliche, die keinerlei Aussage über eine vermeintliche ethnische Zugehörigkeit beinhaltet.

In ähnlicher Weise fällte die Gedenkstätte Entscheidungen in Fällen, in denen polnische oder belarussische, litauische, polnische oder belarussische, ukrainische oder russische sowie italienische oder kroatische Schreibweisen infrage gekommen wären.

Im Fall Borys Bosdohan führt die Verwendung der kyrillischen Schrift dazu, dass eine Entscheidung zwischen ukrainischer und russischer Schreibweise gar nicht gefällt werden musste. Denn die Unterscheidung ergibt sich erst in der Aussprache. Da in diesem Artikel der Name allerdings mit lateinischen Buchstaben geschrieben wird, musste der Autor eine solche Entscheidung fällen und entschied zugunsten des Ukrainischen. Ausschlag gab die erhaltene Karte des Krankenbaus, auf der Nummer, Name und Diagnose notiert sind. Hier wurde der Name offensichtlich nicht von einer anderen Karteikarte abgeschrieben, sondern neu nach Gehör notiert – dafür gibt es weitere Beispiele. Der Häftlingsarzt notierte den Namen nicht in der russischen Form Boris Bosdogan, sondern als „Borys Bozduchan“, was der ukrainischen Aussprache sehr nahe kommt.

Die Karten des Krankenbaus gaben auch den Ausschlag für die Schreibung der Namen zweier Männer aus dem heutigen Nordmakedonien. Dem Namen nach waren sie Albaner: Bekir Maliçi aus Dobri Dol / Dobërdoll und Vebi Rexhepi aus Nerašte / Nerashte. Nachnamen waren in ihrer Heimat unüblich und wurden erst in den 1920er Jahren durch die Regierung Jugoslawiens eingeführt. Die Sprachkultur war überwiegend mündlich. Lese- und Schreibkenntnisse waren somit kaum vonnöten – dementsprechend sind von ihnen auch keine Unterschriften erhalten. Anders als bei Kosyrjew und Belodzedovs machte sich die SS in Buchenwald nicht die Mühe, die in Neuengamme vorgenommene Registrierung nach Herkunftsland (Jugoslawien) zu

korrigieren. Allerdings wurden sie auf anderen Karten, beispielsweise der Revierkarte, als „Albanier [sic]“ registriert. Mangels erhaltener Unterschriften und angesichts der Vermutung, dass beide ihre Namen gar nicht schrieben, zog die Gedenkstätte Spezialisten der Dialektforschung zu Rate, um eine angemessene Schreibweise zu ermitteln. Wir hoffen, auch Bekir Maliçi und Vebi Rexhepi gerecht zu werden.<sup>12</sup>

## **V – Einweihung**

Am 9. November wurden die Namenstafeln feierlich eingeweiht. Grußworte der Vorsitzenden des Fördervereins Hanka Rosenkranz, des Ortsbürgermeisters von Langenstein Holger Werkmeister sowie des Halberstädter Bürgermeisters brachten die Bedeutung der Wiedergabe der Namen für Langenstein und die Region Harz zum Ausdruck. Sabira Ståhlberg, Multikulturalismusforscherin und mehrsprachige Dichterin, trug bei der Veranstaltung das multilinguale Gedicht „Gibt es Worte“ vor, das den Häftlingen der Konzentrationslager gewidmet ist. Es setzt sich mit der Multinationalität und Vielsprachigkeit in den Lagern auseinander, die sich auch in den Namenstafeln widerspiegelt. Sie finden es in diesem Heft. Monika Rozmysłowicz, Enkelin des im südlichen Massengrab beerdigten Stanisław Kołodziejczyk, konnte leider nicht an der Veranstaltung teilnehmen. Marcin Tadeusz Stankiewicz, Enkel des im südlichen Massengrab beerdigten Tadeusz Koter, hielt die Hauptansprache. Seine Geschichte ist in diesem Heft nachzulesen und seinen Worten ist nichts hinzuzufügen: „Familien und Angehörige der Opfer, egal welcher Generation sie angehören und wann sie diesen Ort aufsuchen werden, werden sich mit diesem Ort verbunden fühlen, so wie das im Fall eines Familiengrabes ist. Sie werden die Gewissheit haben, dass sie nicht weiter forschen und suchen müssen. Dieses Massengrab ist für die Angehörigen der Opfer, deren Namen ermittelt werden konnten, nicht mehr nur eine symbolische Grabstätte. Viel mehr bedeutet es, dass die Verstorbenen damit zur Familie zurückgekehrt sind und einen festen Platz in deren Erinnerungen haben.“

## Anmerkungen

- 1 Affidavit von Charles Neyman, 24.4.1945, 7.6.1/ 120850914/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
- 2 Le Goupil, Paul: Erinnerungen eines Normannen 1939 – 1945, Paris 1995, S. 226.
- 3 Laget, François: témoignane de déportation, 2003, Archiv der KZ-Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge 125.
- 4 Häftlingspersonalkarte von Boris Bosdogan, 1945, 1.1.5.1./ 5598913 / ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
- 5 Bertrand, Nicolas: Von einer Grab- zu einer Gedenkstätte. Die Entstehung einer Gedenkstätte am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers Langenstein-Zwieberge, in: „Erinnern!“ 2/2019, S. 42 – 55.
- 6 Die Opfer von Langenstein mahnen zum Kampf um den Frieden. Das Mahnmal in Langenstein-Zwieberge, in: Volksstimme, Halberstadt, 10.09.1949.
- 7 Unternehmen Malachit. Zur Geschichte des Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge, hrsg. von der Kreisleitung Halberstadt der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o.O. 1966, S. 29.
- 8 Mahnmal Zwieberge. Zur Geschichte und Errichtung der Mahn- und Gedenkstätte des Konzentrationslagers Langenstein-Zwieberge, hrsg. von der Kreisleitung Halberstadt der SED, Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, o.O. o.J., S. 57.
- 9 Notizbuch des „Isolierblocks“ des Außenkommandos Halberstadt. 1944-1945. 1.1.5.1/ 5319206/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
- 10 Häftlingspersonalkarte von Pawel Kozirew, 1944, 1.1.5.1./ 6360675/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
- 11 Häftlingspersonalkarte von Pawel Kozirew, 1944, 1.1.5.1./ 6360679/ ITS Digital Archive, Arolsen Archives.
- 12 Die Gedenkstätte dankt PD Dr. Lumnije Jusufi, Albanologin und Spezialistin für Nordmazedonien und albanische Dialekte sowie Enver Robelli, Journalist, für die Beratung.



Tadeusz und Eleonora an ihrem Hochzeitstag, Warschau 11. Juli 1931.

---

## **Auf der Suche nach Tadeusz Koters letzter Ruhestätte – eine transgenerationale Reise.**

Marcin Tadeusz Stankiewicz

Im alten Ägypten gab es den Glauben, dass ein Mensch zweimal sterbe. Der erste Tod war das Sterben des Körpers, doch konnte der Verstorbene im Jenseits weiterleben. Der zweite Tod hingegen war permanent; er kam, wenn der Verstorbene vergessen war und kein lebender Mensch mehr seinen Namen aussprach. Um diesem zweiten Tod zu vermeiden war es wichtig, ein Grab zu haben mit dem Namen des Verstorbenen darauf. Dies wird am Ende dieser Geschichte relevant werden.

Ich bin einer von zwei Enkeln Tadeusz Koters, des Häftlings Nr. 72727. Und dies ist die Geschichte, wie seine Familie sein Grab fand und welchen Einfluss seine



Tadeusz and Eleonora Koter zu Beginn des Zweiten Weltkriegs. Die Fotos stammen von den Kennkarten im deutsch besetzten Polen.

---

Haft und sein Tod im Konzentrationslager Langenstein-Zwieberge auf uns hatten. Die Geschichte beginnt 1931 mit der Heirat eines jungen Paar in einer Seitenkapelle der Erlöserkirche (Kościół Zbawiciela) in Warschau, Tadeusz und Eleonora, geborene Daszkiewicz.

Bevor Eleonora den Heiratsantrag Tadeuszs annahm, war es ihr wichtig, dass er verstand, dass sie sich um ihre jüngere Schwester, die noch zur Schule ging, kümmern musste und um ihre Mutter, die ihre Töchter alleine erzogen hatte. Mein Großvater nahm diese Verantwortung auf sich, und so entstand eine Vierpersonenfamilie. Beide arbeiteten hart, Tadeusz als Präzisionsschlosser, der für die Qualitätskontrolle einer Gewehrproduktion verantwortlich war, und Eleonora als Büroangestellte. Sie waren glücklich. Mein Großvater nannte meine Großmutter mit dem Kosenamen Luśka. Eines Tages, bevor sie ausgingen, bat sie Tadeusz, ihr seinen Kamm zu borgen. Tadeusz antwortete: "Luśka, warum sollte ich als Glatzkopf einen Kamm haben?" Wie auf den Fotos sehr gut zu sehen, konnte mein Großvater

tatsächlich mit einem Kamm wenig anfangen, meine Großmutter offensichtlich sehr wohl.

Zunächst wohnten sie in ihrer eigenen Wohnung, unweit von Eleonoras Mutter und Schwester. Als Eleonoras Wohnung 1939 zerbombt wurde, zogen Mutter und Schwester bei ihnen ein. Die Wohnung befand sich im Stadtteil Wola in der Ludwikistraße, nahe der Berna- und Wolskastraße – ein Ort, der 1944 von Bedeutung sein würde. In dieser Wohnung wurde meine Mutter Maria Teresa im Februar 1939 geboren; mit dem Kosenamen Marychna riefen meine Großeltern sie. Obwohl ich inzwischen in Adelaide in Australien lebe, habe ich noch immer die Anrichte, die damals in ihrem Geburtszimmer stand und Zeugin ihrer Geburt war.

Sieben Monate später begannen der Krieg und die deutsche Besatzung Polens. Obwohl sie ein kleines Kind hatten, schlossen sich beide im Untergrund der Armia Krajowa an, der polnischen Heimatarmee. Tadeusz nahm den Kampfnamen „Paulin“ an, in Anlehnung an die Tonsur der Mönche des Heiligen Paul, was auch auf seinen Sinn für Humor verweist. Eleonora ließ sich zur Krankenschwester ausbilden und wählte den Kampfnamen „Witecka“. In ihrer Wohnung versammelten sich Gleichgesinnte zu geheimen Treffen, weshalb Tadeusz das Namensschild von der Wohnungstür entfernte.

Am 1. August 1944 begann die Armia Krajowa den Warschauer Aufstand, den Versuch, die polnische Hauptstadt von der deutschen Besatzung zu befreien. Tadeusz konnte sich seiner Einheit nicht anschließen. Er war von ihr abgeschnitten, da sie sich auf der anderen Seite der Weichsel befand. Aber Eleonora ließ ihre Mutter und ihre fünfjährige Tochter in der Obhut Tadeuszs zurück und schloss sich dem Widerstand an. Sie kümmerte sich um Verwundete, oft selbst unter Feuer. Sie erinnerte sich später daran, wie sie einen verwundeten Soldaten der Heimatarmee trug, dessen verletzter Augapfel aus der Augenhöhle heraushing. Am Nachmittag des 5. August gab ihr Vorgesetzter ihr die Möglichkeit, nach Hause zu gehen, um bei ihrer Tochter sein zu können. Er sagte: „Wir werden hier alle sterben. Da kannst Du auch bei Deiner Tochter sein.“

An dieser Stelle wird der Ort wichtig, an dem sich ihre Wohnung befand. Hitler hatte befohlen, dass Heinrich Himmlers SS den Aufstand niederschlagen sollte. Sie sollten

mit Terror ein abschreckendes Beispiel setzen und weder das Leben gefangener Kombattanten schonen noch das der Zivilbevölkerung, ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Alter. Der erste Angriff galt dem westlichen Warschauer Stadtteil Wola und wurde später als „Massaker von Wola“ bekannt. SS-Truppen – zu denen auch Einheiten ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener gehörten – und Polizeiregimenter unter dem Kommando des SS-Gruppenführers und Generalleutnants der Waffen-SS Heinz Reinefarth ermordeten in nur drei Tagen vom 5. – 7. August 1944 rund 30.000 Zivilisten, Kinder, Frauen und Männer, selbst Patienten in zwei Krankenhäusern. Der Mordbefehl wurde erst am Abend des 6. August von Erich von dem Bach-Zelewski zurückgenommen, der den Oberbefehl über die Einheiten erhalten hatte. Frauen und Kinder sollten nun in Lagern interniert werden; der Tötungsbefehl für männliche Zivilisten wurde erst am 12. August aufgehoben.

Reinefarths Truppen drangen langsam Straße für Straße vor. Die Ludwikistraße, wo Eleonora, Tadeusz und Maria sich im Keller versteckt hielten, war nur noch zwei Straßen entfernt, als der Mordbefehl durch von dem Bach-Zelewski zurückgenommen wurde. Dies sollte allerdings meinen Großeltern nicht lange helfen.

Wie sich meine Mutter Maria erinnert, betrat ein deutscher Soldat am 8. August den Keller. Meine Großeltern hatten 10 Minuten Zeit, ihre Habe aus der Wohnung im vierten Stock zu holen und das Haus zu verlassen. Meine Mutter Maria nahm eine Puppe mit, die in unserer Familie „Aufstandspuppe“ heißt. Die drei wurden die Bemastraße und die Wolskastraße hinab getrieben, an brennenden Häusern vorbei, bis zur St.-Adalbert-Kirche (*Kościół św. Wojciecha*). Die SS benutzte diese Kirche als Durchgangslager und als Hinrichtungsstätte. Am Eingang zur Kirche sah Maria deutsche Soldaten mit Schäferhunden. Seitdem hat sie als Traumafolge Angst vor Deutschen Schäferhunden.

Hier sah Maria ihren Vater Tadeusz zum letzten Mal, denn die Männer wurden von den Frauen und Kindern getrennt. Von nun an musste meine Mutter ohne Vater aufwachsen. Sie konnte noch nicht ahnen, dass sie erst 80 Jahre später an seinem Grab stehen würde. Von der Kirche mussten alle drei zum Warschauer Westbahnhof (Warszawa Zachodnia) gehen, aber getrennt voneinander. Ebenso getrennt wurden sie mit dem Zug zum Durchgangslager 121 Pruszków gebracht.

Eleonora und Maria hatten Glück: sie konnten unerkannt aus dem Lager entkommen. Auf Tadeusz wartete ein anderes Schicksal: er wurde schon am 10. August über Krakau nach Weimar und ins Konzentrationslager Buchenwald gebracht, wo er am 13. August eintraf. Er wurde dort registriert und erhielt die Häftlingsnummer 72727. Nach wenigen Tagen schon brachte man ihn in das Außenlager Langenstein-Zwieberge, wo sein Transport am 21. August 1944 eintraf.

Eleonora erfuhr – wie dies geschah, wissen wir nicht – dass Tadeusz nach Buchenwald deportiert worden war. Tadeusz und Eleonora konnten einander Briefe schreiben, was für die deutsche Zensur auf Deutsch geschehen musste. Einige dieser Briefe haben wir noch. Tadeusz bat, ihm Essen zu schicken und berichtete Eleonora, dass die Pakete ihn nicht erreichten, die Eleonora schickte. Die Zensur gestatte ihm nicht, den Namen des Lagers aufzuschreiben, in dem er tatsächlich war. Eleonora schrieb stets ins Stammlager Buchenwald.

Das Lager Langenstein-Zwieberge wurde am 12. April 1945 von US-Truppen der 8. Armoured Division und der 83. Infanteriedivision befreit, nachdem die letzten Wachleute am Tag zuvor die Flucht ergriffen hatten. Die Befreiung kam für Tadeusz zu spät. Am 14. April wurde er in die Revierbaracke 3 aufgenommen, wo er am 15. April an den Folgen von Unterernährung (Kachexie) und einer Magen-Darmentzündung (enteritis acuta) starb. Tadeusz wusste und akzeptierte, dass der Tod ihn erwartet. Ich zitiere aus seinem letzten unvollendeten Brief aus dem Lager Zwieberge:

Der Brief trägt drei Daten: den 19., 20. und 25. März 1945. Er ist mit Bleistift geschrieben und nimmt etwa ein Drittel des Blattes ein. Er bricht mitten im Text ab, und Tadeusz konnte ihn vor seinem Tod nicht mehr vollenden. Tadeusz spricht seine Frau mit ihrem Kosenamen an, nicht mit ihrem formellen Namen, was mir die Tiefe seiner Gefühle verdeutlicht. Der Brief ist in polnischer Sprache verfasst, was darauf hindeuten kann, dass er nicht als offizielle Post versendet werden sollte – denn das hätte auf Deutsch geschehen müssen – sondern übergeben werden sollte.

## **(Unvollendeter Brief aus Zwieberge, März 1945)**

Liebe Lusieńko!

Ich spüre, dass meine letzte Stunde schnell näher rückt. Ich möchte, dass meine letzten Stunden Euch gewidmet seien, denn Du und meine Mutter waren stets in meinen Gedanken (und ihr würdet mir irgendwie zu einer Person). Du magst nicht glauben, was für ein selbstbezogener und egoistischer Mensch ich war; aber in diesen letzten Stunden meines Lebens kann ich voller Überzeugung und reinen Gewissens sagen, dass ich Dich ehrlich liebte und dass Du mir ein Vorbild warst. Ich fühlte tiefes Leid und grollte Dir, denn Du hast mich aus Wyrozęby [die Kleinstadt, in der Tadeuszs Familie gelebt hatte] herausgeholt, und ich litt damals und leide noch immer. Aber nachdem ich die Motive begriff, die Dich zu dieser Entscheidung gebracht haben, fühle ich, dass Dir Ehre gebührt und ich Dir tiefe Dankbarkeit schulde für Dein Pflichtgefühl und Dein patriotisches Herangehen in dieser Angelegenheit.

Ich rechne damit, jederzeit zu sterben und bin bereit. Ich habe meinen Frieden mit Gott gemacht, so gut ich konnte.

Ein Gedanke, der mich glücklich macht, ist wenn ich sterbe und es der allmächtige Gott erlaubt, werde ich Dich wiedersehen können und als Geist bei Dir bleiben können. Du, Marychna und Mutter sind das Zentrum, um das all meine Gedanken kreisen. Manchmal betäubt mich der Hunger [Unterstreichung im Original], er vernebelt Dein Bild in meinen Sinnen. Aber wie eine wiederkehrende Welle kommst Du stets zu mir zurück. Auch Janka und Janek vervollständigten Euch drei. Ich glaube, Du wirst meiner so lange wie möglich gedenken. Ich schreibe mit Unterbrechungen, denn ich fühle mich mal besser und mal schlechter. Mir ist sehr bewusst, dass nur schnelle Hilfe mir eine Chance geben wird, das hier zu überleben.

Vielleicht wir der allmächtige Gott mir gestatten, lang genug zu leben, dass diese Hilfe kommen kann. Wenn ich Dir je Verdruss bereitet oder Deine Erwartungen nicht erfüllt habe, ich weiß, dass ich faul und egoistisch war – vergib mir bitte. [unleserlich] Ich bin zur Buße bereit; ich habe Gottes Willen akzeptiert.

Und nun möchte ich beschreiben, wie ich die Tage verbringe, seit ich von Dir getrennt wurde.

Der Brief endet hier.

## **Auf der Suche nach seinem Grab**

*„Ich glaube, Du wirst meiner so lange wie möglich gedenken“ (Tadeusz)*

Als der Krieg zu Ende war, erwarteten Eleonora und Maria die Rückkehr ihres Ehemannes und Vaters, der erst 44 Jahre alt war. Einem der Häftlinge, die mit Tadeusz zusammen waren und überlebt hatten, gelang es, sie zu finden. Er berichtete ihnen, wie Tadeusz gestorben war. Er gab sogar zu, aus den Paketen für Tadeusz Essen gestohlen zu haben. Aber Eleonora weigerte sich zu glauben, dass Tadeusz tot war – trotz des Berichts des Zeugen, obwohl sie seine Taschenuhr und seinen Ehering bekam. Sie wies auch das Angebot zurück, ihm ein symbolisches Grab auf dem renommierten Warschauer Powązki-Friedhof zu errichten.

Eleonora machte sich auf die Suche. In den sechziger Jahren konnte sie nach Buchenwald reisen in der Hoffnung, dort sein Grab zu finden. Als sie nach Langenstein-Zwieberge fragte, sagten die DDR-Behörden, das sei weit weg, und dort sei nichts mehr zu sehen. Zwieberge war auf keiner der seinerzeit in Polen für die Bevölkerung einfach zugänglichen Karten der DDR verzeichnet, in keinem Dokument erwähnt. Sie legte Blumen in Buchenwald nieder und hoffte noch immer, sein Grab finden zu können. Im Jahr 1969 kaufte sie das erste in polnischer Sprache verfügbare Buch über Buchenwald von Waclaw Czarnecki und Zygmunt Zonik: „Walczący obóz – Buchenwald“ (Das kämpfende Lager – Buchenwald.)

Hier beginnt mein Anteil an der Geschichte. Ich war schon als junger Teenager an Geschichte interessiert. Ich sprach viel mit meiner Großmutter über Tadeusz und ich wusste, wie sehr sie den Ort finden wollte, an dem er begraben war. Das Buch von Czarnecki und Zonik machte tiefen Eindruck auf mich. Ich erfuhr aus ihm die schrecklichen Dinge, die im Konzentrationslager geschehen waren. Aus diesem Grund war mein Weltbild lange Zeit von einem Schatten bedeckt. Ich erinnere mich, darüber nachgedacht zu haben, wie wir so sorglos, fröhlich und glücklich sein können, wenn vor nicht langer Zeit so schreckliche Dinge geschehen waren.

Der Zweite Weltkrieg hatte verschiedene Auswirkungen auf mich. Beispielsweise wollte ich nie in eine Kategorie eingeordnet oder mit einer Nummer oder einer Kennung ver-

sehen werden. Wenn man mich fragte, warum, erklärte ich, dass mein Großvater einst Nr. 72727 war und ich einen Vornamen und einen Nachnamen habe, mit denen ich genannt werden möchte. Was den Namen angeht: als ich 18 Jahre alt wurde, änderte ich meinen Namen von Marcin zu Marcin Tadeusz, um meinen Großvater zu ehren.

Eines Tages, in Eleonoras Wohnung in der Ludwikistraße, las ich in dem Buch von Czarnecki und Zonik einen Verweis auf das Außenlager Langenstein-Zwieberge. Es war nur ein kurzer Absatz. Als ich Eleonora davon erzählte, hielt sie sofort in ihrer Tätigkeit inne. Ich konnte ihr die Hoffnung ansehen. Leider hatten wir in den Zeiten von Volksrepublik Polen und DDR keine Möglichkeit, nach Langenstein zu reisen.

Eleonora starb im Jahr 2000. Wir entschieden, dass wir für Tadeusz zumindest ein symbolisches Grab brauchten. Auf dem Grabstein stehen daher zwei Namen: Eleonora und Tadeusz. Es steht aber auch darauf, dass Tadeusz in Buchenwald gestorben sei, was nicht stimmt.

Ein Sprung ins Jahr 2023. Unsere Familie lebte nun in Australien. Ich fuhr zu einer Konferenz nach Kopenhagen. Wir entschieden, die Dienstreise mit einer Urlaubsreise für die Familie zu verbinden: meine Frau, unsere drei Kinder und ich. Während der Vorbereitung gab ich in die Internet-Suchmaschine Langenstein-Zwieberge ein. Der erste Treffer war eine Website:

<https://www.normandy1944.info/holocaust/subcamps/langenstein-zwieberge>.

Die englischsprachige Website enthielt Zeugnisse Überlebender, Informationen über die Geschichte des Lagers und einen Film über seine Befreiung. Auch die offizielle Website der Gedenkstätte <https://gedenkstaette-langenstein.sachsen-anhalt.de/> war verlinkt; leider ist sie nur in deutscher Sprache.

Ich war sprachlos. Was für eine Fundgrube an Dokumenten.

Diese ersten Funde inspirierten zur weiteren Recherche. Anfangs schaute ich vor allem auf die Fotos und den Film, selbst sehr genau auf alle Leichen, in der Hoffnung, meinen Großvater zu finden. Dann begriff ich, dass der Film zwar mit „Befreiung“ überschrieben war, die Aufnahmen aber vom 18. April 1945 stammten – drei Tage nach Tadeusz's Tod. Ich wusste bereits, dass die Amerikaner in Langenstein-Zwieberge

befreite Häftlinge an diesem Tag in ein Krankenhaus nach Halberstadt brachten. Als ich die Bilder der Grube mit den Leichen sah (das südliche Massengrab) begriff ich, dass mein Großvater es nicht nach Halberstadt geschafft hatte, sondern im Lager gestorben und begraben war, in eben jenem südlichen Massengrab.

Es war ein sehr emotionaler Moment für mich, das Grab meines Großvaters gefunden zu haben. Meine Frau und meine Kinder waren ebenso bewegt. Wir änderten unsere Reisepläne und beschlossen, unseren Urlaub mit einem Besuch in Zwieberge zu beginnen. Wir wussten nicht, was uns erwarten würde.

Während wir noch in Adelaide in Australien waren, schlug mein damals 24jähriger Sohn Dominik vor, dass wir – da eine Exhumierung nicht möglich sein würde – zumindest dafür sorgen könnten, dass Tadeusz und Eleonora in gleicher Erde begraben sind. Wir flogen also zuerst nach Polen zu Eleonoras Grab, von dem wir Erde mitnahmen. Wir kauften auch zwei identische Kerzen, um auf jedem Grab eine zu entzünden.

Anfang Juli 2023 kamen wir an einem Regentag zur Gedenkstätte. Im Eingangsbereich lag ein Totenbuch aus, in dem ich Tadeusz sofort auffand. Ich hatte eigentlich vor, den Grund unseres Besuchs für mich zu behalten, da ich nicht sicher war, ob ich meine Emotionen würde kontrollieren können. Aber als uns der Gedenkstättenleiter Dr. Fedtke fragte, erzählte ich es ihm. Ich war von der Herzlichkeit überwältigt, mit der er uns im Regen durch das ehemalige Lagergelände führte und die Standorte der Baracken zeigte, in denen Tadeusz schlafen musste. Es war unfassbar, an denselben Orten zu sein, an denen er 79 Jahre zuvor seine Schritte setzte.

Der Höhepunkt unserer Pilgerfahrt war der Besuch am südlichen Grab. Wir waren alle sehr bewegt. Ich brauchte einige Zeit, um Emotionen ihren Lauf zu lassen, die seit nahezu 40 Jahren in mir waren. Meine ebenso bewegte Familie half mir und stützte mich, während Dr. Fedtke in respektvollem Abstand wartete, um uns ungestört trauern zu lassen. Dann verteilten wir die Erde von Eleonoras Grab auf dem von Tadeusz und nahmen Erde von seinem Grab und auch einige Blümchen mit. Schließlich entzündeten wir die Kerze, die gleiche, die auch auf dem Grab seiner Frau gebrannt hatte.



Familie Stankiewicz am südlichen Massengrab, Juli 2023.

---

Zurück im Gebäude der Gedenkstätte luden uns die Mitarbeiter zu einer Tasse Kaffee ein und teilten das Essen, das sie hatten. Für mich war das nicht nur eine physische Stärkung, sondern mehr noch eine spirituelle, gleich der alten Traditionen, Brot miteinander zu brechen und Salz zu essen als Zeichen der Freundschaft, so wie es in vielen Kulturen seit Jahrtausenden üblich war und ist. Meine Söhne und meine Tochter nahmen auch einige Steine aus dem Stollen mit, die mit uns nach Australien reisten. Als wir nach Warschau zurückgekehrt waren, schoben meine Kinder und ich die Platte ein wenig beiseite, die das Grab Eleonaras bedeckt, und verstreuten die Erde und die Blumen aus Zwieberge, vom Grab ihres Ehemannes. Sie ruhen nun beide erstmals in derselben Erde.

### **Zum Schluss**

Wie sagte Tadeusz in seinem unvollendeten letzten Brief? „Ich glaube, Du wirst meiner so lange wie möglich gedenken“

Ich finde es faszinierend, wie sehr er und die Gedenkstätte mit dem altägyptischen Glauben übereinstimmten und wie gut der Titel dieses Rundbriefes gewählt ist. Denn

erstens, wie ich am Anfang erzählte, hatten die alten Ägypter große Angst vor der Vorstellung, zweimal zu sterben. Daher finden wir die Namen Verstorbener auf Begräbnisgegenständen in- und außerhalb ihrer Gräber, ebenso wie im November dieses Jahres Namenstafeln am südlichen Massengrab in Zwieberge angebracht wurden, um die dort Beerdigten vor dem zweiten Tod zu bewahren. Meine Mutter, die ihren Vater zuletzt 1944 gesehen hat, noch als kleines Kind, konnte im Herbst 2024 zum ersten Mal in ihrem Leben an seinem nun namentlich gekennzeichneten Grab stehen.

Und zweitens: „Erinnern!“, der Titel dieses Rundbriefs. Es gibt viele Arten und Wege zu erinnern. Die meisten Tiere haben vererbte Erinnerungen. Einige Studenten lernen mechanisch auswendig, erinnern sich ohne tieferes Verständnis. Dann gibt es eine Art heiliges Erinnern, ein Erinnern, das vom Verstehen kommt, vom Fühlen und von der Fähigkeit, jenseits eines schönen glatten Rasens oder eines Steinhaufens zu sehen. Die Fähigkeit, die echten, alltäglichen, einfachen Menschen zu sehen, die dort beerdigt sind, mithilfe ihrer Lebensgeschichten. Mit dieser Fähigkeit kommt das Verständnis, dass wir nicht voneinander verschieden sind, kommt Vergebung, und hoffentlich das Bewusstsein, sich nicht manipulieren oder das Gehirn waschen zu lassen, dass es Übermenschen und Untermenschen gebe.

Vielleicht sieht man sie nicht oft so, aber Gedenkstätten sind in einer gewissen Weise heilige Orte, geweiht durch das Blut und Leid derer, die dort lebten und starben. In dieser Hinsicht sind die von den Häftlingen erbauten Stollen „sacrum“ und nicht „profanum“, genauso wie die gotischen und romanischen Kirchen in den alten deutschen Städten in der Nähe von Zwieberge. Sie sollten ein integraler Bestandteil der Gedenkstätte sein. Wer in Gedenkstätten arbeitet, hat eine besondere Berufung und verdient unsere Unterstützung. Ihren Bemühungen verdanken wir es, dass die Toten nicht für die Ewigkeit gestorben sein werden. Ich hoffe, meine Geschichte wird den Lesern helfen, das südliche Massengrab in Zwieberge und damit auch alle Gedenkstätten in einem menschlichen Licht zu sehen. Denn wir brauchen alle, wie es Goethe – der in Weimar starb, in dessen Nähe auch Buchenwald ist – in seinen letzten Worten sagte: Mehr Licht!

Dr. Marcin Tadeusz Stankiewicz im Namen von drei Generationen, den Nachkommen des Häftlings 72727.



Sabira Ståhlberg beim Vortragen des Gedichtes zur Einweihung der neuerlegten Namenstafeln am südlichen Massengrab der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, 9. November 2024.

---

## **Gibt es wurden | Gibt es Worte**

Sabira Ståhlberg

Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um ein multilinguales Gedicht, bestehend aus Wörtern in 42 verschiedenen Sprachen (siehe Anmerkung Seite 88). 40 davon lassen sich den 150 namentlich bekannten Toten im Südlichen Massengrab der Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge zuordnen. Dem hat die Autorin ihre Muttersprache Finnisch hinzugefügt, um ein Mitglied ihrer Familie zu ehren, das im Konzentrationslager Buchenwald verstorben ist. Frisisch setzte sie hinzu „wegen Minderheiten – ich wollte daran erinnern, dass Minderheitensprachen oft nicht dokumentiert wurden“. Das Gedicht wurde am 9. November 2024 in der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge vorgetragen. Anlass dafür war die Umgestaltung des Massengrabs gewesen, das erstmals namentlich an die hier nach dem 9. April 1945 bestatteten Menschen erinnert. Um den Inhalt ihres Textes besser zu erfassen, hat die Dichterin eine deutsche Übersetzung hinzugefügt.

## An toutes les Opfer der Konzentrationsläger

Gibt es Worte tai Sprachen genug  
për të kujtuar, erklären, erfassen, treguar  
wie eure monde in Schächte noirs sans fin  
von Hunger, soyuq, Gewalt, xəstəlik  
düşdü  
er kvælende, udmattende, ermordend  
wie ihr wurdet von ανθρώπους  
zu αριθμούς, Niemand  
benutzt, eksploatowany, gebraucht,  
wyczerpany  
humiliated, erbeutet, dishonoured,  
entwürdigt  
de la vida entzogen, entfernt, arrabassat  
verringert, פּאַרפּאַלן, vernichtet,  
פּאַרגעסן.

Gibt es Worte δβ Sprachen genug  
Trennung, üksindus,  
segadus, Entfremdung  
безпорадність, Unverständnis,  
німість zu berichten  
wenn le vostre lingue missbraucht,  
missachtet, maltrattate  
skriveni u tunelima Finsternis,  
verborgen, verabschiedet  
wenn vertraute vārdi  
verzerrte nozīmes erhalten  
aber ihr jedoch auf ἄωρη, Mitmensch,  
Jemand besteht  
und láska, rodina, radostʹ,

## An alle Opfer der Konzentrationslager

Gibt es Worte oder Sprachen genug  
zu erinnern, erklären, erfassen, erzählen  
wie eure Welt in endlose schwarze Schächte  
von Hunger, Kälte, Gewalt, Krankheit  
stürzte  
euch erstickend, erschöpfend, ermordend  
wie ihr wurdet von Menschen  
zu Nummern, Niemand  
benutzt, ausgenutzt, gebraucht,  
verbraucht  
erniedrigt, erbeutet, entehrt,  
entwürdigt  
dem Leben entzogen, entfernt, entrissen  
verringert, verloren, vernichtet,  
vergessen.

Gibt es Worte oder Sprachen genug  
Trennung, Einsamkeit,  
Verwirrung, Entfremdung  
Hilflosigkeit, Unverständnis,  
Stummheit zu berichten  
wenn eure Sprachen missbraucht,  
missachtet, misshandelt  
in Tunnels Finsternis versteckt,  
verborgen, verabschiedet  
wenn vertraute Worte  
verzerrte Bedeutungen erhalten  
aber ihr jedoch auf Mensch, Mitmensch,  
Jemand besteht  
und Liebe, Familie, Freude,

sloboda, priateľstvo  
эке, ана, балалар,  
Zärtlichkeit, Barmherzigkeit –  
keiner kann euch die fahas  
der Geliebten nehmen.

Gibt es Worte و Sprachen genug  
um Austausch, anlayış,  
Nähe yaratmak  
oder si Wierder Hindernisser,  
aarmt, vertrieben  
und kalbos sunkūs, schrecklich,  
blyškūs, besudelt  
выбухны, эксклюзіўны,  
expressiv mit Empfindungen  
Verstehen wir sie азат итәррә, zu heilen,  
чәчәк атарга  
wissen wir le transformäm,  
umzugestalten, le reconstruim  
människor och ord  
hinter varje Wort att umarmen  
damit ihr ponovo da pevate, tanzen,  
se smejete können  
und die суханони аз нав  
wirkliche Worte werden.

Gibt es Worte ʘ Sprachen genug  
aan de levenden en de doden  
onze woorden anzubieten  
um sie obranimo, zu verehren  
i da sie ne izdamo  
mint egyének és Persönlichkeiten  
zu erkennen

Freiheit, Freundschaft  
Vater, Mutter, Kinder,  
Zärtlichkeit, Barmherzigkeit –  
keiner kann euch die Gesichter  
der Geliebten nehmen.

Gibt es Worte oder Sprachen genug  
um Austausch, Verständnis,  
Nähe zu schaffen  
oder sind Worte Hindernisse,  
verarmt, vertrieben  
und Sprachen schwer, schrecklich,  
bleich, besudelt  
explosiv, exklusiv,  
expressiv mit Empfindungen  
Verstehen wir sie zu befreien, zu heilen,  
blühen zu lassen  
wissen wir sie umzuwandeln,  
umzugestalten, umzubauen  
Menschen und Worte  
hinter jedem Wort zu umarmen  
damit ihr wieder singen, tanzen,  
lachen könnt  
und die Worte wieder  
wirkliche Worte werden.

Gibt es Worte oder Sprachen genug  
den Lebenden und Toten  
unsere Worte anzubieten  
um sie zu verteidigen, zu verehren  
und nicht zu verraten  
als Individuen und Persönlichkeiten  
zu erkennen

um spícího a tichého  
zu wecken  
y las sombras del pasado  
still zu legen  
auch wenn znanje  
und realnost schmerzen  
und wir слова fürchten,  
избегаем, versperren  
Não, es gibt nie palavras ou  
línguas suficientes –  
lekin biz trotzdem sprechen kerak.

um Schlafende und Schweigende  
zu wecken  
und Schatten der Vergangenheit  
still zu legen  
auch wenn Wissen  
und Wirklichkeit schmerzen  
und wir Worte fürchten,  
vermeiden, versperren  
Nein, es gibt nie genug Worte oder  
Sprachen –  
aber wir müssen trotzdem sprechen.

#### **Anmerkungen**

Albanisch, Arabisch, Armenisch, Aserbaidshänisch, Belarusisch, Bosnisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Frisisch, Georgisch, Griechisch, Hebräisch, Italienisch, Jiddisch, Kasachisch, Katalanisch (Andorra), Kroatisch, Ladino (Judäo-Spanisch), Lettisch, Litauisch, Luxemburgisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Russisch, Schwedisch, Serbisch, Slowakisch, Slowenisch, Spanisch, Tadschikisch, Tatarisch, Tschechisch, Türkisch, Ukrainisch, Ungarisch, Usbekisch.



Jana Müller hält anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus einen Vortrag über die Verfolgung von Sinti und Roma, 1. März 2024.

---

## **Vortrag anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus im Landtag von Sachsen-Anhalt**

Jana Müller

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrter Herr Ministerpräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,  
lieber Mario Franz, liebe Musiker,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
vor 81 Jahren, in den Märztagen 1943, endete die jahrhundertelange Geschichte  
mitteleuropäischer Sinti und Roma auf brutalste Art und Weise.  
1417 datiert die in der Magdeburger Schöppenchronik festgeschriebene Ankunft von  
Sinti. In Anhalt lassen sie sich ab 1539 nachweisen. Roma wanderten im 19. Jahrhun-  
dert in den deutschsprachigen Raum ein. Von der Mehrheitsgesellschaft wurde ihnen

schon im Mittelalter die Fremdbezeichnung „Zigeuner“ zugeschrieben.

Die Verweigerungen fester Wohnsitze und der Aufnahmen in Handwerkerzünfte zwangen die meisten Sinti in Deutschland dazu, von Ort zu Ort reisen zu müssen. In Mitteldeutschland beheimatete Sinti und Roma lebten Anfang des 20. Jahrhunderts mehrheitlich vom Wandergewerbe. Sie waren Handwerker, Händler, Musiker, Geigenbauer, Marionettenspieler und Schausteller.

Die Nationalsozialisten konnten nach der Machtübernahme auf Personendaten von Sinti und Roma zurückgreifen, die bereits im Kaiserreich und der Weimarer Republik durch die Polizei zusammengetragen worden waren.

Obwohl in der Weimarer Republik kein Ausweiszwang bestand, ordnete der Innenminister von Preußen 1927 einen solchen für erwachsene Sinti und Roma an.

Dieses sich bereits in der Weimarer Republik gegen Sinti und Roma richtende Sonderrecht bildet sich auch in vielen der 587 sogenannten „Zigeunerpersonalakten“, die das Landesarchiv Sachsen-Anhalt bewahrt, ab.

Wie Juden galten Sinti und Roma nach den 1935 erlassenen „Nürnberger Gesetzen“ (ich zitiere) als Wesen „artfremden Blutes“, die „aus der Volksgemeinschaft“ auszuschließen seien.

Die ersten Verfolgungsmaßnahmen gingen jedoch von lokalen Verantwortungsträgern aus.

Unter anderem wurden Sinti und Roma Gewerbescheine verweigert und ihnen damit die Lebensgrundlage entzogen.

In Magdeburg errichtete die Kommunalregierung bereits im Frühjahr 1935 ein Internierungslager, das sogenannte „Zigeunerlager am Holzweg“. In den folgenden Jahren zwangen örtliche Behörden in Kooperation mit der Kriminalpolizei immer mehr Familien in dieses Lager. Der Fotojournalist Hanns Weltzel hatte 1938 die Verhältnisse dort gesehen und legte 1949 folgendes Zeugnis ab (ich zitiere): „[...] Schließlich wurden die Sinti an bestimmten Orten konzentriert. Auch aus meiner Heimatstadt Roßlau wurden sie unter polizeilicher Bedeckung weggeführt und kamen nach Magdeburg. Hier befand sich am Stadtrand, einige hundert Meter von den letzten Häusern entfernt, ein wüster Fleck inmitten der Äcker [...] Es gab dort weder Wasser, noch Strauch noch Baum, nicht einmal ein Weg führte dorthin. Im Sommer konnte man vor Hitze und Staub kaum atmen, im Winter piff ein eisiger Wind ungehindert über die kahle Fläche.

[...] Sowohl in wirtschaftlicher als in hygienischer Hinsicht war ihre Lage unhaltbar [...]“ (Zitat Ende)

Anfang 1938 hatte die Geheime Staatspolizei Dessau über 70 Sinti, nach Erteilung eines Aufenthaltsverbotes für Dessau-Roßlau und ganz Anhalt, in das Lager Holzweg gezwungen.

In Halle befand sich ab Ende der 1930-er Jahre in der Krosigstraße, heute Geschwister-Scholl-Straße, ebenfalls ein kommunales Lager.

Mit der reichsweiten Verhaftungswelle im Zuge der „Aktion Arbeitsscheu Reich“ im Juni 1938 begann das Auseinanderreißen der Familien in Magdeburg und andernorts. Die Kriminalpolizei Magdeburg wies 22 Männer aus dem Lager Holzweg in das Konzentrationslager Buchenwald ein. Andere Männer, die zum Beispiel in Quedlinburg lebten, kamen nach Sachsenhausen. Bald trafen erste Todesmeldungen bei den Frauen und Müttern ein.

Kennzeichnend für die nationalsozialistische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma war die Zusammenarbeit von Kriminalpolizei und Rassenforschern.

Im Dezember 1938 beauftragte der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, die 1936 in Berlin eingerichtete „Rassenhygienische Forschungsstelle“ mit der totalen Erfassung aller sogenannten „Zigeuner“ im Deutschen Reich.

Deren Mitarbeiter kamen unter anderem nach Magdeburg, Halle, Eisleben und Quedlinburg. Auf der Grundlage ihrer pseudowissenschaftlichen und rassistischen Untersuchungen wurden anschließend sogenannte „Gutachtliche Äußerungen“ erstellt.

Am 16. Dezember 1942 ordnete Heinrich Himmler die Deportation aller Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich nach Auschwitz an. Die in Magdeburg Internierten sowie Sinti und Roma aus Quedlinburg, Salzwedel, Sandbeiendorf und Jävenitz gehörten am 2. März 1943 zu den ersten Deportierten.

Im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau hatte die SS den Lagerabschnitt B11e, den sie als „Zigeunerfamilienlager“ bezeichnete, eingerichtet. Fast täglich trafen dort Transporte mit Sinti und Roma ein, unter anderem auch aus Halle, Merseburg, Weißenfels und Eisleben. Bald verzeichnete der Lagerabschnitt B11e die höchste Sterblichkeitsrate aller Lagerabschnitte von Birkenau.

Die aus Magdeburg deportierte Hermine Laubinger starb bereits einen Tag nach der Ankunft in Auschwitz. Familie Laubinger war eine mitteldeutsche Familie evangelischer Konfession, die bis zur Aberkennung durch die Nationalsozialisten die preußische Staatsbürgerschaft besessen hatte. Raffaella Laubinger, eine Urenkelin von Hermine Laubinger, engagiert sich seit vielen Jahren in der Gedenkkultur. Ihr Vater, Adolf Laubinger, wurde 1931 in Magdeburg geboren. Er und seine Verwandten gehörten zu den Sinti, die Anfang 1938 aus Dessau-Roßlau ausgewiesen wurden. Seine Eltern widersetzten sich der Internierung in Magdeburg und flohen nach Berlin, mussten dort jedoch in das Zwangslager Marzahn. Adolf Laubinger wurde mit seinen Eltern und Geschwistern von Berlin nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Dort wurde ihm die Nummer Z-4121 auf den Arm tätowiert. Er war zwölf Jahre alt.

Käthe Laubinger, die jüngste Schwester, erlag nach wenigen Wochen den Bedingungen des Vernichtungslagers. Anfang August 1944 gehörten Adolf Laubinger, zwei seiner Brüder und sein Vater zu den Sinti und Roma, die in das Konzentrationslager Buchenwald überstellt wurden. Zurück blieb seine Mutter Adelheid Laubinger mit dem jüngsten Sohn Rolf. Sie gehörten zu den 4.300 Sinti und Roma, die von der SS in der Nacht vom 2. zum 3. August 1944 in die Gaskammern getrieben und mit dem in Dessau produzierten Giftgas Zyklon B ermordet wurden.

Adolf Laubinger erlebte die Befreiung im April 1945 in Buchenwald.

Robert und Frieda Petermann schlossen 1933 in Magdeburg, wo auch ihre drei Kinder Rosa, Karl und Gustav zur Welt gekommen waren, die Ehe. Die Ausgrenzungsmaßnahmen hatten die Sintifamilie in tiefe Armut gestürzt. Ende 1936 bot ein Ehepaar aus Stendal an, den sechsjährigen Karl als Pflegekind aufzunehmen. Die Not war so groß, dass die Eltern einwilligten und für Karl ein besseres Leben erhofften. Im April 1939 meldete das Gesundheitsamt Stendal der Kriminalpolizei Stendal (ich zitiere): „...den Karl Petermann als Zigeuner oder Zigeunermischling...“ (Zitat Ende)

Ende Juli 1939 wies der Bezirksfürsorgeverband Stendal das Kind in die Landesheilanstalt Uchtspringe ein. Der zehnjährige Karl Petermann wurde am 19. Februar 1941 im Zuge der sogenannten „Aktion T4“ in die Tötungsanstalt Bernburg gebracht und dort am gleichen Tag in der Gaskammer ermordet. Seine 1940 in Magdeburg geborene Schwester Alma verstarb aufgrund der katastrophalen Verhältnisse im Lager Holzweg im Alter von nur einem Jahr.

Robert und Frieda Petermann wurden mit ihren ihnen verbliebenen Kindern Rosa und Gustav am 2. März 1943 nach Auschwitz deportiert. Keiner überlebte das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau.

Anna Lauenburger, eine Tante von Karl Petermann, musste ebenso den qualvollen Tod in der Bernburger Gaskammer erleiden. Am 9. Februar 1940 von der Kripo in das Konzentrationslager Ravensbrück eingewiesen, überstellte die SS sie am 14. Mai 1942 im Zuge der sogenannten „Sonderbehandlung 14f13“ nach Bernburg. Zu den Opfern der Bernburger Gaskammer gehört auch Franziska Franz, die Großmutter von Mario Franz. Seine Großeltern hatten mit ihren fünf jüngeren Kindern versucht, dem Elend des Lagers Holzweg zu entfliehen.

Im Sommer 1938 verhaftet, waren Franziska Franz und ihre Tochter Waldfrieda zunächst in das Konzentrationslager Lichtenburg eingewiesen und später nach Ravensbrück überstellt worden.

Dort erreichte sie die Nachricht, dass ihr Mann Gustav Franz im Lager Mauthausen sein Leben verloren hatte. Waldfrieda Weiss, geborene Franz, erzählte mir in Interviews von der Qual des Hungers und dass sie ohnmächtig mitansehen musste, wie ihre Mutter immer schwächer wurde. Schließlich ließ die SS Franziska Franz mit anderen geschwächten Frauen in Bernburg ermorden. Von über 30 nahen Angehörigen der Familie Franz überlebten nur vier den Völkermord.

Mehrere Sinti auf dem Gebiet des heutigen Landes Sachsen-Anhalt erlitten Zwangssterilisationen, darunter der 1932 in Bitterfeld geborene Josef Muscha Müller. Der Sinto wuchs behütet bei dem sozialdemokratischen Arbeiterhepaar Otto und Wilhelmine-Minna Hinz aus Halle auf. Die Pflegeeltern waren keine Sinti.

Im November 1944 von der Gestapo aus der Schule abgeholt, brachten sie den Zwölfjährigen in ein Krankenhaus, wo er zwangssterilisiert wurde. Als die Eltern von einem Nachbarn, der bei der SS arbeitete, erfuhren, dass ihr Kind in ein Lager eingeliefert werden sollte, entführen sie Josef aus dem Krankenhaus. Sie verstecken ihn in Gartenlauben und versorgen ihn mit Hilfe von Freunden aus dem politischen Widerstand. Josef Muscha Müller überlebte den Völkermord Dank mutiger Hallenser. Muscha war ein sehr herzlicher und humorvoller Mensch – obwohl er bis zu seinem Tod darunter litt, dass ihm die Möglichkeit genommen wurde, eigene Kinder und Enkelkinder zu

haben. Von den überlebenden Sinti und Roma unserer Region blieben nur wenige in der Sowjetischen Besatzungszone, dann DDR, kaum jemand auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalts. Die Mehrheit versuchte sich in Niedersachsen ein neues Leben aufzubauen.

Der den Völkermord überlebende Siegfried Heilig, der seine Kindheit in Magdeburg verbracht hatte, sagte bei Dreharbeiten im Museum Auschwitz-Birkenau, dem Ort, wo seine geliebte Großmutter Anna Heilig ermordet worden war (ich zitiere): „Wir haben ja keinen Friedhof. Auschwitz ist der größte Friedhof der Welt. Man kann verzeihen, aber vergessen kann man nicht.“ Siegfried Heilig war oft in Dessau-Roßlau und mehrfach auch als Zeitzeuge hier in Magdeburg. Er verstarb vor drei Jahren.

Die Stadt Halle hat vor Jahren ein einzigartiges Bau- und Kulturdenkmal unter Denkmalschutz gestellt und bausichernde Maßnahmen ergriffen.

Es handelt sich dabei um das sogenannte Sinti-Mausoleum von Halle-Osendorf.

Leider ist der Antrag der Stadt, die Sanierung des Denkmals mit Mitteln des Bundes unterlegen zu können, abgelehnt worden.

Viel Zeit bleibt nicht mehr dieses historische Zeugnis zu erhalten.

Bitte setzen Sie sich für den Erhalt ein. Setzen Sie damit ein Zeichen, dass Sinti und Roma seit Jahrhunderten zu uns gehören.

Mein großer Dank gilt den Überlebenden und den Nachfahren, die mir über die vielen Jahre ihr Vertrauen und ihre Unterstützung geschenkt haben und ich danke der Landesregierung für das heutige Gedenken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.





# Aus der Arbeit der Stiftung



Der vom Förderverein der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg e.V. herausgegebene Katalog in Leichter Sprache.

---

## Gedenkstätten und Barrierefreiheit

Insa Ahrens, Judith Gebauer

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt hat den gesetzlichen Auftrag, „durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen um die einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen bewahrt und weitergetragen wird. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der [...] sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.“<sup>1</sup> Das erfordert, sich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Besuchenden in einer heterogenen Gesellschaft einzustellen.

In Museumsneubauten wird darauf geachtet, möglichst inklusiv zu bauen. Das betrifft nicht nur barrierefreie Toiletten und automatische Türöffner, sondern auch taktile Leitsysteme auf dem Boden, Fahrstühle, beidseitige Haltegriffe an den Treppen und vieles mehr. In Bestandsbauten, insbesondere in denkmalgeschützten Liegenschaften, kann

die bauliche Substanz nur schwer oder gar nicht verändert werden. Die Standorte der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt sind davon betroffen. Hinzu kommt, dass die Orte im historischen Original erhalten werden sollen und eine bauliche Überformung gleichzeitig auch ein Stück Zeitgeschichte verschwinden lassen würde. Das Spannungsfeld zwischen Denkmalschutz und Gästefreundlichkeit muss immer wieder neu ausgehandelt werden.

Immerhin können die Ausstellungsinhalte für unterschiedliche Zielgruppen erlebbar gemacht werden: Beispielsweise Repliken zum Anfassen für Personen mit Seheinschränkungen, Videos in Gebärdensprache für Personen mit Höreinschränkungen, Texte in Leichter Sprache für Personen mit Lernschwierigkeiten oder unterfahrbare Vitrinen für Menschen im Rollstuhl. Der Deutsche Museumsbund empfiehlt das: Zwei-Sinne-Prinzip. „Um nicht vorhandene oder eingeschränkte Sinne durch andere Kanäle auszugleichen, müssen Informationen über mindestens zwei der drei Sinne – Sehen, Hören, Fühlen – erfassbar sein. Bei eingeschränktem Sehsinn unterstützen hör- und tastbare Angebote die Informationsaufnahme, bei eingeschränktem Hörsinn kompensieren Sicht- und Tastbares.“<sup>2</sup>

Diesem Prinzip folgend, sollen nachstehend einzelne Projekte aus den Gedenkstätten Bernburg und Marienborn präsentiert werden:

## **Nicht (gut) verstehen**

Eine der ersten Initiativen der Stiftung, eine Gedenkstätte inklusiver zu gestalten, wurde 2007 von der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg gestartet. Die zu dieser Zeit amtierende Gedenkstättenleiterin Dr. Ute Hoffmann widmete sich dem Thema Leichte Sprache, um die Zugänglichkeit für Menschen mit Lernschwierigkeiten zu erleichtern. Zu diesem Zweck trat sie in Kontakt mit dem „Mensch zuerst – Netzwerk People First Deutschland e.V.“, besuchte Fortbildungen und lernte die Grundregeln der Leichten Sprache. Kurz darauf entstanden übersetzte Lebensläufe von Opfern der Tötungsanstalt Bernburg für die Arbeit mit Jugendlichen mit Förderbedarf. Darüber hinaus ermutigte sie ihr pädagogisches Team, diesem Thema ebenfalls mehr Aufmerksamkeit zu widmen und Weiterbildungen zu besuchen. Führungen in Einfacher und Leichter Sprache durch die historischen Räume für Erwachsene sowie mehrstündige Projektstage mit Jugendlichen aus Förderschulen gehören seitdem fest zum pädagogischen Angebot.



Diese Erfahrungen flossen auch in die Konzeption und Gestaltung der 2018 eröffneten, neuen Dauerausstellung der Gedenkstätte Bernburg. Im Fokus stand, dem Publikum eine klar gegliederte und leicht verständliche Ausstellung zu präsentieren. Texte sollten kurz und ohne komplizierte Fachbegriffe formuliert sein, um das Themengebiet der NS-„Euthanasie“ für einen möglichst großen Kreis an Besuchenden zu erreichen.

Dennoch sind diese Texte für Menschen mit Lernschwierigkeiten mitunter noch zu schwer verständlich: Als Vorabinformation zu den historischen Hintergründen und Vorgängen in der Tötungsanstalt Bernburg bzw. für einen selbstständigen Rundgang durch die Dauerausstellung steht daher seit Oktober 2020 ein Ausstellungskatalog in Leichter Sprache zur Verfügung. Die Übersetzung der Ausstellungstexte und Prüfung lag in den Händen des Büros für Leichte Sprache der Lebenshilfe Mansfelder Land e.V. Finanziert wurde das Projekt über den Landesaktionsplan „einfach machen – Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft“ der Landesregierung Sachsen-Anhalt und den Förderverein der Gedenkstätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“ e.V. Auf Anfrage kann der Katalog kostenlos vor Ort ausgegeben oder auf dem Postweg versendet werden.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn hat 2022 drei Broschüren und ein Falblatt in Leichter Sprache entwickelt. Für die Konzeption der Bildungsmaterialien haben der Kurator der Dauerausstellung (Dr. Kay Kufeke), die pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte (Insa Ahrens) und ein professioneller Übersetzer (Gregor Strutz) eng zusammengearbeitet. Neben neuen Grafiken, Karten und historischen Bildern bieten die Materialien auch Erklärungen für wichtige Begriffe, etwa: Was ist eine Demokratie? Das Sprachniveau entspricht dem europäischen Referenzrahmen A2. Vier Menschen mit Lernschwierigkeiten haben die Texte auf ihre Verständlichkeit hin überprüft.

Die erste Broschüre soll es den Zielgruppen erleichtern, die Inhalte der Dauerausstellung zu erfassen. Fotos, zum Beispiel von markanten Objekten, dienen der Orientierung im Raum: Wo muss ich hingehen? Die Broschüre übersetzt dann ausgewählte Ausstellungstexte in eine verständlichere Sprache.

Die zweite Broschüre erklärt das große Außengelände der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. Dort gibt es 25 Informationstafeln plus Teilausstellungen in ein-



Das Bronzemedell wurde 2019 im Kontext des neuen Besucherleitsystems erstellt und anlässlich des 30. Jahrestags der innerdeutschen Grenzöffnung und des Falls der Berliner Mauer eingeweiht. Es wurde über die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur finanziert.

---

zelen Gebäuden. Ein Rundgang über das gesamte Gelände erfordert nicht nur Zeit, eine gewisse Fitness und ein gutes Konzentrationsvermögen, sondern auch einen guten Orientierungssinn. Für Menschen mit Lernschwierigkeiten wäre das überfordernd. Deshalb wurde ein abgekürzter Rundgang erarbeitet, der nur die wichtigsten Informationen enthält. Ein eigens erarbeiteter, barrierefreier Geländeplan und Fotos von den jeweiligen Gebäuden weisen den Weg.

Die dritte Broschüre widmet sich dem Grenzdenkmal Hötensleben und übersetzt die dortigen Informationstafeln in Leichte Sprache. Das Faltblatt enthält allgemeine Informationen zu beiden historischen Orten sowie zur Gedenkstätte und ihren Öffnungszeiten.

Die Gedenkstätte verkauft die Broschüren am Informationstresen, bietet aber auch Leihexemplare (z.B. für Förderschulen) an. Das Faltblatt ist als barrierefreies PDF auf der Webseite verfügbar.

Finanziert wurde das Projekt durch die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien im Rahmen der Kulturförderung im Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. Eine zweite Auflage wurde im Sommer 2023 über Lotteriezweckerträge nachgedruckt.



## **Nicht oder nur eingeschränkt sehen können**

Am Eingang West der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn gibt es ein Modell aus Bronze, das die Dimension der ehemaligen DDR-Grenzübergangsstelle im Maßstab 1:500 zeigt. Von den ursprünglichen etwa 31 Hektar sind heute noch etwa 7,5 Hektar erhalten. Das Modell kann zur Veranschaulichung und Orientierung dienen. Wo befinde ich mich gerade? Und welche Gebäude sind überhaupt noch vorhanden? Das Modell hat auch eine Beschriftung in Braille. Blinde Menschen können so erfüllen, wo sie sich gerade befinden.

## **Nicht oder nur eingeschränkt hören können**

Die Dauerausstellung der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn ist für Menschen mit Höreinschränkungen nur schwer zugänglich, gerade weil es viele Hörstationen gibt. Dennoch spricht der historische Ort mit dem Duft des DDR-Linoleums, der Struktur der DDR-Blümchentapete und über das Objekt in der Vitrine auch andere Sinne an.

2023 wurden zudem fünf Videos in Deutscher Gebärdensprache<sup>3</sup> produziert, die inzwischen auf der Website stehen und bei YouTube verfügbar sind. Bei der Projektkonzeption hat sich die verantwortliche Mitarbeiterin vernetzt und gezielt mit Personen gesprochen, die spezielle Erfahrungen mit Deutscher Gebärdensprache haben: So haben beispielsweise schon die Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mehrere Videos in Gebärdensprache produziert. Neben dieser institutionellen Sicht der Museen und Gedenkstätten fand aber auch ein Beratungsgespräch mit der Gehörlosengemeinschaft Sachsen-Anhalt e.V. statt. Dabei stellte sich heraus, dass es verschiedene Varianten gibt, Informationen in Deutscher Gebärdensprache zu übermitteln, beispielsweise über animierte Avatare. Die Videos der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn wurden von der staatlich geprüften Gebärdensprachdolmetscherin Katja Fischer (FISCHSIGNS – Agentur für Gebärdensprachvideos und Dolmetschen) produziert. Sie hat dabei die Bestimmungen zur Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0) und die Qualitätsstandards für Übersetzungsdienstleister (DIN EN ISO 17100) berücksichtigt.

Die Filme informieren über den historischen Ort der ehemaligen DDR-Grenzübergangsstelle Marienborn, die Dauerausstellung, das Außengelände der knapp 7,5 Hek-

tar großen Gedenkstätte sowie über Angebote und Veranstaltungen. Ergänzend gibt es ein Video zum Grenzdenkmal Hötensleben, das seit 2004 zur Gedenkstätte gehört. Finanziert wurde das Projekt aus Eigenmitteln der Gedenkstätte.

## **Eingeschränkte Mobilität**

Eine besondere Herausforderung zum Thema Barrierearmut stellt – wie in der Einleitung schon benannt – der Denkmalschutz dar. In die historischen Bausubstanz sollte nicht oder nur kaum eingegriffen werden, dennoch soll die Zugänglichkeit für Besuchende ermöglicht werden. Bei genauem Hinsehen bieten sich aber Chancen beides in Einklang zu bringen bzw. Kompromisse zu finden.

So befindet sich die Gedenkstätte Bernburg in einem fast 150 Jahre alten Haus, das in seinem ursprünglichen Zustand nicht den heutigen Standards hinsichtlich Barrierefreiheit entspricht. Türgrößen können aus Gründen des Denkmalschutzes nicht erweitert werden und Stufen vor einigen Räumen stellen für Menschen mit einer Mobilitätseinschränkung ein großes Hindernis dar. Um Barrieren abzubauen war es dennoch möglich, außen am Gebäude einen Fahrstuhl anzubringen, der alle Etagen zugänglich macht. Eine barrierearme Sanitäreanlage steht im Seminarbereich zu Verfügung. Einzelne Stufen in den historischen Räumen können mit mobilen Rampen, die bereits 2016 im Rahmen eines FSJ-Projektes zum Abbau von Hindernissen erworben wurden, den Zugang zu den historischen Räumen ermöglichen. Zudem bietet die 2018 eröffnete Dauerausstellung die Möglichkeit, die Ausstellungstafeln mit einem Rollstuhl zu unterfahren. Besuchende können so sehr nah an die Tafeln herankommen, um Dokumente und Fotoaufnahmen gut anzusehen.

Auch die Gedenkstätte Marienborn verfügt im Besucherzentrum über barrierearme Toiletten und einen Aufzug. Die Dauerausstellung auf zwei Etagen und die Seminarräume sind damit für Personen mit Rollator oder Rollstuhl erreichbar. Der Deutsche Museumsbund<sup>4</sup> empfiehlt bei der Ausstellungsgestaltung „eine ausreichende Anzahl von Bänken, Stühlen o.ä. mit und ohne Rückenlehne und Armstützen und in verschiedenen Höhen sowie tragbare Sitzmöglichkeiten [...]“ Diesen Standards kommt die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn im Besucherzentrum entgegen. Es gibt verschiedene Sitzmöglichkeiten, insbesondere an den Medienstationen, bei denen längere Filme laufen. So können auch Personen, denen das lange Stehen oder Gehen schwerfällt, innehalten.



Anders sieht es auf dem Außengelände aus: Die vielen historischen Gebäude aus den 1970er Jahren sollen aus Denkmalschutzgründen nicht noch weiter verändert werden. Daher bleiben sie voller Hürden: Schon an den Eingangstüren sind mitunter mehrere Stufen (ohne Handlauf), die Türen selbst sind sehr schmal und innen gibt es oft keinen ausreichenden Bewegungsradius. Personen im Rollstuhl können die historischen Räume mit den originalen Blümchen-Tapeten und dem markanten Linoleum-Geruch (im wahrsten Sinne) nicht erfahren. Der Praxis-Test sowie eine Auswertung der Landesfachstelle für Barrierefreiheit Unfallkasse Sachsen-Anhalt bescheinigten dies 2023. Die Gedenkstätte Marienborn verfügt allerdings seit 2022 über mehrere Videos, die die Innenräume der Gebäude zeigen. Sie wurden von der Firma Vorlautfilm GbR produziert und aus dem eigenen Haushalt bezahlt. Diese Videos sind mit einem QR Code abrufbar und vermitteln Personen im Rollstuhl zumindest einen Eindruck der Räumlichkeiten. Die Idee dazu entstand (ganz unabhängig von der Barrierefreiheit) während der Corona-Pandemie.

Für das Außengelände verfügt die Gedenkstätte seit 2017 über Museumshocker der Firma LECTUS PRODUCTION (Modell Stockholm II), welche sowohl als Geh-Hilfe als auch als Sitzmöglichkeit genutzt werden können. Diese Museumshocker finden zahlreichen Museen Verwendung. Sie sind mit einem Gewicht von 1,7 kg sehr leicht und damit einfach zu tragen. Gäste mit Mobilitätseinschränkungen nutzen die Hocker in Marienborn, um sich spontan setzen zu können, sollten sie auf dem weitläufigen Areal eine Pause brauchen. Dies ist insbesondere bei Führungen der Fall, welche standardmäßig anderthalb Stunden dauern. Sie wurden vom Land Sachsen-Anhalt gefördert. Diese Museumshocker werden am Empfangstresen der Gedenkstätte ausgegeben. Voraussetzung ist, dass es die Gäste überhaupt bis ins Hauptgebäude schaffen, welches von beiden Eingängen (West und Süd) noch weit entfernt liegt. Aus diesem Grund wurden 2023 zwei neue Bänke auf dem Weg zum Besucherzentrum aufgestellt. Diese wurden auf Anraten des Denkmalschutzes so ausgewählt, dass sie sich mit der Holz-Beton-Optik in das Ensemble der ehemaligen DDR-Grenzübergangsstelle einfügen. Die Bänke wurden aus dem eigenen Haushalt bezahlt.

### **Allgemeine Sichtbarkeit**

Die sieben Gedenkstätten der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt haben sich 2023 dazu entschlossen, gemeinsam über ihre Barrieren zu informieren. Dazu zählen

beispielsweise Türschwellen und Treppenstufen, die für Rollstuhlfahrende zur Hürde werden können, oder Ausstellungsvitrinen, die für Rollstuhlfahrende zu hoch und damit nicht einsehbar sind. Genauso sollen aber auch inklusive Maßnahmen aufgelistet werden. Das beinhaltet etwa Tastmodelle für Menschen mit Seheinschränkungen, Bildungsmaterialien in Leichter und Einfacher Sprache, Videos in Deutscher Gebärdensprache oder barrierefreie Zuwegungen.

Zu diesem Zweck wurde auf der gemeinsamen Website eine neue Seite zur Barrierefreiheit angelegt. Ziel ist es, dass sich Gäste vor dem Gedenkstättenbesuch über etwaige Hürden informieren und besser vorbereiten können. Die Texte sind auf die jeweiligen Gegebenheiten an den unterschiedlichen Standorten angepasst: So ist das Besucherzentrum der Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen als Neubau von Anfang an barrierearm konzipiert worden, während die schmalen Zellentrakte der Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg denkmalgeschützt und damit baulich nicht veränderbar sind.

Die Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale) ist bereits einen Schritt weiter, und hat einen umfassenden Prüfbericht von „Reisen für Alle“ auf seiner Website veröffentlicht. Das bundesweite Kennzeichnungssystem „Reisen für Alle“ ermöglicht es, die Gedenkstätte im Hinblick auf ihre Barrierefreiheit zu beurteilen. Zudem wird der Ort auf einer interaktiven Karte gelistet und als zugänglicher Tourismus-Ort angezeigt.

Die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn hat im April 2024 ebenfalls einen solchen Prüfbericht erstellen lassen. Parallel wurde ein Fotoshooting mit der Lebenshilfe Ostfalen gemeinnützige GmbH organisiert, das über Lotteriezweckerträge finanziert wurde. Aus diesem Shooting resultierten Werbefotos von Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen, die sich auf dem Gelände der Gedenkstätte bewegen. Die Fotos erfüllen mehrere Funktionen: Sie erhöhen die Sichtbarkeit von Menschen mit Beeinträchtigungen, zeigen die Gedenkstätte als offenen Ort für alle Zielgruppen und visualisieren Barrieren am historischen Ort.



## **Anmerkungen**

- 1 Gesetz über die Errichtung der „Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt“ (Gedenkstättenstiftungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt – GedenkStiftG LSA) vom 22. März 2006, §2, Abs. 1.
- 2 Deutscher Museumsbund e.V. / Bundesverband Museumpädagogik e.V. / Bundeskompetenzzentrum Barrierefreiheit e.V. (Hrsg.): Das inklusive Museum – Ein Leitfaden zu Barrierefreiheit und Inklusion, Berlin 2013, Seite 66.
- 3 Deutsche Gebärdensprache richtet sich an Personen mit Höreinschränkungen. Sie ist als eigenständige Sprache anerkannt und besitzt eine eigene Grammatik, die sich von der gesprochenen Sprache unterscheidet. Deshalb erscheint auch die Schriftsprache auf der Website für Menschen mit Höreinschränkungen wie eine Fremdsprache und ist schwerer verständlich.
- 4 Deutscher Museumsbund e.V.: Das inklusive Museum (wie Anm. 2), Seite 39.



Teilnehmende beim Bau der Palettenmöbel.

---

## **Vielfalt leben in der Kleinstadt Prettin – ein internationales Workcamp im Schloss Lichtenburg**

Carolin Bruhn

### **Das Projekt**

„Vielfalt leben in der Kleinstadt Prettin“ – Unter diesem Titel führte der Freundeskreis zur Weiterentwicklung der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg e.V. vom 22. Juli bis zum 2. August 2024 in Kooperation mit der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin ein internationales Workcamp durch. Ziel des Projekts war das Erleben von Vielfalt im kleinstädtischen Alltag, sowohl für die Teilnehmenden als auch für interessierte Anwohnerinnen und Anwohner. Die Teilnehmenden setzten sich mit der Geschichte der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg auseinander und beleuchteten das Verhältnis zwischen Stadt und KZ. Sie beschäftigten sich mit der Frage, wie heute erinnert werden kann, und setzten eigene künstlerische Akzente in der Gedenkstätte.



Im Renaissanceschloss Lichtenburg – inmitten der Kleinstadt Prettin – bestanden in den Jahren von 1933 bis 1945 in zeitlicher Abfolge ein Konzentrationslager für männliche sowie für weibliche Gefangene und ein Außenlager des KZ Sachsenhausen. Das Schlossensemble ist bis heute fast vollständig in seiner historischen Bausubstanz erhalten.

Internationale Workcamps bieten die Möglichkeit internationaler und intergenerationaler Begegnungen: Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund und verschiedenen Alters leben, lernen und arbeiten zusammen und bekommen auf diese Weise die Chance, ihre interkulturelle Kompetenz (weiter)zuentwickeln. Der Freundeskreis zur Weiterentwicklung der KZ-Gedenkstätte Lichtenburg e.V. lud deshalb ganz gezielt die Prettiner Bevölkerung zu Begegnungen mit den Workcamp-teilnehmerinnen und -teilnehmern ein. Ein Austausch auf Augenhöhe sollte ermöglicht werden. Menschen aus dem strukturschwachen Raum Sachsen-Anhalt bekamen die Gelegenheit, sich mit Menschen aus anderen Ländern bzw. Kulturkreisen auseinanderzusetzen, Vielfalt in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld zu erleben und Vorurteile abzubauen. Angehörige, Unterstützerinnen und Unterstützer sowie Freundinnen und Freunde der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin haben sich zusammengeschlossen, um die Gedenkstätte in enger Zusammenarbeit mit dem Team vor Ort weiterzuentwickeln. Zugleich ist es ein Anliegen des Freundeskreises, die Gedenkstätte stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern und gemeinsam mit anderen Akteurinnen und Akteuren eine lebendige und teilhabende Erinnerungskultur zu gestalten.

Durch die konkrete Projektarbeit im Schloss Lichtenburg wurde zudem eine erinnerungskulturelle Komponente in den Fokus gerückt: Einerseits konnte durch die Verortung des Workcamps im Schloss unterstrichen werden, dass das Konzentrationslager sich mitten in der Stadt befunden hat. Andererseits war das Projekt gezielt partizipativ ausgerichtet: Die Teilnehmenden konnten sich mit eigenen gestalterischen Ideen einbringen, Spuren hinterlassen und selbst entscheiden, welche Themenbereiche sie im und um das Gedenkstättengebäude künstlerisch in den Fokus nehmen möchten. Auf einer Rezeptionsebene konnte damit die lokale Bevölkerung für die Bedeutung des historischen Erbes und den erinnerungskulturellen Umgang mit diesem historischen Sachzeugen sensibilisiert werden.

## **Kooperationen stärken**

Eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Projektes war eine Kooperation mit der Stadt Annaburg, die das Projekt logistisch unterstützte. Zudem wurde der Verein Service Civil International als Kooperationspartner ausgewählt, da er langjährige Erfahrungen innerhalb der Freiwilligenarbeit besitzt und über zentrale Kontakte zur Anwerbung von Teilnehmenden verfügt. Der Service Civil International (SCI) ist eine Friedens- und Freiwilligenorganisation. Durch internationale Freiwilligenprojekte für Menschen jeden Alters und Hintergrunds will die Organisation eine Kultur des Friedens und der gewaltfreien Konfliktlösung fördern. Der internationale SCI umfasst 45 nationale Zweige und kooperiert mit etwa 80 Partnerorganisationen auf der ganzen Welt. Er bietet weltweit kurz-, mittel- und langfristige Freiwilligeneinsätze an, außerdem internationale Seminare und Trainings sowie die Möglichkeit lokal aktiv zu werden. Kurzfristige Projekte, sogenannte Workcamps, sind die Kernaktivität des SCI. Sie werden in Zusammenarbeit mit ausländischen Partnerinnen und Partnern organisiert, die ihrerseits mit den lokalen sozialen, ökologischen oder kulturellen Projekten zusammenarbeiten. Ein Workcamp ist eine einzigartige Form der Freiwilligenarbeit. Sie bringt Menschen aus verschiedenen Ländern, sozialen und kulturellen Hintergründen zusammen, um zwei bis drei Wochen lang zur Unterstützung eines lokalen Projekts zusammen zu leben und zu arbeiten.

## **Förderung durch die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Wittenberg**

Das Projekt wurde im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Wittenberg durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms ‚Demokratie leben!‘ sowie durch das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit gefördert.

Die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Wittenberg verfolgt das Ziel, eine demokratische Alltagskultur im Landkreis Wittenberg zu stärken, die auf Strategien einer lebendigen Erinnerungskultur basiert und deren Referenzrahmen sich aus der Auseinandersetzung mit Geschichte, insbesondere des Nationalsozialismus, ableitet. In Partnerschaften für Demokratie entwickeln Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland lokale Handlungsstrategien, um Demokratie und Vielfalt zu stärken und jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenzutreten.



## **Projekte in der Gedenkstätte**

Unter dem Titel „Eintauchen ins Unbekannte“ berichtete die Mitteldeutsche Zeitung, Lokalausgabe Jessener Land, am 24.07.2024 über die Begrüßung der Teilnehmenden durch die Stadt Annaburg am 23.07.2024 im Alten Ratssaal in Prettin sowie über die anschließende Stadtführung. Am Tag zuvor waren die neun Teilnehmenden aus Mexiko, Dänemark, Spanien, Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden angereist und hatten sich nach einem ersten Kennenlernen auf dem Campingplatz in Prettin eingerichtet.

In den darauffolgenden Tagen begann die Arbeit in der Gedenkstätte. Die Teilnehmenden entwickelten Entwürfe für neue Palettenmöbel, die neben bereits bestehenden als Sitzmöbel im Eingangsbereich der Gedenkstätte genutzt werden sollten, und setzten den Bau um. Teil des Workcamps war zudem ein Kunstprojekt, für das die Teilnehmenden als Titel und zugleich Aufgabenstellung die Frage „Wie können wir erinnern?“ wählten. Als Grundlage für das Kunstprojekt setzten sich die Teilnehmenden intensiv mit den Biografien ehemaliger Gefangener auseinander. Davon ausgehend entwickelten Anna (aus Deutschland), Maria und Ana (aus Spanien) das Graffiti „Das Feuer des Widerstands“. Sie thematisierten in dem Kunstwerk den Widerstand von Frauen im Nationalsozialismus anhand der Biografien von Lotti Huber, Waldfrieda Weiss und Olga Benario. Zudem schlugen sie eine Brücke zu Widerstand und Empowerment in der Gegenwart. Anthony (aus Mexiko) und Stephen (aus Großbritannien) beschäftigten sich mit einem Foto aus dem Jahr 1935, das Gefangene auf dem nördlichen Schlosshof zeigt. Sie entwarfen ein Acrylgemälde, das Elemente des Fotos aufgreift – den Gebäudekomplex, die Gruppen von Menschen auf dem Hof – und einen Fokus auf die Gefühle der Menschen zwischen Ausweglosigkeit, Unsicherheit ob der Unberechenbarkeit der Inhaftierung und Hoffnung setzt. Die Palettenmöbel erhielten währenddessen durch Anne (aus Dänemark), Thijs (aus den Niederlanden) und durch Leoni und Ayham (aus Deutschland) den letzten Schliff.

## **Austausch auf Augenhöhe**

Neben der Begrüßung in Prettin gab es zahlreiche weitere Gelegenheiten, bei denen sich die Teilnehmenden mit Menschen aus Prettin und der Umgebung austauschen konnten. Am 28.07.2024 organisierten einige Mitglieder des ortsansässigen Drachen-

bootvereins eine gemeinsame Trainingseinheit mit den Teilnehmenden und Mitgliedern des Freundeskreises auf dem Kiesesee. Anschließend fand auf dem Campingplatz ein gemeinsames Grillen statt, an dem weitere Prettinerinnen und Prettiner teilnahmen. Am 29.07.2024 begrüßte der Landrat Christian Tylsch die Teilnehmenden in der Kreisverwaltung in Wittenberg. Neben der Vorstellung des Landkreises ging es um Herausforderungen im strukturschwachen Raum – sowohl in Sachsen-Anhalt als auch in den Heimatländern der Teilnehmenden, die von ihren Einschätzungen berichteten.

Am 1. August 2024 fand um 16:00 Uhr eine öffentliche Abschlussveranstaltung statt, um die Workcamp-Ergebnisse zu präsentieren, interessierten Gästen einen Eindruck von den vergangenen Tagen zu geben und zum Austausch insbesondere über die entwickelten Kunstprojekte einzuladen. Im Rahmen der Veranstaltung stellten die Teilnehmenden vor, wie sie sich in den vergangenen Tagen mit der Geschichte der Konzentrationslager im Schloss Lichtenburg auseinandergesetzt und mit den Biografien verschiedener ehemaliger Gefangener beschäftigt hatten. In Kleingruppen haben die Teilnehmenden anschließend zunächst individuelle Ideen für die künstlerische Umsetzung der Frage „Wie können wir erinnern?“ entwickelt, die dann im Laufe des Projektes realisiert werden konnten. Projektbegleitend ist eine PowerPoint-Präsentation entstanden, die u.a. den Prozess der Kunstwerke und der Arbeit an den Palettenmöbeln dokumentierte. In der Evaluation gaben die Teilnehmenden auf die Frage, was sie auf dem Workcamp mitnehmen, unter anderem folgende Antworten, mit denen ich schließen möchte:

„I enjoyed the idea, meeting new people and the cultural aspects were well presented in a very interesting way.“ / „Mir hat die Idee gefallen, ich habe neue Leute kennengelernt und die kulturellen Aspekte wurden auf sehr interessante Weise dargestellt.“

„I enjoyed it despite a few problems that existed and I think it's good to do something meaningful with my time.“ / „Ich habe es trotz einiger Probleme genossen und finde es gut, mit meiner Zeit etwas Sinnvolles zu tun.“

„What impacted me the most was the biography part, where we learned about the lives of people who were in Lichtenburg, because it made me think a lot about the real people who were imprisoned.“ / „Was mich am meisten beeinflusst hat, war der biografische Teil, in dem wir etwas über das Leben der Menschen in der Lichtenburg erfahren haben, weil mich das viel über die echten Menschen hat nachdenken lassen, die inhaftiert waren.“





Große mediale Aufmerksamkeit anlässlich des Besuchs der Präsidentin des Deutschen Bundestages in der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg, 14. Januar 2023. V.l.n.r.: Kulturstaatssekretär Dr. Sebastian Putz, Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, Gedenkstättenleiterin Dr. Ute Hoffmann.

---

## **„Wir sind nicht Buchenwald, wir sind nicht Ravensbrück, wir sind nicht Sachsenhausen. Wir sind Bernburg.“**

Persönliche Rückblicke von Dr. Ute Hoffmann auf drei Jahrzehnte Erinnerungsarbeit

Bei dem nachfolgenden Mitschnitt handelt es sich um Auszüge aus einem Anfang des Jahres 2024 ausgestrahlten Radio-Interview mit der scheidenden Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. Neben der Beantwortung von Fragen zum historischen Ort spricht sie hier auch über berufliche Höhepunkte ihrer Tätigkeit.<sup>1</sup>

**[Anmoderation:]** Herzlich willkommen zur MDR Kulturwerkstatt. Am Mikrofon ist Uli Wittstock. Wir sind heute in Bernburg und treffen dort die Historikerin Dr. Ute Hoffmann. Sie ist Leiterin der Gedenkstätte Bernburg, und jetzt zeigt sich, dass Geschichte

nicht so einfach verblasst wie Papier. Und auch wenn Geschichte verdrängt wird, wirkt sie nach. Wir sind heute an so einem Ort, der nachwirkt und zunächst nicht so sehr auffällt. Ein Krankenhausbau, wie er in der Kaiserzeit wohl vor 100 Jahren vielerorts errichtet wurde, so auch hier in Bernburg – ein zweistöckiges Gebäude mit sandgelber Klinkerfassade, als Teil der damaligen Landesheil und Pflgeanstalt Bernburg. Dieses Haus ist der Ort, der uns beschäftigt wird, denn in der Nazizeit diente das Gebäude als Tötungsanstalt. Seit 1994 ist der Ort eine Gedenkstätte des Landes Sachsen-Anhalt, und eine, die daran großen Anteil hat, ist die Historikerin Dr. Ute Hoffmann, die heutige Gedenkstättenleiterin.

**[Ulrich Wittstock:]** Frau Dr. Hoffmann, was ist hier eigentlich in diesem Gebäude vor über 80 Jahren geschehen?

**[Ute Hoffmann:]** Dieses Gebäude war der zentrale Bereich der „Euthanasie“-Anstalt Bernburg. „Euthanasie“ ist ein Begriff, der aus dem Griechischen kommt und sprachlich so viel bedeutet wie guter oder leichter Tod. Für die Zeit des Nationalsozialismus steht der Begriff für den organisierten Massenmord an kranken, behinderten, alten und sozial auffälligen Menschen. Nach dessen Abschluss in Bernburg wurde die technische Anlage noch ein Jahr lang für die Ermordung von Häftlingen aus verschiedenen Konzentrationslagern benutzt.

**[UW:]** Wir stehen jetzt hier in diesem Gebäude. Das erinnert jetzt vielleicht an einen wilhelminischen Schulbau, könnte man sagen: ein großer Flur, rechts und links in Türen. Wie lief das denn jetzt hier konkret ab?

**[UH:]** In dieser Phase der NS-„Euthanasie“ war es so, dass an einem Tag nur so viele Menschen hierher transportiert wurden, wie getötet und ihre Leichen verbrannt werden konnten. Das bedeutet umgekehrt: Es gab gar keine Aufenthaltsbereiche, sondern es gab eigentlich nur zentral dieses Haus, in dem getötet und der Tod dieser Menschen verwaltet wurde. Die Opfer kamen mit Bussen, die auf immer gleichen Routen durch die Stadt fuhren. Sie mussten aus den Bussen aussteigen, kamen durch einen Zugang an der Schmalseite des Hauses hier in diesem Gang, indem wir jetzt stehen. Sie mussten sich auf dem Gang entkleiden, wurden dann fotografiert und einem Arzt vorgeführt. Er entschied, welche falsche Todesursache man eventuellen Angehörigen mitteilen würde. Die Opfer bekamen Kennzeichnungen, falls sie sich von ihrer



Erkrankung oder Behinderung her als „wissenschaftliches Objekt“ eignen würden oder Goldzähne hatten. Nach diesem Ankunftsprozedere wurde die ganze Gruppe durch Pflegepersonal sofort in den Keller geführt und alle Menschen in einer Gaskammer getötet.

**[UW:]** Das war die Tötungspraxis, wie sie hier über zwei Jahre lang passierte. 14.000 Tote insgesamt zählt man etwa für diese Einrichtung hier. Wir reden jetzt also zunächst mal über diese Krankenmorde. Das ist ein schwieriger Begriff. Denn ob die Opfer wirklich krank waren, ist aus heutiger Sicht tatsächlich umstritten oder schwer einzuschätzen. Was waren denn die Hintergründe für diese Aktion der Nazis?

**[UH:]** Krankheit und Behinderung sind immer schwer zu definieren. Und sie hängen natürlich auch vom Stand der Medizin ab. Manches kann man auch nicht heilen, aber man kann es lindern. Fest steht, dass Krankheit und Behinderung verbunden sind mit Kosten. Und das ist seit dem Ende des neunzehnten Jahrhunderts sozusagen der Kern der ökonomischen Diskussion. Die Menschen, die eine Unterstützung brauchen, wurden diffamiert als Ballast-Existenzen, als seelenlose Wesen und als Objekte, die man aus einer Gesellschaft einfach entfernen sollte. Und die NS-„Euthanasie“ ist letztendlich die Umsetzung davon.

**[UW:]** Nun ist das keine rein deutsche Debatte, die geführt wurde. Aber nirgendwo hat man sie so umgesetzt wie hier, oder?

**[UH:]** Tatsächlich hat man es auch nur in Deutschland so umgesetzt. Und ich denke, das hat mit einem ganz wichtigen Umstand zu tun. Auf der einen Seite brauchte es eine vorhergehende Diskussion, gleich ob die Ausgrenzung mit ökonomischen oder eugenischen Motiven begründet wurde. Beides kam aus Kreisen der Wissenschaft. Auf der anderen Seite brauchte es aber auch die politischen Möglichkeiten einer Diktatur, um die Forderungen der Wissenschaftler umzusetzen. Unter den Bedingungen einer Demokratie – mag sie auch noch so unzureichend gewesen sein wie in der Weimarer Republik – war das Ganze nicht realisierbar. Die Forderungen sind also älter als der Nationalsozialismus. Sie kulminieren in der Umsetzung zwischen 1933 und 1945 und sind bis heute im Rahmen des gesellschaftlichen Meinungsspektrums überliefert.

**[UW:]** Obwohl die Nazis diese Tötungsidee ja propagandistisch vorbereiteten, gab es doch offenbar erhebliches Misstrauen gegenüber der öffentlichen Meinung. Man hat das sehr geheim gehalten, oder?

**[UH:]** Das ist eine Frage, die man nicht pauschal mit Ja oder Nein beantworten kann. Bei der Zielgruppe dieses Massenmordes handelte sich um Menschen, die man nicht so einfach deklassieren konnte, durch eine andere Religion oder durch eine andere sexuelle Orientierung. Psychisch kranke und geistig behinderte Menschen hat es schon immer gegeben, unabhängig von staatlichen Systemen und ökonomischen Entwicklungen. Es waren auch sehr viele alte Menschen darunter, die meistens unter der Diagnose „psychische Störung im höheren Alter“ ermordet worden. Das war schon stückweit ein Versuch, wie die Bevölkerung reagiert. Aber man hat es mit Rücksicht auf den Krieg weitgehend geheim gehalten. Ein Staat, der Krieg führt, braucht unbedingt Ruhe im zivilen Hinterland. Und es gab in der Umgebung der zentralen Mordstätten genug Gerüchte. Deshalb wurde das Ganze nicht so offen propagiert wie zum Beispiel die Zwangssterilisation.

**[UW:]** So, wir gehen jetzt runter in den Keller. Das heißt, das ist eigentlich der Ort, an dem die eigentliche Tötung dann stattfand. Ursprünglich war ja Brandenburg einer der Orte für die „Euthanasie“-Morde. Später kam dann Bernburg ins Spiel. Warum?

**[UH:]** Bernburg war ursprünglich überhaupt nicht geplant. Für die Regionen Nordostdeutschland, Pommern, nördliches Thüringen, westliches Sachsen und Mitteldeutschland und Magdeburg bis Braunschweig war Brandenburg vorgesehen. Das Problem lag in einer technischen Frage: man hatte in Brandenburg in der „Euthanasie“-Anstalt, die dort mitten in der Stadt lag, die falschen Krematoriumsöfen eingebaut. Die hohe Geruchsbelästigung in der Umgebung führte zu Beschwerden der Bevölkerung. Aus diesem Grund waren schon im Sommer 1940 die ersten Abgesandten der Kanzlei des Führers unterwegs, um eine Ausweicheinrichtung für das gleiche Einzugsgebiet innerhalb des Deutschen Reiches zu suchen. Andere Einrichtungen wie Uchtspringe lagen ungünstig in einem Moorgebiet, andere wie Zeitz waren zu klein, die nächsten wieder zu groß oder wie Haldensleben für Lazarettzwecke vorgesehen, so dass am Ende nur Bernburg blieb.



**[UW:]** Nun ist der Massenmord von vielen beteiligten Behörden begleitet worden, und es gibt Dokumentation dazu. Es gibt zahlreiche Unterlagen, die erhalten sind. Hier unten fanden die Morde statt; verwaltet wurde das in den Etagen darüber. Wie wurde das verwaltet?

**[UH:]** In jeder dieser „Euthanasie“-Anstalten, also auch in Bernburg, gab es ein gesondertes Standesamt. Im Fall von Bernburg hieß es „Bernburg-Gröna“ oder „Bernburg II“. Dieses neue Standesamt hatte mit dem städtischen nichts zu tun, sondern beurkundete ausschließlich die Toten der Mordanstalt. Es gab eine separate Polizeistation für alle Meldeformalitäten und eine „Trostbriefabteilung“ für die falschen Todesurkunden und deren Begleitschreiben. Auf diesem Weg erhielten die Angehörigen falsche Angaben über Todesursache, Todesdatum und manchmal auch den Todesort.

**[UW:]** Wir reden über eine Organisation des Massenmordes. Wie geriet man denn als Opfer in diese Maschinerie hinein?

**[UH:]** Ziel war das Töten von Menschen, die eine angebliche ökonomische Belastung darstellten. Und deswegen lagen wichtige Grenzen bei fünf Jahren Anstaltsaufenthalt oder fehlender Arbeitsfähigkeit. Mangelnde Arbeitsfähigkeit war zum Beispiel auch eine häufige Folge bei Depressionen oder bei Frauen mit postnatalen Störungen. Und die angestrebte Gesamtzahl der Opfer richtete sich danach, dass man also eine bestimmte Summe an sozialen Kosten einsparen und gleichzeitig eine bestimmte Anzahl von Lazarettbetten zur Verfügung haben wollte. Das bedeutete in einer ersten Phase der Mordaktion 1940/194 die Zahl von etwa 70.000 Toten und in einer zweiten Phase 1941/1945 ungefähr 350.000.

**[UW:]** Man muss ganz brutal sagen, es ging um den „Nutzwert“ eines Menschen?

**[UH:]** Es ging ausschließlich um den Nutzwert eines Menschen. Und wir haben auch feststellen müssen, dass zum Beispiel Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg getötet wurden, die mal als die besten Söhne des deutschen Vaterlandes galten. Es sind viele dabei, die einfach nur alt und dement waren. Es sind viele dabei, die erst durch ihre Lebensumstände krank geworden sind. Häufig hat auch der Erste Weltkrieg noch im Nachgang Biografien zerstört. Also das Spektrum ist ganz, ganz breit. Es ging aber immer darum: Kann dieser Mensch arbeiten, kann dieser Mensch einen Beitrag zur Gemeinschaft leisten? Wenn nicht, war es sein Todesurteil.

**[UW:]** Nach den Krankenmorden, die es hier gab, gab es dann auch noch mal 4.500 Häftlinge aus den Konzentrationslagern, die hier ermordet wurden. Was steckte denn hinter dieser Aktion?

**[UH:]** Es gab im Frühjahr 1941 in den Konzentrationslagern des Deutschen Reiches sehr viele Häftlinge, die körperlich völlig erschöpft waren. Man kennt sie in der Literatur manchmal unter dem Begriff des „Muselmanns“, wenn sie völlig ausgezehrt waren. Deswegen erfolgten bereits zu dieser Zeit Transporte in „Euthanasie“-Anstalten. Die Zielgruppe weitete sich aus auf weitere Häftlingsgruppen, die in dem jeweiligen Lager „unerwünscht“ waren. Das konnten sein: jüdische Männer und Frauen, das konnten sein: Sinti und Roma, das konnten sein: Zeugen Jehovas. Sie sollten schnell und effizient getötet werden. Und das zu dieser Zeit einzige System, Menschen sehr schnell nach ihrer Brauchbarkeit zu selektieren und gegebenenfalls effizient zu töten, war die „Euthanasie“. So wurden zunächst deren Gaskammern genutzt, während zur gleichen Zeit schon der Technologietransfer in die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ im Generalgouvernement folgte.

**[UW:]** Dann blicken wir mal auf die Täterinnen und Täter. Aus dem Bisherigen ist schon klar geworden, dass die Ärzte innerhalb der Tötungsmaschinerie eine wichtige Rolle spielten. Warum war das eigentlich so?

**[UH:]** Also ein Arzt ist ja immer eine „Respektperson“, auch heute noch. Und man hat – so makaber, wie es klingt – die Regel eingehalten, dass der Tod eines Menschen durch einen Arzt festgestellt werden muss. So war eine der wichtigen Aufgaben der Ärzte in den „Euthanasie“-Anstalten die offizielle Feststellung des Todes nach dem Öffnen der Gaskammer. Die anderen Aufgaben bestanden in der Festlegung falscher Todesursachen, der Kennzeichnung von Patienten mit besonderen Erkrankungen für die Sektion und die Leitungsfunktion innerhalb einer solchen Einrichtung.

**[UW:]** Über den Leiter der Tötungsanstalt Irmfried Eberl ist ja einiges bekannt: Eberl war später als Lagerkommandant [in Treblinka – UH] an führender Stelle beim Holocaust beteiligt. Ist das eigentlich ein Sonderfall?

**[UH:]** Ein Arzt als Lagerkommandant ist schon ein absoluter Sonderfall. Man muss sagen, dass alle drei Lager der „Aktion Reinhardt“, also Treblinka, Sobibor und Belzec, von Männern geleitet wurden, die aus dem Komplex der „Euthanasie“-Morde kamen.



Sie hatte umfangreiche logistische und technische Erfahrungen, bis hin zur Entsorgung der Leichen. Aber ein Arzt als Lagerkommandant, das war schon etwas Besonderes. Eine solche Konstellation kenne ich von keiner anderen Einrichtung.

**[UW:]** Blicken wir [noch einmal – UH] zu den Ärzten. Eberl, also der hiesige Anstaltsleiter, geriet ja relativ früh ins Blickfeld der Alliierten nach dem Krieg. Sein Stellvertreter hier in Bernburg, Heinrich Bunke, blieb lange Zeit unbehelligt. Er trat ja 1937 in die NSDAP ein, war dann 23 Jahre alt zu diesem Zeitpunkt, und er studierte ebenfalls Medizin. Wie wurde er denn dann Täter in dieser Nazi-Mordmaschinerie?

**[UH:]** Bunke kam durch einen ehemaligen Kommilitonen Aquilin Ullrich zur „Euthanasie“. Seine spätere Erklärung war, dass er durch diese Tätigkeit viel mehr wissenschaftliche Möglichkeiten gehabt habe als an der Front oder in einem normalen Krankenhaus.

**[UW:]** Bunke war nach dem Krieg in Celle zunächst ziemlich unbehelligt als Mediziner weiterhin tätig. Erst 20 Jahre nach der Schließung der Tötungsanstalt hier in Bernburg wurde er dann inhaftiert, also wir schreiben das Jahr 1962. Allerdings dauerte es bis zu seiner Verurteilung auch, weil er von der Öffentlichkeit in Celle unterstützt wurde. Da waren die Schatten der Vergangenheit noch ziemlich spürbar, oder?

**[UH:]** Ich denke schon, dass das etwas damit zu tun hat, dass diese Ereignisse schlecht „wegdelegiert“ werden konnten. Der Schwerpunkt der Ermordung von Juden lag im Generalgouvernement und wurde durchgeführt von Angehörigen der SS. Die „Euthanasie“ hingegen war eine Mordaktion, die mitten in Deutschland durchgeführt wurde von Ärzten, Juristen, Verwaltungspersonal, Pflegekräften. Das heißt, das ist schon eine ganz andere Konstellation. Und dazu kommt, dass Bunke in der Nähe von Celle geboren war, seine ganze Familie lebte dort: Der Bruder war Zahnarzt, die Schwester wohl Lehrerin, der Vater auf jeden Fall Lehrer. Es handelte sich also um klassisch deutsches Bildungsbürgertum. Aber es geht nicht nur um die Honoratioren, sondern es geht auch um die normale Bevölkerung. Bunke hatte eine Praxis als niedergelassener Facharzt für Frauenheilkunde. Und eine solche Praxis kann man nur halten und lange Zeit führen, wenn es auch genügend Patientinnen gibt, die dorthin gehen und sozusagen den wirtschaftlichen Bestand ermöglichen. Das ist wohl auch der wesentliche Grund dafür, dass in Celle – so sehr die Stadt

auch den Nationalsozialismus aufarbeitet – über Heinrich Bunke so gut wie gar nicht gesprochen wird.

**[UW:]** Aber er kam dann doch noch in Haft?

**[UH:]** Er kam noch kurze Zeit in Haft. Ein Journalist hat irgendwann mal ausgerechnet, also pro Toten, den er mitzuverantworten hatte, waren es ungefähr dreieinhalb Minuten. Er ist nicht mehr in diese Strafverfolgung gekommen, die der mittlerweile verstorbene Generalstaatsanwalt Fritz Bauer eigentlich haben wollte. Aber er ist zumindest kurzzeitig in Haft gewesen. Es hat ihm aber auch keine Nachteile gebracht.

**[UW:]** Es gab ja neben den Ärzten auch zahlreiche weitere Helferinnen und Helfer: Krankenschwestern, dann jene, die hier das Krematorium bedienten und natürlich auch Leute in der Verwaltung. Das alles hat ja den Mord dann auch bürokratisch flankiert. Was ist denn über diese dann bekannt geworden nach dem Krieg?

**[UH:]** Es hat zu Bernburg keinen umfassenden Prozess gegeben. Nur einzelne Personen sind verurteilt worden. Außerdem muss man die Täter auch noch einmal nach Geschlechtern trennen. Das heißt, die Frauen hatten es viel leichter: Die haben ständig argumentiert: „Eine Frau hat ja eigentlich nichts zu sagen gehabt, und wir haben das alles nur so gemacht. Und wir waren Krankenschwester, der Arzt hat das doch angewiesen, oder auch der Staat.“ Sie haben immer plädiert auf „ich war jung, unschuldig und ein bisschen dumm“, obwohl sie das in den wenigsten Fällen waren. Bei den Männern ist es sehr unterschiedlich. Viele haben als Industriekaufmann oder sonst irgendwo bei irgendwelchen großen Unternehmen in mittleren und unteren Ebenen angefangen. Und ein Teil von ihnen ist noch versetzt worden in die Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“. Einige sind dort bereits bei den Lageraufständen gefallen, andere hatten ihren letzten Einsatz im Adriatischen Küstenland in der Umgebung von Triest. Und einige Leute, die hier in der damaligen SBZ/DDR noch verurteilt worden sind, zum Beispiel Joseph Oberhauser, kamen dann im Rahmen einer Amnestie frei, gingen in die Bundesrepublik und tauchten dann erst im Rahmen von Forschungen einzelner Historiker wieder auf.

**[UW:]** Diejenigen, die hier in der Tötungsmaschinerie arbeiteten, waren das überzeugte Nazis durchweg?



**[UH:]** Ich habe mich sehr lange mit der Täterfrage beschäftigt, eigentlich schon von Beginn meiner Tätigkeit an. Gezwungenermaßen, denn wir haben hier im Unterschied zu Konzentrationslagern keine Zeugnisse von Opfern. Es war eine reine Mordeinrichtung, und es ist gar nichts anderes möglich, als auf die Aussagen von Tätern zurückzugreifen. Außerdem sind sie die einzigen, die in dem ganzen System die Wahl hatten, mitzumachen oder nicht, und man konnte durchaus aussteigen. Dementsprechend sind schon sehr zeitig Untersuchungen zu Tätern angelaufen: Beruf, Sozialisierung, Einsatzgebiete, dann Biografien nach 1945. Es zeigt sich, dass durchaus zentrale Stellen mit gefestigten Nationalsozialisten besetzt waren, dass aber das Gros der Leute durchaus eher in die Rubrik „Otto-Normal-Verbraucher“ gehörte. Keine besonderen Ambitionen, stattdessen kritiklose Unterordnung unter ein staatliches System. Für die Männer war eine Freistellung von der Front wichtig. Viele hatten auch Jahre der Arbeitslosigkeit hinter sich. Hier waren sie wieder jemand und verdienten gut. Und mit ganz einfachen Berufen wie Hilfsmaler oder Hausmeister konnte man hier durchaus Karriere machen. Das war für die meisten schon ganz anziehend. Und es war organisiert auf dem Gelände hier, in der relativ abgeschoteteten Blase dieses Personals. Also man hat untereinander geheiratet, Kaffeetafeln gemacht, gemeinsam Sport getrieben und Schach gespielt. Das war wie eine nette Insel mit dem einzigen Makel, dass jeden Abend die Busse kamen und Menschen getötet worden.

Es klingt merkwürdig, aber ich habe während der Zeit meiner Tätigkeit bei der Beschäftigung mit den Tätern gelernt, dass es eigentlich nichts gibt, was es nicht gibt. Menschen tolerieren viel, wenn sie es denn selber möchten, und tun gern, als würde eine Entscheidung ihnen persönliche Schmerzen bereiten. Es ist immer einfacher, sich jemand anzuschließen, der die Verantwortung übernimmt, denn eine Fehlentscheidung ist schnell getroffen. Aber dazu muss man eben stehen. Und ich habe auch gelernt, dass es nicht unbedingt auf die Zeit des Nationalsozialismus begrenzt ist, wenn Menschen ohne Bedenken jede Gelegenheit nutzen, ihre Vorteile zu suchen, gerne auch auf Kosten anderer.

**[UW:]** Frau Dr. Hoffmann, Sie haben ja in Halle Geschichte studiert. Wie sind Sie denn persönlich auf das Thema aufmerksam geworden, denn die Auseinandersetzung mit der „Euthanasie“ spielte ja in der DDR eigentlich keine große Rolle?

**[UH:]** Also ich bin auf das Thema nicht durch das Studium aufmerksam geworden, sondern dadurch, dass ich hier im Ort gelebt habe und meine Mutter in diesem Krankenhaus gearbeitet hat. Ab 1975 oblag die Leitung des Krankenhauses dem Psychiater Helmuth Späte (1936 – 2017). Er war der erste Direktor seit 1945, der angesichts der baulichen Reste unten im Keller entschieden hat: Wir können uns dieses Thema so nicht angucken, da muss etwas passieren. Und hat also – für DDR-Verhältnisse ganz ungewohnt – beim Personal gefragt, ob sich jemand findet, der vielleicht hier mitmachen möchte. Es waren dann ausschließlich Angehörige des mittleren medizinischen und Verwaltungspersonals, außer ihm selbst keine Ärzte oder Personen mit Leitungsfunktionen. Es handelte sich mehrheitlich um Frauen, die als erstes sagten: wir wollen hier wenigstens ein bisschen aufräumen und eine kleine Information anbieten. Professor Späte hat das Finanzielle und das Technische über das Krankenhaus und die zugehörigen Werkstätten des Krankenhauses abgedeckt.

**[UW:]** Nun ist zum Kriegsende die Situation so, dass zunächst erstmal die US-Armee hier Bernburg übernimmt. Welche Rolle spielten denn da die Krankenmorde für die Besatzer? Haben die das irgendwie auf dem Schirm gehabt?

**[UH:]** Zuerst waren hier amerikanische Truppen im Ort, das ist richtig. Und es war eigentlich ein Prozess geplant. Dann wechselte die Besatzungsmacht. Der damalige Stadtkommandant der Sowjetarmee setzte einen sehr obskuren Menschen als provisorischer Bürgermeister ein. Und danach verlief erst mal alles im Sande. Unterlagen zeigen, dass den untersuchenden Polizisten weitere Recherchen untersagt und die Schließung der Akten angeordnet wurde.

**[UW:]** Wissen Sie, warum das passierte?

**[UH:]** Ich habe dafür und noch keinen Grund finden können. Ursprünglich hatte ich mal gedacht, vielleicht war den Angehörigen der damaligen sowjetischen Armee diese Euthanasie gar nicht bekannt. Bis mir aufgrund der Geografie klar wurde, die sind von Osten gekommen, vorbei an der „Euthanasie“-Anstalt Meseritz-Obrawalde, das heißt, sie mussten gewusst haben, worum es hier ging.

**[UW:]** Nun ist es ja so, dass auch in der DDR bei aller Aufarbeitung der Nazizeit, die „Euthanasie“ keine Rolle spielte. Warum war das eigentlich so?



**[UH:]** Der Schwerpunkt der Erinnerungskultur in der DDR lag definitiv auf dem politischen Widerstand aus kommunistischer Seite. Andere Opfergruppen als die des politischen Widerstandes gab es scheinbar nicht, ausgenommen Juden. Dazu kommt umgekehrt, dass auch Vertreter des kommunistischen Widerstandes die gleichen Vorurteile hatten wie ein großer Teil der Bevölkerung. Das heißt, sie empfanden es als Schande, dass in der Gaskammer, in der 1942 ihre Mithäftlinge aus den Konzentrationslagern ermordet worden, zuvor anderthalb Jahre lang Kranke und Behinderte einen gewaltsamen Tod starben. Das war für sie wie eine Art Entwürdigung oder Entweihung. 1988 bei der Planung einer Gedenkstätte sollte der inhaltliche Fokus auf dem kommunistischen Widerstand liegen. Das Problem bestand dann darin, dass es einen solchen Widerstand nicht gab. Da fehlte es an Substanz. Das ist nicht weiter schlimm, und das mache ich auch niemanden zum Vorwurf. Aber man kann nicht eine Brücke bauen, wo definitiv keine war.

**[UW:]** Sie haben schon gesagt, der damalige Krankenhauschef [Späte] hat es in Bewegung gebracht. Wie war es denn dann hier unter diesen Bedingungen, eine Erinnerungskultur zu installieren?

**[UH:]** Also nachdem Prof. Späte dieses Krankenhaus verlassen hat und an die Universität nach Halle gegangen war, hatten seine Patienten dort einen Vorteil. Aber hier kehrte sich das Ganze halt schon um. Es war unter seinem Nachfolger nicht so ganz einfach. Er hätte die Einrichtung sehr, sehr gerne wieder geschlossen. Und die ersten Jahre waren auch nicht sehr erfreulich. Das muss man einfach sagen. Aber mit der Zeit hat es funktioniert, und inzwischen ist die Einrichtung so etabliert, dass man sie jetzt nicht einfach wieder wegwischen kann. Gegenwärtig haben wir auch wieder eine ärztliche Direktorin in diesem Krankenhaus als Partnerin, die der Sache sehr geneigt ist. Aber ich habe eben über Jahre hinweg auch gemerkt, dass es eben hoch und runter geht. Auch die örtliche Stadtkultur kann mit solchen Einrichtungen meist ganz schlecht umgehen. Vor allen Dingen, wenn es kleinere Orte sind wie hier in Bernburg. In Halle oder Berlin oder Nürnberg ist das eine ganz andere Geschichte. Aber wenn es sich um eine Kleinstadt handelt, ist es schon schwierig.

**[UW:]** Als Sie hier anfangen, muss es ja noch viele Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gegeben haben. Gab es denn für Sie die Möglichkeit, da mal mit Menschen zu sprechen?

**[UH:]** Ich habe mich seit Beginn meiner Tätigkeit so lange als noch möglich war, immer wieder um Kontakt bemüht. Eine Antwort bekam ich aber nur von denen, die nicht mehr hier in Bernburg wohnten. Ansonsten habe ich insgesamt wohl drei Zeitzeugenbefragungen organisiert, auch über Rentnertreffs, in Kirchenkreisen und ähnlichen Einrichtungen. Ich bin dann häufig gar nicht erst mitgegangen, um nicht sozusagen per se als irgendein Vorwurf zu erscheinen. Aber es gab kaum Resonanz, eher eisernes Schweigen. Und dass, obwohl es nie darum ging, den Menschen einen Vorwurf zu machen. Die „Euthanasie“-Anstalt wurde 1940 eingerichtet. Da gab es die Diktatur seit sieben Jahren, und nach so einer Zeit kann man nicht mehr einfach auf die Straße gehen und sagen: ich bin jetzt mal dagegen. Es ging eigentlich nur um die Verifizierung der Fahrstrecken der Busse und ähnliches. Einige Aussagen habe ich durch Zufall in den Unterlagen der BStU [ehemalige Stasi-Unterlagenbehörde] gefunden, weil nur dort einige Vernehmungen aus dem Jahr 1945 enthalten sind. Ich habe sogar versucht, Herrn Bunke persönlich zu treffen, weil er zu Beginn meiner Tätigkeit noch in Celle lebte. Aber er wollte nicht, das kann man dann nicht ändern. Ich bin auch niemand, der dann mit einer Kamera neben mir vor der Tür steht, Sturm klingelt und sagt: jetzt brechen wir mal die Barrikade. Das ist nicht meine Art zu arbeiten.

**[UW:]** Nach dem Ende der DDR dauerte es dann noch einmal einige Zeit, bis sie dann als Gedenkstätte des Landes übernommen wurden. Fünf Jahre dauerte das etwa. Warum hat das noch mal diesen Zeitraum gebraucht?

**[UH:]** Ich denke, es hat diesen Zeitraum gebraucht, weil die Menschen in dieser Zeit ganz andere Sorgen hatten als eine Gedenkstätte zu einem fast unbekanntem Thema, die gerade eröffnet war. Ich denke, dass es nicht bewusst weggeschoben ist, sondern dass es einfach in den ganzen Wirren und zum Teil auch Unsicherheiten dieser Zeit schlicht und ergreifend keinen Platz gefunden hat. Mitte der 1990er Jahre hatte sich die allgemeine Situation dann soweit stabilisiert, dass ernsthaft darüber diskutiert werden konnte, welche Einrichtungen – und es ging ja nicht nur um Bernburg – auf dem Gebiet von Sachsen-Anhalt eine Gedenkstätte werden sollten und welche nicht.

**[UW:]** Wir stehen jetzt hier in dem ehemaligen Krematorium. Wir sehen jetzt hier Bilder von einigen der Opfer. Wo haben Sie die her?



**[UH:]** Die Bilder speisen sich aus zwei Quellen. Begonnen habe ich mit Bildern aus Krankenakten von Opfern aus dem Bundesarchiv in Berlin, einfach um ihre Vielfalt als Menschen zu symbolisieren. Und dann haben im Laufe der Zeit immer wieder Angehörigen Bilder überlassen. Wenn sie wünschten, wurde die Bilder hier eingefügt als eine Form der Erinnerung und des Gedenkens. Inzwischen sind nur noch wenige Lücken frei.

Das ist natürlich nur ein kleiner Ausschnitt aus der großen Zahl der Opfer, aber ich merke auch immer wieder, wie Besucher davorstehen, die Bilder ansehen und sich wundern: da sind ja auch Kinder dabei, hier ist ein Soldat, und das ist doch eine hübsche junge Frau. Die Bilder allein faszinieren schon, ohne dass sie mit Geburtsjahren oder Biografien kontextualisiert sind. Das ist erst einmal gar nicht so relevant. Es geht darum, dass es Menschen waren.

**[UW:]** Es macht ein bisschen den Eindruck eines großen Familienalbums.

**[UH:]** Wir haben diesen Eindruck einer fähigen Gestaltungsagentur zu verdanken. Schließlich beschäftigt man auch Grafiker, Lichtdesigner und andere, damit sie Ideen entwickeln, auf die man mit einer anderen Profession nicht kommt. Diese Hinterleuchtung finde ich sehr passend. Vorher hatten wir die Bilder auf einem pappartigen Untergrund und direkt an der Wand befestigt. Und ich denke, es ist jetzt einfach ein bisschen würdiger denen gegenüber, die hier gezeigt werden.

**[UW:]** Inzwischen gibt es ja eine enge Kooperation, unter anderem mit Schulen hier in der Gegend. Wie gehen die Jugendlichen denn mit diesem Thema um aus ihrer Erfahrung?

**[UH:]** Das kommt auch ein Stückweit darauf an, wie gut die Absprachen vorher sind, denn Schüler ist nicht gleich Schüler. Wir haben unterschiedliche Schulformen, wir haben unterschiedliche Stufen, und das hat dazu geführt, dass wir unser Angebot möglichst vielfältig gestalten. Für die neunte und zehnte Stufe gibt es andere Fragestellungen als für die elfte und zwölfte. In der Regel gehen junge Leute ganz interessiert mit dem Thema um. Manchmal ist es bei der Ankunft noch ein bisschen unruhig, aber spätestens hier unten in den Resten der Vernichtungsanlage senkt sich die Unruhe sehr schnell und das Fragen beginnt. Ich denke, dass das ein ganz guter Weg ist. Das Wahrnehmen des Ortes beginnt nicht damit, dass jemand vorher draußen

darauf hinweist, sich ordentlich zu benehmen, sondern dass das eigene Gefühl sagt: hier ist etwas Besonderes passiert. Dann bleibt nach dem Besuch auch etwas zurück.

**[UW:]** Andere Orte wie etwa die KZ-Gedenkstätte Buchenwald melden immer wieder mal Provokationen. Auch mutwillige Zerstörungen spielen da eine Rolle. Gibt es hier diese Probleme auch?

**[UH:]** Die haben wir bis jetzt erfreulicherweise nicht gehabt. Erstens haben wir einen sehr kleinen Bereich, kein Außengelände. Das ist überschaubar. Und es herrschen auch relativ strikte Regeln hier. In einem kleinen Bereich kann man die auch gut durchsetzen. Das heißt, wenn jemand zum Beispiel der Meinung ist, es war ja vielleicht „ganz richtig so“. Ich zwingt niemanden, sich dem Thema zu nähern, dann unterbleibt es eben. Aber draußen.

**[UW:]** Blicken wir nach draußen: Politiker am rechten Rand, auch von der AfD, fordern ja immer wieder mal ein Ende des sogenannten „Schuldkultes“. Dann sprechen sie von einer „180-Grad-Wende“ in der Erinnerungskultur. Wie ernst nehmen Sie denn solche Aussagen?

**[UH:]** Ich nehme mir diese Aussagen durchaus sehr ernst, weil mir auch klar ist, dass der Bevölkerungsanteil, der das unterstützt, nicht gerade marginal ist. Das sieht man an den Wahlergebnissen. Ich würde die betreffenden Personen gern mal fragen, ob sie auch bereit wären, zum Beispiel sämtliche Friedhöfe aufzulösen. Denn für die Familien von den Angehörigen sind wir eine Art Ersatzfriedhof. Darum müssen wir weiter machen. Was mich noch mehr beunruhigt, ist das Wiederaufflammen der ganzen Diskussionen um eine unterschiedliche Wertigkeit von Menschen, ökonomisch oder religiös. Da sage ich mir: das hast du so auch schon mal gelesen, aber die Bücher hatten noch Frakturschrift. Da ist vieles an tradiertem Gedankengut noch da, das einfach nur ein neueres Mäntelchen angezogen hat. Es geht nicht um Vorwürfe, sondern einfach darum: wenn man selber krank ist, geht man in ein Krankenhaus, um Hilfe und Heilung zu bekommen. Dieses Recht hat jeder. Man hat es diesen Menschen verwehrt.

**[UW:]** So eine Gedenkstätte hat ja auch den Zweck zu erklären, wie so eine Mordmaschinerie in einer Gesellschaft Fuß fassen kann, die sich selbst ja für aufgeklärt hielt, für humanistisch, der Zukunft zugewandt und dann plötzlich sozusagen in diesen



Abgrund hineinläuft. Mit Blick auf die aktuelle Situation glaubt ja so mancher wieder, naja, ähnliche Verhältnisse vielleicht befürchten zu müssen. Sehen Sie dieses in der Dramatik auch?

**[UH:]** Ich denke, Geschichte wiederholt sich nicht in der gleichen Form. Aber sie kann sich durch aus wiederholen - sicher nicht in Form einer neuerlichen NS-Diktatur. Aber wenn ich daran denke, dass 1932 ein Wahlergebnis von 35 Prozent der NSDAP ausgereicht hat, dass diese Partei im Folgejahr die Macht übertragen bekam; wenn ich Treffen wie das in Potsdam sehe, ähnlich denen mit Industriellen und Politikern in der Zeit der Weimarer Republik, dann sehe ich schon Wiederholungen. Aber klar ist, wenn 35 Prozent eine Partei wählen, dann gibt es noch 65, die sie nicht wählen, und diese 65 Prozent, die müssen halt gestärkt werden.

**[UW:]** 30 Jahre, über 30 Jahre Erinnerungsarbeit, kann man ja sagen! Was sind denn so aus Ihrer Sicht die Höhepunkte?

**[UH:]** Meine Höhepunkte? Man kann sie nicht immer unbedingt so beschreiben. Also ich möchte es ein bisschen zusammenfassen: Ich habe in diesen 35 Jahren und drei Monaten bis jetzt unglaublich viele Leute kennenlernen dürfen, die inzwischen längst verstorben sind. Ob das Jules Schelvis war, ein Überlebender von Sobibor. Ob das auch der genannten Prof. Späte war, der Sinto Franz Rosenberg. Ich habe ja noch Hermann Langbein kennengelernt, einen der großen der österreichischen Antifa-Szene, Lagerschreiber in Auschwitz - also ich habe ganz tolle Leute kennenlernen dürfen. Das ist einfach so ein Schatz, fast wie ein Geschenk. Das kann man auch durch Erzählen nur unzureichend wiedergeben. Das ist mir eigentlich das Wichtigste. Das, was mir fast genauso wichtig ist, sind die Angehörigen, auch wenn man nur von höchstens zehn Prozent später eine Rückmeldung bekommt. Man weiß, man hat Familien Ruhe verschafft. Man hat es ermöglicht, dass ein Kapitel der Familiengeschichte abgeschlossen werden konnte, dass jetzt Ruhe einzieht. Das betrachte ich als sehr, sehr wichtig.

Und für das vergangene Jahr kann ich nur sagen, wenn sich die Präsidentin des Deutschen Bundestages sich ohne großen Personalross hier zu einer Visite anmeldet, dann kann man sich schon ein bisschen geadelt fühlen. Und zwar in der Hinsicht, dass die Gedenkstätte überhaupt dort dahin bekannt ist, denn wir sind nicht Buchenwald, wir sind nicht Ravensbrück, wir sind nicht Sachsenhausen. Wir sind Bernburg. Das

ist eine kleine Einrichtung in der ostdeutschen Provinz mit einem sehr schwierigen Thema.

Ich gehe mit einem guten Gefühl, denn die Gedenkstätte erfährt viel Zuspruch. Derzeitig meldet man sich für einen Projekttag mindestens ein Dreivierteljahr vorher an. Obwohl wir noch am Anfang des Jahres stehen, sind nur noch wenige Termine frei. Der Kalender für das erste Halbjahr 2025 fühlt sich auch langsam. Und es kommen immer wieder Einrichtungen dazu, nicht nur klassische Schulen. Nicht, weil wir irgendwo groß in der Zeitung stehen oder weil DER SPIEGEL über uns berichtet oder sonst irgendetwas. Sondern die meisten Anrufe beginnen damit: „Ein Kollege hat mir gesagt oder eine Kollegin hat mir gesagt...“ Und ich finde, das ist das Beste, was einem passieren kann.

**[UW:]** Sie haben ja inzwischen auch viele ausländische Besucher.

**[UH:]** Ja, wir haben viele ausländische Besucher. Da gibt es mehrere amerikanische Colleges, wo die Gruppen bei einem Aufenthalt in Deutschland immer bei uns vorbeikommen. Ein Reiseunternehmen für niederländische Studenten hat uns jetzt vor fast zwei Jahren entdeckt und kommt jetzt regelmäßig. Wir stehen bereit für Gäste aus Brasilien, aus Israel, aus Spanien. Wir versuchen halt unser Bestes, um das auch hinzubekommen.

**[UW:]** Wie weit ist eigentlich die wissenschaftliche Aufarbeitung gediehen? Gibt es da noch „weiße Flecken“?

**[UH:]** Weiße Flecken wird es auch in der Geschichte immer irgendwo noch geben. Aber es ist ein Stand, an dem man wieder einmal an das Über- und Verarbeiten des Gesammelten denken kann. Dazu gehört die Pflege der Opferdateien ebenso wie eine neue zusammenfassende Darstellung mit allen verfügbaren Informationen. So was geht auch als E-Book, weil ich denke, dass der Interessenkreis da so gering ist. Das jetzt noch besondere, spektakuläre Sachen kommen, glaube ich nicht. Da war die Einsicht in die Unterlagen bei der BStU noch einmal sehr ertragreich, aber wohl auch das letzte an grundsätzlicher Forschung.

**[UW:]** Also eine große Zusammenfassung der Geschehnisse hier ist noch mal eine Aufgabe?



**[UH:]** Das kommt drauf an. Es wäre schon wichtig, dass die vielen Informationen nicht verloren gehen und nutzbar gemacht werden. Für die Opferdateien haben wir schon eine Sicherung und zwar die Arolsen Archives. Und das ist eine sehr wichtige Sache für den Fall, dass die Gedenkstätte irgendwann nicht mehr existiert. Die Arolsen Archives wird es dann auf jeden Fall noch geben, so dass Angehörige dort nachfragen können.

**[UW:]** Ja, schönen Dank, Frau Dr. Ute Hoffmann. Wir waren heute im Innenraum der nationalsozialistischen Mordmaschinerie: in der Gedenkstätte der Tötungsanstalt Bernburg. Und wir sprachen hier mit der Gedenkstättenleiterin. Vielen Dank.

## **Anmerkungen**

- 1 Es handelt sich um einen Mitschnitt der Hörfunksendung „Den Opfern ein Gesicht geben – Ein Rundgang durch die ‚Euthanasie‘-Gedenkstätte Bernburg“, am 30. Januar 2024 gesendet auf MDR KULTUR. Die „Erinnern!“-Redaktion bedankt sich beim Mitteldeutschen Rundfunk und Moderator Ulrich („Uli“) Wittstock für die Erlaubnis, den Text abdrucken zu dürfen. Der besseren Lesbarkeit halber wurde er etwas gekürzt und bearbeitet.

# Anhang

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

---

**Insa Ahrens** ist pädagogische Mitarbeiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn. | **Oberst i.G. Bernd Albers** war Kommandeur des Landeskommandos Sachsen-Anhalt der Bundeswehr. | **Torsten Arnold** ist Mitarbeiter beim Landesamt für Denkmalschutz und Archäologie des Landes Sachsen-Anhalt. | **Carolin Bruhn** ist Projektmitarbeiterin in der Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin. | **Dr. Gero Fedtke** ist Leiter der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Prof. Dr. Detlef Garbe** war Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und Vorstand der Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte. | **Judith Gebauer** ist Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. | **Dr. Ute Hoffmann** war Leiterin der Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg. | **Dirk Knüpfer** ist freiberuflicher Restaurator. | **Dr. Kai Langer** ist Direktor der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. | **Markus Meckel** ist Theologe, Publizist und ehemaliger Politiker. | **Jana Müller** ist Mitarbeiterin des Stadtarchivs Dessau-Roßlau. | **Dr. Sabira Stählberg** ist Multikulturalismusforscherin und mehrsprachige Dichterin. | **Dr. Marcin Stankiewicz** ist Arzt und Mitglied der Gruppe der Zweiten Generation der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge. | **Ulrich Wittstock** ist Redakteur, Autor und Kolumnist für MDR-SACHSEN-ANHALT.

## Fotonachweis

---

Titelfoto: Kränze am neugestalteten südlichen Massengrab der Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge, 9. November 2024. Foto: Kai Langer

S. 3, 34, 110: Kai Langer | S. 21, 23, 89: Landtag von Sachsen-Anhalt | S. 25: Sarah Holzhausen | S. 43: Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie, Torsten Arnold | S. 47: ARGE Knüpfer/Marko | S. 49: ARGE Knüpfer/Marko 2022 | S. 56, 63: Sammlung Gedenkstätte Langenstein-Zwieberge | S. 60: Preston Reed, United States Holocaust Memorial Museum | S. 61: J. Vogel, Imperial War Museums, London | S. 69, 70: 1.1.5.1/ 6360675 /ITS Digital Archive, Arolsen Archives | S. 74, 75, 83: Privatsammlung Marcin Stankiewicz | S. 85: Peter Freese | S. 96: Sammlung Gedenkstätte Bernburg | S. 99: Freddy Czaja | S. 105: Sammlung Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin

## Impressum

---

Herausgeberin: Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg  
Tel. 0391 244 55-930 | Fax -998 | Mail: info-geschaeftsstelle@erinnern.org

Redaktion: Dr. Gero Fedtke, Matthias Ohms, Dr. Kai Langer (v.i.S.d.P.)

Gestaltung | Druck: laut wie leise, Halle | Halberstädter Druckhaus GmbH

ISSN-Nr.: 2194-2307

Spendenkonto: IBAN: DE74 8100 0000 0081 0015 16 | BIC: MARKDEF1810

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar. Für die inhaltlichen Aussagen sowie für die Veröffentlichungsrechte der verwendeten Fotos tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt wird gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt.



SACHSEN-ANHALT

**#moderndenken**

### **Gedenkstätte KZ Lichtenburg Prettin**

Prettiner Landstraße 4 | 06925 Annaburg, OT Prettin | Tel.: (035386) 60 99 75 | Fax (035386) 60 99 77  
mail: info-lichtenburg@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag 09:00 bis 15:30 Uhr  
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr | jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr  
An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

### **Gedenkstätte für Opfer der NS-„Euthanasie“ Bernburg**

c/o Fachklinikum Bernburg | Olga-Benario-Str. 16/18 | 06406 Bernburg  
Tel.: (03471) 3198 16 | Fax (03471) 64 09 691 | mail: info-bernborg@erinnern.org  
Öffnungszeiten: Dienstag bis Freitag 09:00 bis 16:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung | An den gesetzlichen Feiertagen ist die Gedenkstätte geschlossen.

### **Gedenkstätte für die Opfer des KZ Langenstein-Zwieberge**

Vor den Zwiebergen 1 | 38895 Langenstein | Tel.: (03941) 56 73 26 | Tel./Fax (03941) 30 248  
Mail: info-langenstein@erinnern.org | Öffnungszeiten (Dauerausstellung): Dienstag bis  
Freitag 09:00 bis 15:30 Uhr | Stollenabschnitt: April bis Oktober jedes letzte Wochenende im Monat  
14:00 bis 17:00 Uhr und für angemeldete Gruppen nach Vereinbarung. Das Freigelände ist tagsüber zugänglich.

### **Gedenkstätte Feldscheune Isenschnibbe Gardelegen**

An der Gedenkstätte 1 | 39638 Hansestadt Gardelegen | Tel.: (03907) 77 590 812 | Fax (03907) 77 590 820  
Mail: info-isenschnibbe@erinnern.org | Öffnungszeiten: Dienstag bis Donnerstag: 09:00 bis 15:30 Uhr |  
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr jeder letzte Sonntag im Monat 13:00 bis 17:00 Uhr | Das Freigelände ist  
tagsüber zugänglich. | Führungen sind nach vorheriger Anmeldung möglich.

### **Gedenkstätte ROTER OCHSE Halle (Saale)**

Am Kirchtor 20b | 06108 Halle | Tel.: (0345) 470 698 337 | Fax (0345) 470 698 339  
mail: info-roterochse@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag und Freitag 10:00 bis 14:00 Uhr  
Dienstag bis Donnerstag 10:00 bis 16:00 Uhr | jedes erste Wochenende im Monat (Samstag und Sonntag)  
13:00 bis 17:00 Uhr | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte  
geschlossen.

### **Gedenkstätte Moritzplatz Magdeburg**

Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg | Tel.: (0391) 24 45 590 | Fax (0391) 24 45 599 9  
mail: info-moritzplatz@erinnern.org | Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 09:00 bis 16:00 Uhr |  
Freitag 09:00 bis 14:00 Uhr | jeder erste Sonntag im Monat 10:00 bis 16:00 Uhr sowie nach Verein-  
barung | An den gesetzlichen Feiertagen, außer dem 3. Oktober, ist die Gedenkstätte geschlossen.

### **Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn**

An der Bundesautobahn 2 | 39365 Marienborn | Tel.: (039406) 92 090 | Fax (039406) 92 099  
mail: info-marienborn@erinnern.org | Öffnungszeiten: täglich 10:00 bis 17:00 Uhr | Öffnungszeiten  
Grenzdenkmal Hötenleben: Das Freigelände ist jederzeit  
zugänglich. Führungen sind nach Vereinbarung möglich.

### **Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt**

Geschäftsstelle | Umfassungsstraße 76 | 39124 Magdeburg  
Tel.: (0391) 244 55 930 | Fax (0391) 244 55 998  
mail: info-geschaefsstelle@erinnern.org  
web: www.erinnern.org

